

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

71. Jahr

Heft 5

Mai 2018



**Bildung braucht
bessere Bedingungen**



Zu viele
Pflichtstunden

**Leistungs-
druck**

Arbeits-
verdichtung

Zu große
Kita-Gruppen

**Ungerechte
Bezahlung**

*Unter-
finanzierung von
Bildung*

Privatisierung

Bürokratie

Testeritis

Zentral-
Abitur

Fachkräfte
fehlen

**Chancen-
ungleichheit**

**gegliedertes
Schulsystem**

Schultoiletten

Asylgesetz-
gebung

Marode
Schulgebäude

St
ku

Überlastung

Studienplätze
fehlen

Unterricht
im
Container

Statistik
statt
Pädagogik

Große Klassen

Fachkräfte-
mangel

Lehrkräfte
für Inklusion
fehlen

Regionale Aktionstage vom 22. bis 25. Mai

SCHWERPUNKTTHEMA:

Enquetekommission Bildung

GEW Bildung braucht bessere Bedingungen



Tarifabschluss für die Kommunen

Auch die GEW Hessen hatte ihre Mitglieder in Kitas und anderen kommunalen Bildungseinrichtungen zu Warnstreiks aufgerufen, um den Forderungen der Gewerkschaften für die Beschäftigten im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) Nachdruck zu verleihen. Alle Informationen über den Mitte April erzielten Tarifabschluss findet man in der E&W 5/2018, der diese HLZ beigelegt ist, und im Internet unter www.gew-hessen.de. Mit einem Einkommenszuwachs von durchschnittlich 7,5% in den Jahren 2018 bis 2020 haben die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes für die nächste Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder, die 2019 ansteht, gut vorgelegt. Besonders bedeutsam ist die deutliche Erhöhung der Entgelte für Berufsanfänger, die bis 2020 gegenüber den bisherigen Einstiegsgehältern um bis zu 12% steigen. Das Foto entstand am 11. April in Wiesbaden (Copyright: GEW).

GEW: Forderungen zur Hessenwahl

Die GEW wird die Zeit bis zur Landtagswahl am 28. Oktober unter der Überschrift „Bildung braucht bessere Bedingungen“ mit einer eigenen Kampagne begleiten und die Parteien insbesondere mit der Forderung nach einem „Sofortprogramm für gute Bildung“ in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr für Kitas, Schulen und Hochschulen konfrontieren (Seite 20-21). Auftakt der Kampagne sind regionale Aktionen in der Zeit vom 22. bis 25. Mai.

- **Tony Schwarz**, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW, erinnert in seinem Kommentar auf Seite 3 an die letzten 19 Jahre, in denen die CDU in Hessen die Bildungspolitik bestimmte.
- Schwerpunktthema dieser HLZ ist die Arbeit der *Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen“*, die nach vier Jahren ihren Abschlussbericht vorlegte. Ihr Bericht zeigt, wie viel auf dem Weg zu guter Bildung zu tun ist (S. 7 ff.).
- **Zügige Investitionen zur Sanierung maroder Schulen** sind Teil des von der GEW geforderten Sofortprogramms. Die HLZ berichtet über eine Fachtagung von GEW und DGB (S. 22 f.).
- Der Arbeitswissenschaftler **Professor Bernd Rudow** stellt die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Arbeitsbelastung von Erzieherinnen und Erziehern vor (S. 24 f.). Für die Verbesserung der personellen Versorgung der Kitas fordert die GEW ein Sofortprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro.



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeiter:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen: Thomas Plaßmann (S. 11, 19), Dieter Tonn (S. 15), Träger und Träger (S. 28), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

GEW (Titel, S. 3, 8, 23, 31)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 34 Recht: Schwerbehinderung
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Magazin

Titelthema: Enquetekommission Bildung

- 7 Abschlussbericht: Ein Überblick
- 9 Themenfeld Schulerfolg
- 12 Stellungnahmen (1)
- 13 Themenfeld Inklusion
- 16 Stellungnahmen (2)
- 17 Themenfeld Digitalisierung

Einzelbeiträge

- 20 Bildung braucht bessere Bedingungen: GEW fordert Sofortprogramm
- 22 Marode Schulen: Expertinnen und Experten diskutieren
- 24 Arbeitsbedingungen in Kitas
- 26 1968: Schülerrevolte in Nordhessen
- 29 Fach- und Personengruppen: Seniorinnen und Senioren
- 30 Weltsozialforum in Brasilien
- 31 Repression in der Türkei
- 32 Gegen das Vergessen: Deutsch-französische Spurensuche

40 Aus dem lea-Fortbildungsprogramm

Gegen die Vergesslichkeit

Just im Jahr der Landtagswahl fällt den Regierenden wieder ein, dass sie Hessen zum „Bildungsland Nummer Eins“ machen wollten. Erfolgsmeldungen schießen ins Kraut, Ideen, was man „noch besser“ machen könnte, zum Beispiel „mehr Lehrerinnen und Lehrer“ einstellen. Aber leider sei „der Markt leergefegt“. Ein Grund nachzudenken, warum gar nicht mehr so viele Menschen den „gut bezahlten“ Lehrerberuf mit „den vielen Ferien“ machen wollen, ist das jedoch nicht.

Seit 19 Jahren ist Schwarz die politische Grundfarbe Hessens, mal monochrom, mal mit gelben, mal mit grünen Einsprengseln. Ich bin nicht nachtragend, aber ich vergesse nichts, auch nicht, wie ich Ende der 90er Jahre mit einem guten Ersten Staatsexamen ein Jahr lang Minijobs machen und Arbeits- und Sozialamt aufsuchen musste, weil es für mich in ganz Hessen keinen Platz in einem Studienseminar gab. Und heute? Eine junge Kollegin hangelte sich an meiner Schule nach dem Ersten Staatsexamen 2,5 Jahre von einem Vertretungsvertrag zum nächsten...

Nicht vergessen habe ich die kreativen Ideen der bibelfesten und mit der Ehrenmedaille der Jugendoffiziere ausgezeichneten Kultusministerin Karin Wolff (CDU), deren „Unterrichtsgarantie plus“ die Deprofessionalisierung des Berufs durch die Öffnung der Schulen für an- und ungelernte Kräfte vorangetrieben hat. Die Vorstellung, fürs Unterrichten bräuchte man nicht mehr als „ein geschicktes Händchen“, untergräbt bis heute die Wertschätzung des Berufs in der Öffentlichkeit. Nicht vergessen habe ich die teuren Schulinspektionen und das Punktesammeln zum Nachweis der Fortbildung - Innovationen, die inzwischen klammheimlich wieder eingestampft wurden, genauso wie die mit viel Arbeit verbundene „alternative“ Umstellung von G9 auf G8. In leuchtender Erinnerung ist mir auch die Einrichtung eines Landesschulamts geblieben, das bis zu seiner Auflösung nach gut zwei Jahren Millionen Euro verbrannte.

Auch die „Operation Düstere Zukunft“ des CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch, der jüngst zu meinem Entsetzen mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille ausgezeichnet wurde, habe ich nicht vergessen. Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten und die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte erreichten bundesweites Rekordniveau. Beratungseinrichtungen, Jugend- und Frauenhäuser wurden finanziell ausge-

blutet. Auf die Kürzung der Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte folgten die ersten Nullrunden bei der Besoldung 2005 und 2007, der Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft der Länder und weitere Nullrunden 2014 und 2015.

Täglich spüren die Kolleginnen und Kollegen die Folgen der Ausdehnung der Bürokratie durch Förderpläne, Dokumentationen und Evaluationen und die Zunahme von Konferenzen und Dienstversammlungen im Rahmen rechtswidriger „Präsenzzeiten“ und Kooperationsverpflichtungen. Täglich erleben sie, wie unter dem Etikett „Inklusion“ Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf weitgehend kostenneutral und ohne echte Unterstützung in die Regelschule verschoben werden.

Zu all dem hat die GEW nie geschwiegen. Sie hat mit bester Expertise den Finger in viele Wunden gelegt, hat Protestaktionen, Kampagnen, Demonstrationen und Streiks organisiert. Wir haben oft Schlimmeres verhindert und einiges erreicht: Nach den Nullrunden kehrte die Landesregierung zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten zurück, die Pflichtstundenerhöhung wurde – zur Hälfte – zurückgenommen. Und die GEW hat nicht dazu geschwiegen, wie bessere Bedingungen für Bildung finanziert werden können. Sie hat die „Schuldenbremse“ in der Verfassung bekämpft und als Betrug an der nächsten Generation, der gute Bedingungen für Bildung vorenthalten werden, entlarvt.

Mit der Kampagne „Bildung braucht bessere Bedingungen“ und unserer Forderung an die nächste Regierung, ein Sofortprogramm für gute Bildung in Kitas, Schulen und Hochschulen in Höhe von 500 Millionen Euro aufzulegen, das wir in dieser HLZ auf Seite 20 vorstellen, setzen wir diese Arbeit fort.




Tony Schwarz,
stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Hessen

Der Weg zum Ruhm

Im Theater treffe ich einen ehemaligen Kollegen. „Na, du kannst doch sicher von deinen Tantiemen leben!“, behauptet er. Ich grinse. Klar, ich schwimme im Geld, seit ich für ein paar Zeitschriften schreibe, einmal im Fernsehen auftreten durfte und meine drei Bücher gierig auf Kunden warten. Ich habe eine Villa in der Toscana, einen jungen Butler und eine Literaturagentin. Das glaubt mir der Kollege sofort. Dass ich pro Taschenbuch ganze vierzig Cent bekomme, wird er mir hingegen nicht abnehmen.

Es beginnt vor Jahren aus reiner Wut. Ich bin zu einem weihnachtlichen Empfang einer Literaturstiftung eingeladen. Finde mich zwischen Kinderfunkredakteuren, Autoren, Schauspielern, Synchronsprechern und anderen Künstlern wieder. Mitleidig hören die in der Vorstellung zu, wie ich mich als banale Lehrerin oute. Meine Kulturerlebnisse mit Schülerinnen und Schülern wollen sie schon nicht mehr hören. Ich bin ja keine Künstlerin, habe keine Ahnung vom „wahren Leben“, von

Theater, Literatur und Kunst. Beim Essen produzieren sich alle mit ihren Verdiensten, ich schweige voll Ehrfurcht und verabschiede mich früh. Noch in der Nacht haue ich meinen Frust in die Tasten. Ich mag meinen Beruf, er ist vielseitig, oft anstrengend, und manchmal hätte ich gern ein wenig Anerkennung dafür. Und nicht immer nur eins auf den Deckel, wie faul, verkalkt, unfähig und uralte Lehrer sind. Der Text, in dem ich satirisch sämtliche Lehrerkli-schees bediene, erscheint in mehreren Zeitungen. Ich bekomme etliche Leserbriefe, zum Teil mit heftigen Vorwürfen, weil ich das miese Image der Lehrer noch verschlechtert hätte. Eine Frau, die mit ihrem „Lehrerhasserbuch“ berühmt wird, klaut sich ein paar meiner markantesten Sätze und gibt sie als Realität wieder, leider so leicht abgeändert, dass man ihr juristisch nichts anhaben kann.

Eigentlich will ich gar nicht über Schule und Schüler schreiben. Mein erster Text, der erscheint, mokiert sich über Leute, die leidenschaftlich und detailliert von ihren

Krankheiten erzählen – auch völlig Fremden und gern beim Essen. Aber die „Insider-Texte“ über Klassenfahrten, Pubertätsprobleme, Elternabende, Konferenzen, soziopathische Schulleiter, missglückte Unterrichtsstunden, diktatorische Hausmeister und „außerschulische Experten“ kommen am besten an. Etliche

Lehrerverbände quälen ihre Leserschaft seit 20 Jahren mit meinen Schul- und Bildungsglossen. Der

Schulleiter ruft mich nach dem allerersten Artikel zu sich und verbietet mir streng, über seine Schule zu schreiben.

Ich verspreche es hoch und heilig. Und amüsiere mich, dass viele Leute jedes Detail in den Texten für die

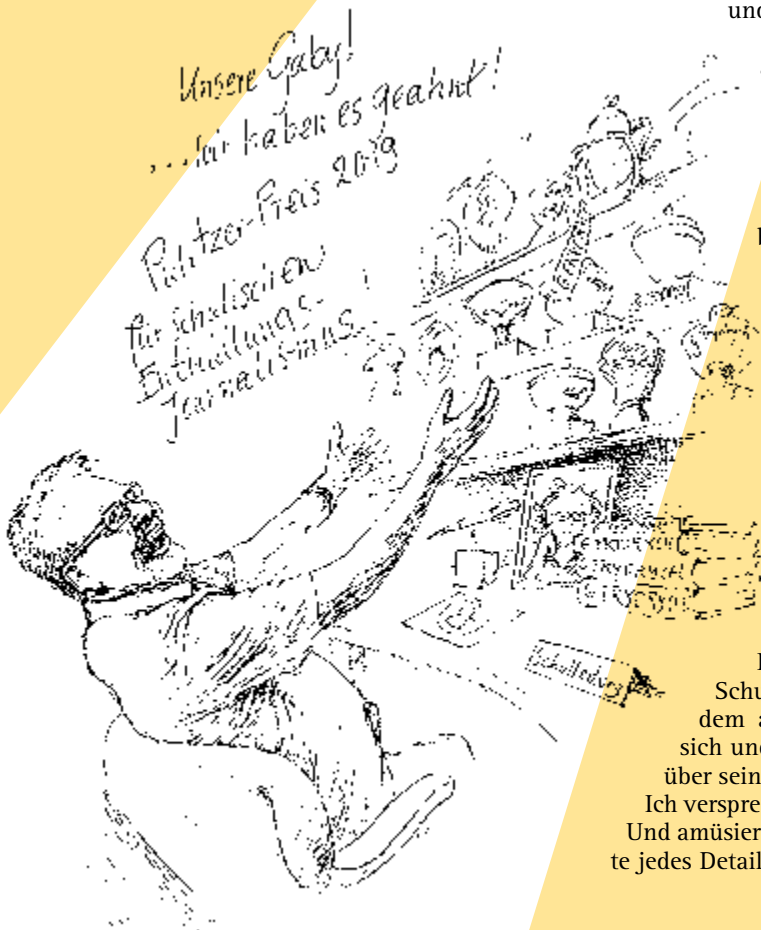
Wahrheit halten. Dass ich zum Beispiel sechs Richtige im Lotto habe, daraufhin meinen Haushalt auflöse und dem Schulleiter zum Abschied die Glatze kraule. Meine Mutter hat Angst, dass ich mit meinen Satiren Ärger bekomme, der (bei dem seltenen Nachnamen) auch meinen Geschwistern schaden könnte.

Ich lerne, wie man sich bei Redaktionen möglichst originell „andient“, um überhaupt Gehör zu finden. Wie wohlwollend manche Journalisten auf Nachfragen reagieren: „Wir können mit Manuskripten die Wände tapezieren!“ – „Wann Ihr Text erscheint? Oh, der muss im Stehsatz gelandet sein.“ Und dort wird ihn vermutlich nie wieder jemand finden. Ich lerne mit den Jahren, dass Tageszeitungen nur mäßig zahlen und den Text trotzdem gern exklusiv wollen. Und dass Illustrierte sehr viel mehr Geld ausschütten können und Privatsender noch viel mehr. Ich reduziere meine Unterrichtsstunden und verdiene das fehlende Geld mit Schreiben. Optimal. Noch optimaler wäre, wenn alle Medien auch pünktlich bezahlen würden. Ich bin froh, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht allein vom Schreiben bestreiten muss.

Redakteure redigieren. Natürlich werden einem die Änderungen vorher nur selten zur Begutachtung vorgelegt. Ich finde beim Erscheinen meiner Glossen Formulierungen, die ich selber nicht benutzen würde: „Sommer satt“ oder „Kann ich das so weiter kommunizieren?“ Eine Lektorin schummelt „pupertierende“ Gören in meine Buchankündigung. Das steht jetzt so im Internet und alle denken, ich bin es, die Pupertät von Pups ableitet. Peinlich. Ein Jungschnösel in der Bildungsredaktion streicht alle meine handverlesenen Adjektive. Vom Text bleibt ein humorloses Skelett übrig.

Mehr als einmal erlebe ich, wie freie Mitarbeiter ruckzuck aussortiert werden, ohne dass die Chefredaktion es ankündigt oder auch nur die geringste Erklärung dafür abgibt. Aber dadurch habe ich nun endlich Zeit, den großen Familien- und Entwicklungsroman zu schreiben, auf den die ganze Welt wartet. Ich brauche dazu nur noch ein paar Mäzene, ein kleines Literaturstipendium, zum Beispiel in der Pfalz oder im Spreewald. Eine Literaturagentin habe ich schon!

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 12/2017 Werbung in der Schule

Nachspiel im Landtag

Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Und was ich weiß, lässt mich kalt. Nach der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des Landtags (KPA) am 11. April 2018 konnte man den Eindruck gewinnen, dies seien die beiden Maximen des Hessischen Kultusministeriums (HKM), wenn es um Werbung und Lobbyismus in Schulen geht.

Die SPD-Fraktion hatte mit einem Berichtsantrag auf einen recht eindeutigen Fall von Werbung an Grundschulen aufmerksam gemacht. Wie in der HLZ 12/2017 berichtet, hatte das Möbelhaus Porta eine Werbeagentur beauftragt, in Grundschulen unter dem Titel „Helm auf“ Angebote zur Verkehrserziehung zu platzieren. In den Unterrichtsstunden zur Sensibilisierung für die Gefahren im Straßenverkehr wurden große messeartige Aufsteller mit dem Logo von Porta verwendet. Am Ende wurde den Kindern ein Fahrradhelm versprochen, den sich die Schülerinnen und Schüler in Begleitung ihrer Eltern in der nächsten Porta-Filiale abholen konnten. Auch dieser Helm war großflächig mit dem Firmenlogo bedruckt, damit die Kinder damit auch noch lange werbend herumfahren mögen.

Dass diese Werbemaßnahme weder legitim noch nach den Vorgaben des Hessischen Schulgesetzes legal ist (§ 3 Absatz 15), konnte das HKM nicht in Abrede stellen. Wenige Tage vor der Sitzung des KPA wurden alle Grundschulen – ohne konkrete Hinweise auf die Porta-Aktion – auf die Unzulässigkeit von „Lockangeboten“ zum Aufsuchen der Geschäftsräume des Sponsors“ hingewiesen. Gleichzeitig wurden jedoch sowohl die schriftliche Antwort des HKM auf den Berichtsantrag der SPD, die der HLZ vorliegt, als auch die Aussprache im KPA selbst als „nicht öffentlich“ deklariert. Dass Transparenz nicht Sache des HKM ist, war schon in den Anhörungen zum Werbeverbot im neuen Schulgesetz deutlich geworden, das nach der Intervention der Wirtschaftsverbände deutlich aufgeweicht wurde (HLZ 4/2017).

Bis heute bleibt das HKM bei der Haltung, die Verantwortung für die Zulässigkeit der Kooperation mit Sponsoren an die Einzelschule zu delegieren, wie es die von den Wirtschaftsverbänden gewünschte Formulierung des Schulgesetzes vorsieht: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Schul-

leitungen, die sich mit dieser Entscheidung überfordert fühlen, werden – auch in der Rundmail an alle Grundschulen – auf die „Beratung“ durch das jeweilige Staatliche Schulamt hingewiesen, das sich dann allerdings – wie im Fall des Staatlichen Schulamts Wiesbaden – im Zweifelsfall für „nicht zuständig“ erklärte: „Ohne Rückendeckung der Juristen des HKM“ wollte man lieber gar nichts sagen (HLZ 12/2017).

Gleichzeitig verfolgt das HKM die Strategie, Verstöße gegen das Werbeverbot als „Einzelfälle“ herunterzuspielen. Aber weiß es wirklich, was in hessischen Schulen geschieht? Während das HKM von fünf hessischen Grundschulen und rund 450 Schülerinnen und Schülern spricht, die in den Jahren 2010 bis 2017 in die Porta-Werbeaktion einbezogen waren, berichtet Porta, dass sich allein 2017 bundesweit 72 Schulen beteiligten und 10.000 Helme verteilt wurden. Auch bei den Laufwettbewerben für Grundschulen, die unter dem Titel „Speed4“ unter anderem in Autohäusern ausgetragen wurden (HLZ 3/2017), war das HKM nach einer Abfrage bei den Schulämtern nicht in der Lage, festzustellen, wo die fragwürdigen Veranstaltungen überall stattgefunden haben. *Maika Wiedwald* und *Birgit Koch* begrüßten in einer Pressemitteilung der GEW zum Fall Porta den Vorschlag des bildungspolitischen Sprechers der SPD *Christoph Degen*, eine unabhängige Monitoringstelle einzurichten. Sie soll auf Grund von eigenen Recherchen oder Hinweisen von Lehrkräften oder Eltern mit transparenten Kriterien beratende Empfehlungen aussprechen und zugänglich machen. Das HKM hielt aber wohl auch im KPA an der bisherigen Position fest, eine solche Monitoringstelle als Bürokratiemonster abzutun, das starr und unflexibel sei und letztlich mehr Arbeit produziere als helfe. Anders sah das *Gitta Connemann*, stellvertretende Vorsitzende der CDU-CSU-Fraktion im Bundestag und Parteifreundin von Kultusminister *Lorz*, bereits im November 2016: Um ein Werbeverbot in Schulen durchsetzen zu können, müssten „die Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden“. Der „Materialkompass“ des Verbraucherzentrale Bundesverbands, der seit mehreren Jahre erprobt, überparteilich gelobt und keineswegs bürokratisch ausgeüfert ist, könne dazu bei-

tragen (<https://www.vzvbv.de> > Suche: Materialkompass). Allerdings macht es der „Materialkompass“ dem HKM und anderen sichtbar schwer, die Probleme des Lobbyismus und der Werbung in Schule quantitativ und in ihrer strategischen Dimension herunterzuspielen. Eine Monitoringstelle würde deutlich machen, dass Porta kein „Einzelfall“, sondern die „Spitze des Eisbergs“ ist.

René Scheppler, Wiesbaden

HLZ-Empfehlungen zum Nachlesen:

- Alle genannten HLZ-Artikel findet man unter www.gew-hessen.de > Aktuell > Themen > Lobbyismus in Schulen
- Lobbyismus in Schulen: Die gleichnamige Broschüre von LobbyControl findet man unter www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyismus-an-schulen.

Betr.: HLZ 4/2018 AfD in den Parlamenten

AfD und Schule

Die Recherchen über die AfD in den Parlamenten zeigen kaum das wahre Bild der Partei. Die Versammlungen zur Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl (mit vier Frauen auf den 30 Listenplätzen) gaben da schon einen tieferen Einblick – gerade auch, was das Thema Bildung angeht. Kandidat Heiko Scholz (Platz 6), Vorkämpfer gegen „Frühsexualisierung“ und „Inklusionswahn“ in hessischen Schulen, sieht die politische Neutralität der Schulen gefährdet, in denen „politische Indoktrination, Stigmatisierung unserer Partei und der Bürgerbewegungen zum Alltag und zum guten Ton“ gehören. Robert Lambrou (Platz 2) bezeichnet die hessische Schulpolitik als „durchideologisierte Verblödungsindustrie“, in der es wichtiger sei, „einen Text durchzugendern, statt das Ein-Mal-Eins zu beherrschen“ (www.hessenschau.de). Rainer Hofsommer, ehemaliger Schulleiter und früherer CDU-Landtagsabgeordneter, sieht Ministerpräsident Bouffier als „reflexionslosen Vasall“ von Merkel, der sich „mit den versifften Grünen ins gemeinsame Koalitionslotterbett gelegt hat“. Angesichts dieser Rhetorik und Denkweise wird einem bei der Vorstellung, dass die AfD im Herbst in den Landtag einzieht, angst und bange. Hier sollten die Gewerkschaften noch einen Zahn zulegen.

Nathalie Thoumas, Mainz

Betr.: HLZ 4/2018
Gewerkschaften in Frankreich

Junge Leute kämpfen mit

Dass die HLZ mit dem informativen Beitrag von Pascal Debay und Raymond Ruck zum Kampf gegen das „Loi Travail“ in Frankreich berichtet, zeigt wieder, dass sie immer aktuell ist und ihren eigenen Stil vertritt. Aushebelung und Unterlaufung des Tarifrechts sind uns hier ja auch nicht unbekannt. Allerdings ist der Text sehr erfolgreich und sehr CGT-orientiert. Die Situation war 2015 durch die Terroranschläge (Charly Hebdo und Bataclan) und die Verhängung des Ausnahmezustandes besonders für die Gewerkschaften schwierig. Ende 2015 wurde in Gesprächen zwischen den zur Aktion bereiten Gewerkschaften deutlich, dass die Kampfbereitschaft zwischen nationaler Betroffenheit und den Absichten des Präsidenten sehr niedrig war. Mit dem Rücktritt der Justizministerin Christiane Taubira im Januar 2016 wegen der Anti-Terror-Gesetze Hollandes begann sich neuer Wille zum Widerstand und zum Kampf gegen Einschränkung von Rechten zu bilden. Taubira wandte sich unter anderem dagegen, dass Französinnen und Franzosen, die neben dem französischen auch noch den algerischen oder marokkanischen Pass haben, bei einer strafrechtlichen Verurteilung die französische Staatsbürgerschaft aberkannt werden kann, um sie abschieben zu können. Den Kämpfen gegen das „Loi Travail“ mit der CGT an der Spitze schlossen sich im März 2016 auch Jugendliche und Studierende an. Aus eigener Erfahrung kenne ich die Entschlossenheit der Gewerkschaft SUD-SOLIDAIRES, die oft zusammen mit der CGT kämpft, aber ein anderes Gewerkschaftsverständnis hat. Mehr erfährt man in dem Essay von Davide Gallo Lassere über den „langen französischen März 2016“, der Anfang 2018 im Verlag „Die Buchmacherei“ erschien. Ende März 2016 initiierten vor allem junge Menschen zunächst in Paris, später auch in anderen Landesteilen die Bewegung „Nuit debout“, die bis Juni 2016 die Place de la Republique bei Tag und Nacht besetzt hielten. (...) Der „Erfolg der Arbeitgeber“ besteht in einem Gesetz, das im Parlament nicht verabschiedet werden konnte, weil sich keine Mehrheit fand, sondern in der Form eines Dekrets des Präsidenten (Notstandsverordnung) in Kraft gesetzt wurde.

Peter Gerstmann, Kassel

25.-28. Mai: Frieden geht! Staffellauf auch in Hessen

Der „Staffellauf gegen Rüstungsexporte für eine friedliche Welt“ führt auf dem Weg von Oberndorf über Kassel nach Berlin vom 21. Mai bis zum 2. Juni 2018 auch durch Hessen. Die Veranstalter fordern ein grundsätzliches Exportverbot für Kriegswaffen und Rüstungsgüter. Die Strecke führt

- am 25. Mai von Mannheim über Lorsch, Bensheim, Darmstadt und Neu-Isenburg nach Frankfurt
- am 26. Mai von Frankfurt über Hanau, Langenselbold, Gelnhausen, Wächtersbach und Steinau nach Fulda
- am 27. Mai von Fulda über Bad Hersfeld und Wagenfurt nach Kassel
- am 28. Mai von Kassel über Helsa und Hessisch-Lichtenau nach Eisenach
- Infos: <https://www.frieden.geht.de>

InteA: Bilanz der Liga der Freien Wohlfahrtspflege

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen zieht drei Jahre nach der Einführung der InteA-Kurse an Beruflichen Schulen (Integration durch Anschluss und Abschluss) eine erste Zwischenbilanz. Von den knapp 8.000 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, die sich am 1.7.2017 in der Maßnahme befanden, konnten viele über eine Nichtschülerprüfung einen Haupt- oder Realschulabschluss erwerben, in die „Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung“ (BzB) oder in Angebote der Wirtschaft wechseln. Angesichts der großen Herausforderungen haben „das Land Hessen, die Lehrkräfte und die sozialpädagogischen Fachkräfte an den beruflichen Schulen“ nach Auffassung der Liga „Lobenswertes geleistet“.

Aus den Erfahrungen mit jungen Menschen, die nicht erfolgreich gefördert werden konnten, fordert die Liga unter anderem die Einrichtung von Alphabetisierungsklassen, die Heraussetzung des Berufsschulrechts auf 27 Jahre und die Möglichkeit für einen längeren Verbleib in einer InteA-Klasse, um einen Schulabschluss zu erlangen oder in einem Arbeitsfeld erfolgreich bestehen zu können. Vom Land Hessen fordert die Liga die Besetzung aller im Haushalt eingeplanten Lehrstellen, die Erhöhung der sozialpädagogischen Begleitung und die Verkleinerung der Klassengrößen.

- Im vollständigen Wortlaut: <https://www.liga-hessen.de>

29.5.: Die GEW stellt sich neuen Mitgliedern vor

Die GEW Hessen lädt neue Mitglieder, die mehr über die GEW wissen wollen, am Dienstag, dem 29. Mai, von 15 bis 17.30 Uhr zu einer Gesprächsrunde in die Landesgeschäftsstelle in Frankfurt ein. Sie befindet sich in der Nähe des Hauptbahnhofs im Zimmerweg 12. Birthe Kleber vom Referat Gewerkschaftliche Bildung, Jugendbildungsreferentin Helena Müller und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle stehen für Fragen zur Verfügung. Außerdem kann man herausfinden, wie man sich in der GEW engagieren kann, und seine Anliegen mit Gleichgesinnten besprechen. Reisekosten werden erstattet.

- Anmeldung per E-Mail: geschaeftsfuehrung@gew-hessen.de

DGB Hessen: Forderungen zur Landtagswahl

Im Rahmen einer Landespressekonferenz stellte der Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen Michael Rudolph die zentralen Forderungen zur Landtagswahl vor: „Gute Arbeit, Bildung und sozialer Zusammenhalt haben für die Gewerkschaften Priorität.“ Deshalb stießen „Haushaltsvorbehalte, blindes Marktvertrauen oder das schlichte Ignorieren von Handlungsbedarfen“ auf den Widerstand des DGB. Angesichts der strukturellen Unterfinanzierung wichtiger Aufgabenfelder der öffentlichen Hand müssten „reiche Haushalte und Unternehmen wieder stärker an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt werden“. Dafür müsse sich Hessen auch auf Bundesebene stark machen.

Bei der Bildung forderte Rudolph die personelle Verstärkung der Kitas in öffentlicher Trägerschaft, den Ausbau gebundener, inklusiver Ganztagschulen und eine „bessere Personal- und Finanzausstattung der Hochschulen“. Bei den Hochschulen müsse das Land die „Unabhängigkeit von der Einwerbung von Drittmitteln“ durch eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen. Der Sanierungsbedarf von Kitas, Schulen und Hochschulen müsse vom Land „erhoben und beseitigt werden“. Rudolph bekräftigte auch die Forderung des DGB, dass Grundschullehrkräfte nach A13 besoldet werden.

- Zum Nachlesen im Wortlaut: <http://hessen-thueringen.dgb.de>

Kein Kind zurücklassen?

Enquetekommission des Landtags legt ihren Bericht vor

Die Einsetzung einer Enquetekommission zu „Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ mit dem Obertitel „Kein Kind zurücklassen“ geht auf einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag zurück, der in der Plenarsitzung am 12. März 2014 angenommen wurde. Vier Jahre später legte die Enquetekommission jetzt ihren 215 Seiten umfassenden Abschlussbericht vor, der 15 Anhörungen zu 14 Themenbereichen resümiert und am Ende jedes Themenbereichs mit gemeinsamen Handlungsempfehlungen aller im Landtag vertretenen Fraktionen und fraktionsspezifischen Empfehlungen schließt.

Die Idee für eine solche Enquetekommission stand in deutlichem Gegensatz zu dem von den Koalitionären CDU und Grüne initiierten „Bildungsgipfel“, der im Mai 2014 zu seiner ersten Beratung zusammentrat und von den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und der Schülerschaft und von der GEW und anderen Lehrerverbänden 2015 für gescheitert erklärt wurde. Ein Grund für das Scheitern war der enorme Druck der Landesregierung in Hinblick auf Zeit und Inhalte, sollte doch als Ergebnis ein „Schulfrieden“ in Hessen ausgerufen werden. Gleichzeitig gab es bereits im Vorfeld Streit um die eingeladenen Organisationen sowie im Lauf der Beratungen massive Interventionen von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU), der den Bildungsgipfel zur „Chefsache“ erklärte und Kritiker der Bildungspolitik der Landesregierung heftig anging. Sein Vorwurf an die SPD, ihre bildungspolitischen Vorstellungen würden „dem Prinzip des Zwangs folgen und seien inhuman“, war der Idee eines Schulfriedens mit Sicherheit nicht dienlich.

Enquetekommission versus Bildungsgipfel

Unterm Strich wird man feststellen können, dass auch die Enquetekommission ihrem zentralen Auftrag nicht gerecht geworden ist, denn in dem Einsetzungsbeschluss wird ein einziges Ziel als „unverzichtbar“ definiert:

„Unverzichtbares Ziel ist es, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozio-ökonomischen Lage und der kulturell-ethnischen Herkunft der Eltern nachhaltig zu lösen und an den Begabungen und Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu orientieren.“

Dieses Ziel war angesichts der divergierenden gesellschafts- und bildungspolitischen Zukunftsvorstellungen der im Landtag vertretenen Parteien nicht erreichbar, denn ein „Schulfrieden“ über gemeinsame Perspektiven für ein demokratisches und sozial verantwortetes Schulsystem ist nicht in Sicht. Schon ein Blick in die Themenbereiche zeigt dies in aller Deutlichkeit: Schulstruktur, Gerechtigkeit, Ganztagschule, Inklusion, Mitbestimmung – überall scheiden sich die Geister schon bei der Definition der Begriffe, spätestens aber bei den notwendigen Schritten und Ressourcen. Warum dann trotzdem ein Themenschwerpunkt in dieser HLZ?

- Zum einen gab es in den letzten Jahren keinen vergleichbaren Versuch des Hessischen Landtags, außerhalb der Tagesaktualität, unter Hinzuziehung zahlreicher Expertinnen

und Experten und ohne Zeitdruck in einer solchen Breite und weitgehenden Sachlichkeit zu diskutieren.

- Zum anderen findet man sowohl in den Referaten der Sachverständigen, die in vollem Wortlaut im Informationssystem des Landtags verfügbar sind, als auch in den Empfehlungen der Fraktionen auf der Sachebene im Detail wichtige Hinweise, auf die sowohl die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker als auch die interessierte Öffentlichkeit, Eltern und Schülerinnen und Schüler und auch die GEW zurückgreifen sollten. Diese Detailsbene findet man in den Themenbereichen, aber auch in dem allgemeinen Auftrag an die Enquetekommission, wie er vom Landtag formuliert wurde: *„Aufgabe der Enquetekommission ist es, die gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen an frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung aller Kinder und Jugendlichen zur individuellen Lebensbewältigung, zur Existenzsicherung, zur Verwirklichung von Chancengleichheit und zur Erziehung mündiger Bürger im Sinne von Grundgesetz und Hessischer Verfassung zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.“*

Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen“ Der Verlauf der Beratungen und Anhörungen

Themenfeld	Anhörung
2 Demografischer Wandel	26. 9. 2014
3 Bildungserfolg und Schulversagen	28.11.2014
4.1. Verändertes Umfeld und neue Funktionen von Schule	19.12.2014
4.2. Frühkindliche Bildung und Erziehung, Sprachförderung	6.3.2015
5 Übergang Schule-Beruf, Anforderungen der Berufsqualifizierung und Integration ins Erwerbsleben	27.3.2015
6 Partizipation und Demokratie, Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler	26.6.2015
7 Nachmittagsbetreuung und Ganztagsunterricht	24.7.2015
8 Heterogenität und individuelle Förderung	27.11.2015
9 Inklusion	18.12.2015
10 Lehrerbildung	11.3.2016
11 Lehrerfort- und -weiterbildung	22.4.2016
12 Bildungsverwaltung	24.6.2016
13 Schutz von Kindern vor Gewalt und sexuellem Missbrauch	15.7.2016
14 Digitalisierung	14.10.2016
15 Beschulung von Flüchtlingen	25.11.2016

Den Abschlussbericht der Enquetekommission findet man unter <https://hessischer-landtag.de> > Landtagsinformationssystem > Parlamentsdatenbank > Suche: 19/6222

Die Protokolle aller Anhörungen sowie alle Referate und Präsentationen findet man im Internet unter dem Kurzlink <https://bit.ly/2pWX4XQ> oder unter <https://hessischer-landtag.de> > Landtagsinformationssystem > Enquetekommissionen > 19. Wahlperiode



Die Arbeit der Enquetekommission

Vorsitzender der Enquetekommission war *Marcus Bocklet* (Grüne), dem *Sabine Bächle-Scholz* (CDU) folgte, stellvertretende Vorsitzende die frühere Vorsitzende des Landeselternbeirats *Kerstin Geis* (SPD). Die für die Erstellung des Abschlussberichts verantwortliche Berichterstatlerin *Bettina Wiesmann* (CDU) wurde nach ihrer Wahl in den Bundestag im September 2017 durch den bildungspolitischen Sprecher der CDU *Armin Schwarz* abgelöst.

Jede Fraktion konnte eine Sachverständige oder einen Sachverständigen als Mitglied der Enquetekommission mit beratender Stimme benennen. Benannt wurden von der CDU *Josef Kraus*, von der SPD *Professor Wolfgang Böttcher*, von den Grünen *Dr. Katharina Gerarts*, von der LINKEN *Professor Frank-Olaf Radtke* und von der FDP *Professor Helmut Niegemann*. Als ständige Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen unter anderem *Jochen Nagel* für die GEW Hessen und *Angela Scheffels* für den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer an den Anhörungen der Enquetekommission teil.

Angesichts der Fülle der Themen greift die HLZ-Redaktion drei Themen heraus, die im Hinblick auf den Auftrag der Kommission und die Ergebnisse von besonderem Interesse sind:

- Themenbereich 3 „Bildungserfolg und Schulversagen“: Seiten 9–11
- Themenbereich 9 „Inklusion“: Seiten 13–15
- Themenbereich 14 „Digitalisierung“: Seiten 17–19

Für jedes Thema skizzieren wir den Verlauf der Anhörung und dokumentieren die Empfehlungen der Fraktionen und jeweils ein Referat im Wortlaut. Für den Verlauf der Anhörungen greifen wir auf den Abschlussbericht der Enquetekommission zurück.

In vielen Themenbereichen gab es große Übereinstimmungen, die auch beim Bildungsgipfel zu tragfähigen Kompromissen geführt hatten. Das gilt beispielsweise für die Bedeutung der Sprachförderung, für die berufliche Bildung oder

für den Kampf gegen den sexuellen Missbrauch. Grundsätzliche Gegensätze gab es am ehesten in der Frage der Schulstruktur, wobei hier die Entscheidung der SPD, diese Frage hintanzustellen und im bevorstehenden Landtagswahlkampf eher nicht zu thematisieren, ebenfalls zu sehr viel Einvernehmlichkeit führte. Am ehesten findet man die Gegensätze noch in der Frage der Ganztagschule. Hier betont die CDU traditionsgemäß die Freiwilligkeit und „die Balance von Elternhaus/Familie versus Schule/Lehrkräfte“. Kinder „in ein arbeitnehmerähnliches 40-Stunden-Korsett“ zu zwingen, sei „nicht erstrebenswert“. Dagegen setzt die SPD nachdrücklich aus „sozial-, familien-, frauen- und wirtschaftspolitischen Gründen“ auf „eine stabile und umfassende Ganztagsbetreuung auch für Schulkinder“. Warum SPD und Linke angesichts ihres bisherigen Engagements für Ganztagschulen auch die „gemeinsame Handlungsempfehlung“ unterschrieben haben, es liege „in Bezug auf das Thema ‚Bildungsgerechtigkeit‘ bisher kein Nachweis zugunsten der Ganztagschule vor“, erschließt sich auch nach der Lektüre der Anhörungsprotokolle nicht. Am ehesten verlässt die CDU in ihren gesonderten Empfehlungen den Pfad der Sachlichkeit, wie die Formulierungen zur Ganztagschule zeigen, aber auch wenn sie im Themenbereich „Inklusion“ von der Forderung nach „Totalinklusion“ und von „unangemessener Gleichheitsrhetorik“ spricht. Hier winkt der Landtagswahlkampf!

Sachverständige aus den Hochschulen dominieren

Ein genereller Mangel der Anhörungen ist auf die Praxis aller Fraktionen zurückzuführen, Sachverständige fast ausschließlich aus dem akademischen Bereich zu benennen. Kolleginnen und Kollegen, die Schulpraxis in Hessen aus ihrer täglichen Arbeit, aus bildungspolitischen Initiativen oder aus den Mitbestimmungsgremien kennen, kamen so gut wie gar nicht zu Wort. *Heike Lühmann*, die von der LINKEN für den Themenbereich Lehrerbildung benannt wurde und zu diesem Zeitpunkt im GEW-Landesvorstand das Referat Aus- und Fortbildung leitete, *Dorothea Terpitz* vom Netzwerk Inklusion in Offenbach und eine Kindergruppe der Albert-Schweitzer-Schule in Langen gehörten zu den wenigen Ausnahmen.

Dieser Fixierung auf die universitären Expertinnen und Experten ist auch die Tatsache geschuldet, dass Ressourcenfragen und die Fragen der Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern nicht in der notwendigen Deutlichkeit zur Sprache kamen. Ausweg der Fraktionen war dann immer der Fingerzeig auf die unzureichende Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Auf die Idee, dass Lehrerinnen und Lehrer sehr oft wissen, was zu tun ist, dass sie aber an den konkreten Bedingungen scheitern, ihr Wissen umzusetzen, kam man deshalb auch nur selten. Das gilt auch für den Themenbereich „Inklusion“ (HLZ S.13 ff.), wo die guten Erfahrungen mit dem Gemeinsamen Unterricht und die notwendigen Bedingungen im Hinblick auf die Klassengrößen und die feste Anbindung der Förderschullehrkräfte an die Regelschule bei keiner Fraktion ausdrücklich vorkommen. Immerhin wies Professor *Katzenbach* auf das Grundproblem des Erlasses zur Lehrerruweisung hin, der für die Förderschulen eine Zuweisung nach der Zahl der Schülerinnen und Schüler vorsieht, „während die Ressourcen für die inklusive Bildung gedeckelt werden“. Der Transformationsprozess verlange auf jeden Fall „mehr Ressourcen als die Wahrung des Status Quo“.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

Themenfeld Schulerfolg

Der Landtag hatte der Enquetekommission für den Themenbereich 3 „Bildungserfolg und Schulversagen“ den Auftrag erteilt,

„die Funktionsfähigkeit des gegenwärtigen differenzierten und gegliederten Schulsystems sowohl im Hinblick auf seine Durchlässigkeit, seine Anschlussfähigkeit und seinen Beitrag zur Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit als auch auf seine Fähigkeit, allen individuellen Begabungen und Leistungspotentialen gerecht zu werden, zu überprüfen“.

Insbesondere sollten die „Zusammenhänge zwischen sozialkultureller und sozio-ökonomischer Herkunft und dem Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen“ untersucht und Wege definiert werden, „wie sich Bildungserfolg und sozio-ökonomische Herkunft entkoppeln lassen“.

Geht man von den ursprünglichen Intentionen der SPD-Fraktion, der Abgrenzung von dem von CDU und Grünen ausgerufenen „Bildungsgipfel“ und dem Obertitel der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen“ aus, ist der Bearbeitung von Fragen der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit unabhängig von den Sozialisationsbedingungen im Elternhaus eigentlich eine zentrale Bedeutung für den Erfolg der Enquetekommission zuzumessen. Nicht zuletzt hatten alle PISA-Studien bestätigt, dass es wenige Staaten gibt, in denen der Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg so stark ausgeprägt ist wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Referat des von der SPD dazu benannten Sachverständigen *Professor Dr. Nils Berkemeyer* (Friedrich-Schiller-Universität Jena) veröffentlicht die HLZ in einer gekürzten Fassung auf Seite 10. Wie auch die anderen Sachverständigen bestätigte er, dass „sich in Deutschland nach wie vor eine enge Koppelung von sozioökonomischer Herkunft, Migrationshintergrund und Bildungserfolg feststellen lässt.“

Bemerkenswert ist, dass zwar die Effekte thematisiert wurden, mit denen die Schule selbst „die Defizite der Eltern zu Lasten der Schulkarriere des Kindes verstärkt“ (*Professor Rainer Dollase*), aber das hoch selektive deutsche Schulsystem und die Auslese bereits nach der 4. Klasse in der Anhörung und auch in den Empfehlungen der Fraktionen kaum eine Rolle spielten. *Professorin Karin Bräu* (Universität Mainz) beschrieb die diskriminierende Wirkung der Übergangsempfehlungen am Ende der Grundschulzeit, wonach Kinder von Eltern mit hohem sozioökonomischem Status bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und gleicher Leseleistung „eine mehr als zweieinhalb Mal so große Chance haben, eine Gymnasialpräferenz zu erhalten“ als Kinder aus anderen Elternhäusern. Sie empfahl deshalb, „die Entscheidung für einen Bildungsgang nach hinten zu verlegen“. Insbesondere der von der CDU benannte Sachverständige Dollase beschrieb die Selektionsfunktion des Schulsystems als weltweite Tatsache: „Wer Standards setzt, muss damit rechnen, dass einige diese nicht erreichen.“ Die frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schulformen führe zwar in der Jugendzeit zu „Disparitäten“, doch könnten diese im dritten und vierten Lebensjahrzehnt ausgeglichen und sogar umgekehrt werden. Für „schulmüde“ Jugendliche brauche man spezifische Angebote wie die zunächst in Dänemark etablierten „Produktionsschulen“, an denen sie stärker „praktisch herausgefordert werden“. Die

Verbreiterung von Erfolgfeldern verringere den Zusammenhang zwischen Schicht und Bildungserfolg. „Kein Kind zurücklassen“ könne somit auch bedeuten, nicht als typisch schulisch geltende Fähigkeiten stärker zu respektieren und anzuerkennen.

Dass von den Sachverständigen keine grundsätzliche Kritik am selektiven deutschen Schulsystem geäußert wurde, spiegelt sich auch in den Empfehlungen der Fraktionen wider. Die gemeinsamen Empfehlungen aller Fraktionen beschränken sich deshalb auf – durchaus sinnvolle – Maßnahmen, die Bildungsungerechtigkeit abzufedern und komplettes Schulversagen zu minimieren. Dazu gehören unter anderem

- eine bessere Kooperation zwischen kommunaler Jugendhilfe und Schule,
- die Bildung multiprofessioneller Teams und Netzwerke, die Lehrerinnen und Lehrer „für die eigentliche Lehrtätigkeit und Arbeit mit der Schülerschaft“ entlasten sollen,
- die Eröffnung beruflicher Chancen für Schülerinnen und Schüler mit schlechten Schulleistungen sowie
- Angebote der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, „um die Fähigkeit, Schülerinnen und Schüler zu motivieren und für das Lernen zu begeistern“, zu verbessern.

Handlungsempfehlungen der Fraktionen

Die CDU vereinnahmt die Sachverständigen für das Lob des differenzierten Schulsystems, der Bildung von SchuB-Klassen und der Mittelstufenschulen. Die Kritik an den Übergangsempfehlungen wird von ihr komplett ignoriert, im Interesse einer Stärkung der Schule „jenseits des Gymnasiums“ müsse „die Beratung von Eltern beim Übergang ihrer Kinder von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule intensiviert werden“, vielleicht sogar durch eine „Zweitberatung durch die aufnehmende Schule“.

Auch die SPD verzichtet in ihren Empfehlungen darauf, die Frage der Schulstruktur zu stellen. Sie setzt im Interesse von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit auf „mehr echte Ganztagschulen“, Schulsozialarbeit und individuelle Förderung des einzelnen Kindes. Interessant ist der Gedanke, „dass jede aufnehmende Schule die Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss führt, die sie aufgenommen hat“.

Die GRÜNEN belassen es bei Fragen der Lehrerbildung, die „Problematiken von Bildungsungleichheit“ und neben der fachlichen Ausbildung „auch das pädagogische Handlungsvermögen“ betonen sollte.

Die LINKE meint – im Konjunktiv II – „die ‚Schule für ALLE‘, in der Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zur zehnten Klasse unterrichtet werden, wäre konsequent, um eine zu frühe oder falsche Empfehlung abzufedern“. Beim gemeinsamen Lernen bis zur zehnten Klasse „stünden Lehrkräfte nicht mehr vor dem derzeitigen Dilemma, potenziell ‚guten‘ Schülerinnen und Schülern den Zugang zur gymnasialen Bildung zu verwehren“.

Auch die FDP geht davon aus, dass Ganztagschulen „einen Beitrag zu größerer Chancengerechtigkeit leisten können (...), ohne sie für alle Schüler verbindlich zu machen“.

Zusammenstellung: HLZ-Redaktion



Bildungsgerechtigkeit

Regionale Disparitäten im deutschen Schulsystem

Grundlage des Vortrags von Professor Dr. Nils Berkemeyer in der Sitzung der Enquetekommission am 28.11.2014 war der an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellte „Chancenspiegel“ (CSP) in der Ausgabe des Jahres 2014. Der Chancenspiegel ist erstmals 2012 erschienen und wurde bis 2016 kontinuierlich fortgeschrieben. Der Chancenspiegel 2017 erweitert den betrachteten Zeitraum auf die Jahre 2002 bis 2014 und zeichnet damit unter Rückgriff auf amtliche Schulstatistiken und Leistungsvergleichsstudien die Entwicklung der für den CSP relevanten Indikatoren nach. Der Chancenspiegel ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung, des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund und des Instituts für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena (<https://chancen-spiegel.de>).

Der Chancenspiegel ist ein Instrument zum Schulsystemmonitoring, das die normative Frage stellt, was wir uns als Ergebnisstruktur für das Schulsystem wünschen. Die Frage, wie und wo soziale Ungleichheiten identifiziert werden können, ist schon oft untersucht worden. Die Befunde liegen auf dem Tisch und die Frage ist: Was machen wir mit diesen Befun-

Enquetekommission: Bildungserfolg

Mit dem Themenfeld 3 „Bildungserfolg und Schulversagen“ befasste sich die Enquetekommission in ihrer 6. Sitzung am 28. November 2014. Als Sachverständige referierten Professor Rainer Dollase (Universität Bielefeld), Professorin Karin Bräu (Universität Mainz) und Professor Nils Berkemeyer von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der von der SPD-Fraktion benannt worden war. Alle Referate und Präsentationen der Enquetekommission stehen im Informationssystem des Landtags zur Verfügung. Die HLZ veröffentlicht das Referat von Professor Berkemeyer mit seiner freundlichen Genehmigung in gekürzter Form.

den? Der Chancenspiegel möchte dazu einen öffentlichen, nicht nur den fachakademischen Diskurs anregen, um die Gerechtigkeitsfrage im deutschen Schulsystem überhaupt wieder auf das Tapet zu bringen. Die normative Frage, wie ein gerechtes Schulsystem aussehen muss, lässt sich nicht allein wissenschaftlich beantworten, sie wird letztlich in den Parlamenten entschieden.

Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule an eine Schulart mit Hochschulreifeoption übergangen (Schuljahr 2012/2013)

Kreis bzw. kreisfreie Stadt	%	Kreis bzw. kreisfreie Stadt	%
Stadt Darmstadt	82,0	Kreis Gießen	73,8
Stadt Frankfurt	77,2	Lahn-Dill-Kreis	68,8
Stadt Offenbach	75,6	Limburg-Weilburg	51,4
Stadt Wiesbaden	81,4	Marburg-Biedenkopf	49,2
Bergstraße	58,2	Vogelsbergkreis	49,8
Darmstadt-Dieburg	68,4	Stadt Kassel	71,2
Groß-Gerau	83,6	Kreis Fulda	39,0
Hochtaunus	75,4	Hersfeld-Rotenburg	68,4
Main-Kinzig-Kreis	66,0	Landkreis Kassel	68,2
Main-Taunus-Kreis	68,6	Schwalm-Eder-Kreis	53,4
Odenwaldkreis	72,8	Waldeck-Frankenberg	42,7
Kreis Offenbach	62,8	Werra-Meißner-Kreis	56,9
Rheingau-Taunus	69,7	Hessen	66,2
Wetteraukreis	62,2		

Anteil der 7. Klassen an den Schularten, die eine Hochschulreifeoption anbieten, an allen 7. Klassen (Schuljahr 2014/15)

Bundesland	%	Bundesland	%
Baden-Württemberg	43,0	Niedersachsen	48,8
Bayern	33,2	Nordrhein-Westfalen	58,1
Berlin	100	Rheinland-Pfalz	53,0
Brandenburg	56,0	Saarland	95,6
Bremen	97,8	Sachsen	40,8
Hamburg	100	Sachsen-Anhalt	47,1
Hessen	65,2	Schleswig-Holstein	85,2
Mecklenburg-Vorpommern	48,9	Thüringen	47,2

Quelle: Chancenspiegel 2014 und 2017

Wie sollte ein gerechtes Schulsystem aussehen?

Wir fassen die Frage der Gerechtigkeit anhand der vier Dimensionen Integrationskraft, Durchlässigkeit, Zertifikatsvergabe und Kompetenz. Für die Dimension der Kompetenz fehlen uns allerdings geeignete Daten, denn insbesondere die Kultusministerkonferenz weigert sich beharrlich, die Dinge systematisch und ländervergleichend anzusehen.

Die Grundannahme des Chancenspiegels lautet: Je höher die Integrationskraft eines Schulsystems ist, umso größer ist die Chancengerechtigkeit. Die Integrationskraft messen wir unter anderem an den Inklusionsquoten, an der Ganztagsbetreuung und an der Zeit, in der Kinder und Jugendliche aller Couleur möglichst lange gezielt im System verbleiben. Bei der Durchlässigkeit geht es um die Sitzenbleiber und Übergänge, bei der Zertifikatsvergabe um die Abschlüsse.

Beim Vergleich der Dimensionen schulsystemischer Gerechtigkeit verzichten wir auf ein numerisches Ranking der Bundesländer und sagen nur, dass ein Bundesland zur oberen oder zur unteren Gruppe gehört. Die mittlere Gruppe spielt für uns ohnehin keine Rolle, weil wir eigentlich nur kontrastiv zeigen wollen, wie hoch die Varianz innerhalb der deutschen Schulsysteme in Bezug auf einzelne Dimensionen ist.

Auch der Gerechtigkeitsbegriff ist natürlich problematisch, weil man unter Gerechtigkeit eine ganze Menge verstehen kann. Ich halte es aber für grundlegend falsch, am Begriff der Chancengleichheit festzuhalten, und plädiere für einen differenzierten Gerechtigkeitsbegriff auf der Grundlage der theoretischen Annahmen von *John Rawls*. Rawls geht davon aus, dass die Institutionen so beschaffen sein müssen, dass sie immer den am schlechtesten Gestellten in der Gesellschaft am besten dienen, aber auch die besser Gestellten von der Institution profitieren können. Wir müssen also gut überlegen, wie wir Förderstrategien, wie wir Interventions-

maßnahmen aufbauen. Auf die Schule übertragen heißt das, dass also gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus keine Nachteile erfahren dürfen und eine institutionelle Diskriminierung, wie sie von PISA aufgezeigt wurde, nicht stattfinden darf. Aus der Rawls'schen Perspektive gibt es hier unbedingten Handlungsbedarf.

In den ersten Ausgaben des Chancenspiegels haben wir die Bundesländer im Vergleich beobachtet. Der Chancenspiegel 2014 schaut jetzt vertieft auf die landesinternen Differenzen oder Varianzen der Gebietskörperschaften. Dieser regionale Aspekt der empirischen Bildungsforschung war bisher eher unbeleuchtet. Als Bildungsforscher bewegt mich dabei vor allem die Frage, wie es zu den registrierten massiven Varianzen innerhalb eines Bundeslandes kommen kann. So gibt es in Hessen einen Landkreis, in dem 84% eines Jahrgangs auf eine Schule mit der Option der Hochschule, also auf ein Gymnasium oder eine Gesamtschule wechseln, während es im Landkreis mit der niedrigsten Quote nur 39% sind. Eine Erklärung ist vermutlich in der Struktur des regionalen Angebots zu suchen, was aus einer gerechtigkeitstheoretischen Perspektive problematisch sein dürfte: Sag mir, wo du geboren bist, und ich sage dir, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, in dieser Kommune einen bestimmten Abschluss zu erwerben! Auch bei den Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss, bei der Zahl der Schuljahreswiederholungen und der Zahl der Versetzungen in eine „niedrigere“ Schulform gibt es große regionale Unterschiede.

Große regionale Unterschiede in Hessen

Neben den sozioökonomischen Hintergrund der Eltern tritt somit eine zweite wirkkräftige Variable und das ist die Region. Weil diese Variable von Landesseite nur schwer zu steuern ist, spricht man nicht gerne darüber, sondern lieber über Schulautonomie und über Dezentralisierung in der Kommune. Zur Bedeutung der regionalen Komponente möchte ich noch ein besonders drastisches Beispiel aus Bayern erwähnen. Dort gibt es nämlich Landkreise, in denen überhaupt keine Kinder auf eine Schule mit Hochschulreifeoption gehen. Auch wenn es ausgleichende Versorgungseffekte zwischen Landkreisen und Städten gibt, ist eine solche Spannweite nicht zu erklären. Auch begabungstheoretisch würde man ja eher von einer Normalverteilung ausgehen, die vielleicht noch durch Wirtschaftsfaktoren modifiziert wird.

Was soll man jetzt angesichts solcher empirischer Befunde tun? Ich wage mich mit den folgenden Hinweisen in den Raum der begründeten Spekulation:

- Bundesweit wird die Verantwortung für „Schools at Risk“ missachtet. Wenn es aber beispielsweise Schulen mit deutlich höheren Abbrecherquoten gibt, dann ist es die Verantwortung und die Pflicht des Staates, dort zu intervenieren, und zwar nicht im Sinne von Strafe, sondern in Form von Unterstützung.
- Es muss darum gehen, die Verantwortung im System ernst zu nehmen und sich die Standorte anzuschauen, wo wir klare Problemsituationen identifizieren können. Die Daten sind da, man kann das tun. Kinder werden jeden Tag an Standorten beschult, die der Verantwortung, die ihnen der Staat übertragen hat, eigentlich nicht gerecht werden können. Und wir gucken zu, und es wird nichts skandalisiert. Das ist irritierend.
- Ich halte es für notwendig, Unterstützungsteams aufzubauen, die in der Lage sind, über eine längere Zeit mit den



Schulen zu arbeiten und nicht nur eine formale Organisationsberatung zu machen. Es geht sehr konkret um Unterricht, Elterngespräche, Beratungssituationen, Strukturabläufe, das Curriculum und auch darum, eine Teilverantwortung zu übernehmen. Teams, die nur reingehen und keine Verantwortung haben, werden nichts bewirken. Sie müssen Verantwortung übernehmen.

- Außerdem müssen wir dringend über das Curriculum diskutieren. Aus unseren Schulen werden junge Menschen entlassen, die nicht in der Lage sind, ordentlich zu lesen, und deswegen keine Chance auf erweiterte Teilhabe an der Gesellschaft haben. Dazu brauchen wir eine Flexibilisierung des Curriculums, damit dann auch Erfolge in den anderen Fächern möglich werden können. Aus meiner Sicht ist die Stundenzahl deutlich zu erhöhen und der Fokus auf Programme zur Förderung kognitiver und sozialer Grundfähigkeiten zu legen. Das ist aufwändig und anstrengend und dabei müssen die Schulen dringend unterstützt werden.

- Und eine letzte Bemerkung: Wenn wir uns die regionalen Disparitäten in den deutschen Schulsystemen anschauen, dann stellt sich die Frage, ob die kommunale Schulentwicklungsplanung in der Form noch länger Sinn macht. Ich weiß, dass die Verbindungen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Einheiten sehr politisch sind und man Konflikte eher vermeiden möchte. Aber Konfliktvermeidung hilft nicht bei der Verbesserung einer Schulangebotsstruktur, die institutionelle Differenzen abmildern kann.

Prof. Dr. Nils Berkemeyer

Die Beteiligung der „wirklich Sachverständigen“

Immer wieder kam bei den Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte, der Eltern und Schülerinnen und Schüler die Frage auf, wie ernst ihre Fragen und Voten in den Beratungen genommen wurden. Dass die Ständigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur letzten Sitzung der Enquetekommission eingeladen wurden, ohne dass der Abschlussbericht vorlag, bezeichnete *Reiner Pilz*, Vorsitzender des Landeselternbeirats, in einem Schreiben an die Vorsitzende *Sabine Bächle-Scholz* (CDU) „als Verletzung seiner Mitglieds- und Mitwirkungsrechte“. Dies erwecke den Eindruck, dass Engagement und Mitarbeit der beratenden Mitglieder nicht anerkannt würden.

Was hat's gebracht?

Die HLZ bat die Fraktionen des Hessischen Landtags und deren Obleute in der Enquetekommission sowie Vertreterinnen und

Vertreter der Eltern und Schülerinnen und Schüler um eine Einschätzung der Arbeit und der Ergebnisse der Enquetekommission.

Landesschülervertretung

Die Gründung des Enquetekommission Bildung zeigt, dass im hessischen Landtag das Interesse besteht, Bildung zu verbessern. Obwohl die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes, bei der in der Enquetekommission entstandene Empfehlungskatalog gut hätte mitgestalten können, gerade beendet ist, sieht die hessische Landesschülervertretung insbesondere mit Blick auf die Landtagswahlen im Oktober die Möglichkeit sowie die Notwendigkeit, an den Baustellen im Bildungsbereich mit Hilfe der Ergebnisse zu arbeiten! Einen besonderer Fokus ist dabei auf das Thema Digitalisierung in hessischen Schulen zu legen. Der verantwortungsbewusste Umgang mit neuen Medien muss Jugendlichen in der Schule vermittelt werden. Das ist nur mit einer vernünftigen Ausstattung der Schulen, gut ausgebildeten Lehrkräften und durchdachten Unterrichtskonzepten möglich. Letztendlich hoffen wir, dass das Konzept der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen“ den Titel auch in Schulen selbst Wirklichkeit werden lässt.

Hannah Kriebel, Landesschülervertretung

Landeselternbeirat

Im Gegensatz zum Bildungsgipfel hat die Enquetekommission weitestgehend sachlich und auf Grundlage unterschiedlicher wissenschaftlicher Expertisen gearbeitet. Dadurch konnten die verschiedenen Perspektiven beleuchtet und hinterfragt werden. Parteiübergreifend wurden recht viele Gemeinsamkeiten festgestellt, an denen man jetzt arbeiten kann. Am Thema Ganztagschule wird aber auch deutlich, wie unterschiedlich wissenschaftliche Expertisen bewertet werden und welche abweichenden Schlüsse daraus gezogen werden. Für den LEB sind die Ergebnisse tragbar, wenn auch an vielen Stellen Verbesserungsbedarf gesehen wird, etwa bei der Stärkung von Elternrechten und der Inklusion, die uns im Abschlussbericht zu kurz kommt. Wichtig sind für uns die Maßnahmen zur Medienmündigkeit, die multiprofessionellen Teams und die Stärkung der Qualität von Schule. Auch die Stärkung unseres Kooperationsprogramms „elan“ begrüßen wir.

Reiner Pilz, Vorsitzender des Landeselternbeirats

elternbund hessen e. V.

Seit seiner Gründung vor nunmehr fast 40 Jahren setzt sich der elternbund hessen für „Eine Schule für Alle“ ein, eine Schule der Vielfalt, in der jedes Kind die Förderung erhält, die es braucht. Deshalb sind für uns vor allem die Themenfelder „Individuelle Förderung“ und „Inklusion“ von Interesse.

Hier traten die alten Differenzen wieder deutlich zu Tage: Die CDU zweifelt am Konzept der „individuellen Förderung“, möchte keine „inklusive Schule“ für alle und will sich weiter nicht vom „bewährten gegliederten Schulsystem“ verabschieden. Aber wenigstens haben sich alle auf mehr Forschung geeinigt, auf eine Empfehlung für multiprofessionelle Teams und eine Änderung der Lehreraus- und -fortbildung. Obwohl die Elternmitbestimmung in Hessen Verfassungsrang hat und eine gute Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule ein wichtiger Faktor für den Lernerfolg eines Kindes ist, hat die Enquetekommission dieses Thema nicht behandelt.

Jan Voß, ebh-Vorsitzender

SPD

Die auf Initiative der SPD-Fraktion ins Leben gerufene Enquetekommission war im Gegensatz zum Bildungsgipfel keine Showveranstaltung, sondern hat sachorientiert und ergebnisoffen gearbeitet und komplexe Sachverhalte mit Wissenschaftlern und Praktikern ausführlich diskutiert. Anders als beim Bildungsgipfel wurden auch konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt. Ein Ergebnis, das sich durch den gesamten Bericht zieht, ist die Notwendigkeit der Restrukturierung der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung. Zahlreiche Handlungsempfehlungen zielen darauf, die Forschung im Bildungsbereich zu intensivieren, damit wir uns stärker auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse stützen können. Bei strittigen Themen wie Inklusion oder Ganztagschulausbau gab es erwartungsgemäß weniger Annäherung. Trotzdem bildet der Abschlussbericht für uns eine gute Grundlage für Regierungshandeln in einer neuen Koalition nach der Landtagswahl im Oktober.

Gerhard Merz, Obmann der SPD-Fraktion

Der Bericht ist vielleicht kein großer Wurf, aber er enthält einige Punkte, in denen Konsens erzielt werden konnte. Überraschend war für mich, dass selbst der von der CDU benannte Sachverständige eingestand, dass der Förderschwerpunkt Lernbehinderung/Lernbeeinträchtigung relativ schwach legitimiert sei, und dafür eintrat, dass es künftig mehr schulische Gemeinsamkeiten und weniger spezielle Einrichtungen gebe, ohne diese grundsätzlich aufzugeben. Leider findet sich diese moderate Position aus ideologischen Gründen nicht in den Handlungsempfehlungen der CDU-Fraktion wieder.

Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

Die Stärke des Berichts der Enquetekommission ist die Materialsammlung, die der Bericht enthält. Im Bereich der Handlungsempfehlungen ist der Anteil der gemeinsamen Empfehlungen gegenüber dem, was die Fraktionen als Sondervoten eingebracht haben, in der Minderheit. Das heißt: Die Kommission konnte sich in weiten Teilen nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigen. „Eine umfassende Bestandsaufnahme der Bildungschancen“ – wie im Einsetzungsantrag gefordert – ist der Bericht also leider genauso wenig wie ein Konsenspapier der Landtagsfraktionen, das einen Fahrplan für die zukünftige Bildungspolitik darstellen könnte. Gleichwohl hat die Kommission in vielen Sitzungen sehr konzentriert und sachbezogen zusammengearbeitet und in einigen Bereichen interessante Ergebnisse geliefert, beispielsweise bei der Inklusion oder bei der Digitalisierung im Bildungswesen. Fraglich erscheint jedoch, ob alle Fraktionen die gemeinsamen Handlungsempfehlungen ernst nehmen. Bereits im Plenum vor der Verabschiedung des Berichts wurden Ergebnisse der Enquete wieder in Frage gestellt. Für uns GRÜNE ist es weiter wünschenswert, für eine der wichtigsten landespolitischen Aufgaben einen möglichst großen Konsens zu erreichen. Leider hat die Enquete – wie auch der Bildungsgipfel – gezeigt, dass es dazu noch zu wenig Kompromissbereitschaft im Landtag gibt.

Daniel May, Obmann der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Weitere Stellungnahmen auf Seite 16

Themenfeld Inklusion

Für das Themenfeld 9 „Inklusion“ hatte der Landtag den folgenden Auftrag erteilt:

Die Enquetekommission soll „den Begriff ‚Inklusion‘ im Hinblick auf seine unterschiedlichen rechtlichen Bewertungen, Definitionen und Dimensionen beleuchten und ein Verständnis für die Notwendigkeit, die Möglichkeit und Bedingungen inklusiver Pädagogik in allen Schulformen, Schulstufen und Bildungsgängen entwickeln. Vordringlich ist eine konsistente und das gesamte Schulwesen umfassende Strategie für die Verwirklichung der Vorgaben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu entwickeln.“

Das Referat der von den GRÜNEN benannten Sachverständigen *Professorin Annedore Prengel*, die als Seniorprofessorin an der Goethe-Universität Frankfurt tätig ist, findet man in gekürzter Fassung in dieser HLZ (S. 14f.).

In der Anhörung vertrat insbesondere *Dr. Dorothea Terpitz* vom Netzwerk Inklusion Offenbach die Auffassung, dass die UN-Konvention einen „klaren gesetzlichen und völkerrechtlich verbindlichen Auftrag zum Aufbau eines inklusiven Schulsystems auf allen Ebenen“ enthält und den Förderschulen „durch die Ratifizierung der Konvention die rechtliche Legitimation fehlt“. Der von der SPD benannte Sachverständige *Professor Dieter Katzenbach* hält im Rahmen dieser Zielsetzung „eine zeitweilige und vorübergehende Förderung mittels zielgruppenspezifischer Lernarrangements“ für zulässig, um Stigmatisierungen zu vermeiden. Unterricht im Klassenverband müsse jedoch die Regel und eine zielgruppenspezifische Förderung in Kleingruppen die Ausnahme sein. Der von der UN-Konvention formulierte Rechtsanspruch behinderter Kinder auf Teilhabe an Bildung „in der Gemeinschaft, in der sie leben“, schließe integrative Schwerpunktschulen jedoch ebenso aus wie die Zusammenfassung aller Kinder mit Förderbedarf in einer Integrationsklasse. Der von der CDU benannte Sachverständige *Professor Bernd Ahrbeck* vertrat dagegen die Auffassung, die Möglichkeit für Eltern „zwischen inklusiver und spezialisierter Beschulung im Sinne des Kindeswohls“ zu wählen, stehe nicht im Widerspruch zur UN-Konvention.

Zur Beurteilung der Frage, wo Kinder mit Beeinträchtigungen besser gefördert werden, ergab sich das – bekannte – widersprüchliche Bild, wobei sich die Sachverständigen jeweils auf die empirischen Studien stützten, die das jeweils gewünschte Ergebnis bestätigen. Für Katzenbach belegt „die überwiegende Mehrzahl der Untersuchungen bessere Schulleistungen von Kindern mit Förderbedarf in inklusiven Settings gegenüber der Unterrichtung in Sondereinrichtungen“. Für Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf werde „in aller Regel ein Patt berichtet“.

Am Anfang der gemeinsamen Handlungsempfehlungen aller Fraktionen steht das Bekenntnis zur „gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen“ und zur „möglichst optimalen Förderung behinderter und beeinträchtigter Kinder“. Weitaus überraschender ist die von allen Fraktionen getragene Formulierung im zweiten Satz, dass „die inklusive Beschulung eine Regelform sein kann (!)“. Auch die folgende von allen Fraktionen getragene extrem dehnbare Empfehlung könnte selbst von vehementen Gegnern der Inklusion unterschrieben werden:

„Inklusion findet dort ihre Grenzen, wo ein Kind in einer spezialisierten Einrichtung besser gefördert werden kann und dort, wo andere Schülerinnen und Schüler in ihrer Gesundheit gefährdet oder in ihrem Lernen unverhältnismäßig beeinträchtigt werden.“

Ansonsten beschränken sich die gemeinsamen Empfehlungen auf die „Sensibilisierung der Lehrkräfte für Ausgrenzungen und Diskriminierungen“, die Notwendigkeit von präventiven Maßnahmen, die Aus- und Fortbildung für die „Herausforderungen der inklusiven Beschulung“ und die Bildung „multiprofessioneller Teams und Netzwerke“, „damit die Lehrkräfte mit den Handlungsanforderungen an eine inklusive Pädagogik nicht überfordert werden“.

Empfehlungen der Fraktionen

Für die CDU ist in Hessen mit dem Erhalt der Förderschulen und dem Bekenntnis zum Wahlrecht der Eltern zwischen Förderschule und Inklusion alles gut bestellt. Bei Beeinträchtigung der Motorik und der Sinne stehe der inklusiven Beschulung bei entsprechenden technischen Hilfen „nichts im Wege“, ansonsten müsse „zwischen pauschaler Teilhabe und spezialisierter individueller Förderung abgewogen werden“.

Über das Bekenntnis zum Erhalt von spezialisierten Förderschulen in den gemeinsamen Empfehlungen hinaus meldet die SPD Kritik am Modell der Schwerpunktschulen an und spricht sich für „temporäre Lerngruppen und vielfältige Neigungsgruppen in der inklusiven Schule“ aus. Die aktuelle hessische Situation, dass der Besuch von Förderschulen und Sonderklassen die Regel ist und die inklusive Beschulung die Ausnahme, sei „mit der UN-Konvention nicht vereinbar“. Sie fordert einen Maßnahmenplan der Landesregierung „für die nächsten Jahre“. Dabei dürfe auch „der zusätzliche Arbeitsaufwand“ nicht außer Acht gelassen werden, der „auf Regelschulen durch die inklusive Beschulung“ zukommt.

Die GRÜNEN bekennen sich ebenfalls zur „Kopplung von gemeinsamem Unterricht mit zeitweisen auf die individuellen Bedarfe zugeschnittenen Pull-out-Angeboten“. Im Interesse der Kinder sollten inklusive Bildungsangebote „wohnortnah vorhanden sein, um lange Fahrtwege zu vermeiden“. Hier sollte man allerdings daran erinnern, dass die Schulgesetznovellierung durch CDU und GRÜNE 2017 die Schulbezirksgrenzen für Grundschulen in Fällen inklusiver Beschulung ausdrücklich aufgehoben hat.

Die LINKE fordert die Aufhebung des Ressourcenvorbehalts und hält es für „nicht akzeptabel, dass ein Kind in der Inklusion erheblich weniger Förderung erhält als das beim früher praktizierten ‚Gemeinsamen Unterricht‘ der Fall war“. Multiprofessionelle Teams seien für Inklusion „unabdingbar“, die Lehrerausstattung und die Zahl der doppelt besetzten Stunden müssten deshalb „erhöht werden“.

Die FDP spricht sich dafür aus, sonderpädagogische Einrichtungen „nach und nach unter einem Dach“ an Regelschulen zu verlegen.

Von keiner Fraktion wurde das Problem angesprochen, welche Schulformen in der Sekundarstufe I sich für die inklusive Beschulung öffnen (sollen) und welche sich dieser Anforderung weitgehend entziehen.

Zusammenstellung: HLZ-Redaktion



Demokratie braucht eine Pädagogik der Vielfalt

Inklusive Pädagogik

Die Grundlagen inklusiver Pädagogik sind identisch mit den menschenrechtlichen Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Grundlegend sind auch historische Entwicklungen von der Ablösung ständischer Hierarchien über die moderne, demokratische und meritokratische Leistungsgesellschaft bis zur spätmodernen Anerkennung pluraler Lebensweisen, um die es in unseren heutigen Debatten geht. Theoretisch grundlegend ist die Stärkung der Sozialisations- und Qualifikationsfunktion von Bildung und – so meine These – die Eindämmung einer überbetonten, destruktiven Selektionsfunktion im Bildungssystem.

Inklusive Pädagogik wird auf mehreren zusammenhängenden Handlungsebenen verwirklicht:

- Auf der institutionellen Ebene der Schule basiert Inklusion auf Wohnortnähe, der externen Kooperation mit der Jugendhilfe und anderen Einrichtungen, einer demokratischen Schulordnung, heterogenen Klassengemeinschaften mit temporären Lerngruppen und vielfältigen Neigungsgruppen und einer flexiblen Vergabe aller Abschlüsse je nach erreichtem Leistungsstand in der Sekundarstufe.
- Auf der professionellen Ebene bedeutet Inklusion Teamarbeit. Dazu gehört die kontinuierliche multiprofessionelle Planung im Team in Verbindung mit Intervention und Supervision. Für die sonder- und sozialpädagogische Fachkompetenz in der Inklusion brauchen Schulen und andere Bildungseinrichtungen eine feste Grundausstattung und die Hinzuziehung externer Expertinnen und Experten bei Einzelfällen, die das Team vor Ort coachen können.
- Auf der Beziehungsebene geht es um die Gestaltung der Lehrer-Schüler-Beziehungen mit der Anerkennung aller Lernenden, um den Verzicht auf die Etikettierung von Schülerinnen und Schülern als „schlechte Schüler“ und um die Einsicht, dass sich jedes Kind subjektiv sinnvoll verhält und auf seiner Stufe kompetent ist. Inklusion braucht haltende pädagogische Beziehungen mit feinfühleriger Bindung. Das gilt ganz besonders für traumatisierte Kinder.

Robert C. Pianta ist ein renommierter US-Forscher auf dem Gebiet der „Teacher Student Relationships“. Seine Studien belegen, dass „Children at Risk“ erwartungswidrig dann Bildungserfolge hatten, wenn sie eine gute Lehrer-Schüler-Beziehung erfahren konnten. Ein Kind, das mit der Aufforderung konfrontiert wird „Sit down and get to work“, lernt dagegen, dass es keine Hilfe bekommt. Pianta bietet ein Programm an, in dem Pädagoginnen und Pädagogen lernen können, sich in der Interaktion mit Kindern feinfühlig zu verhalten. Ich führe seit Jahren ein umfassendes Projekt durch, bei dem wir tausende pädagogischer Interaktionen beobachtet und analysiert haben: Danach verlaufen rund drei Viertel aller Interaktionen in den Schulen anerkennend und neutral, ein Viertel verletzend und 6 % sehr verletzend. Wir konnten beobachten, dass Kinder körperlich sichtbar auf die Qualität der Ansprache reagieren: Anerkennung unterstützt das Lernen, und Verletzungen blockieren das Lernen. Gerade für die Inklusion ist auch eine andere Beobachtung bedeutsam: Gleichaltrige übernehmen sowohl ermutigende als auch ver-

Foto der Autorin: Karla Fritze

Enquetekommission: Inklusion

Mit dem Themenfeld 9 „Inklusion“ befasste sich die Enquetekommission in ihrer 9. Sitzung am 18. Dezember 2015. Als Sachverständige referierten Professor Dr. Bernd Ahrbeck (Humboldt-Universität Berlin), Professor Dr. Dieter Katzenbach (Goethe-Universität Frankfurt), Dr. Dorothea Terpitz (Netzwerk Inklusion Offenbach), Professorin Dr. Elke Wild (Universität Bielefeld) und Professorin Dr. Annedore Prengel, die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt worden war. Annedore Prengel ist Seniorprofessorin an der Goethe-Universität Frankfurt und durch ihre Veröffentlichungen und Projekte zur „Pädagogik der Vielfalt“ bekannt geworden. Alle Referate und Präsentationen der Enquetekommission stehen im Informationssystem des Landtags zur Verfügung. Die HLZ veröffentlicht das Referat von Annedore Prengel mit ihrer freundlichen Genehmigung in gekürzter Form.

letzende Haltungen der Lehrkräfte. Ist die Lehrkraft gemein zu einem Kind, wird es auch von Gleichaltrigen ausgelacht.

Auf der didaktischen Ebene benötigt Inklusion wie jede gute Pädagogik

- ein verbindliches Kerncurriculum mit Bildungsstandards, das für heterogene Lerngruppen modifiziert wird und gestufte Zugänge für jeden erlaubt, Kompetenzrastern und differenzierten Lernmaterialien sowie
- Freiräume beim Lernen für Themen und Interessen der Kinder und Jugendlichen.

Diese beiden Perspektiven stehen nicht im Widerspruch, sondern können kombiniert werden, sodass beides möglich ist. Auf der bildungspolitischen Ebene brauchen inklusive Schulen eine personell und sachlich ausreichende Ausstattung und eine systematisch geplante Implementation. Dazu muss in den Parlamenten, auch im Hessischen Landtag, ein Konsens aller demokratischen Parteien gefunden werden. Diesem Ziel ist auch diese Enquetekommission verpflichtet.

Im Folgenden nenne ich umstrittene Argumente und stelle stichhaltige, konsensfähige Antworten zur Diskussion.

1.) Behinderte Kinder werden in Sondereinrichtungen und Sonderschulen besser gefördert.

Ja, Inklusion braucht sonderpädagogische Kompetenz, die allen Kindern in der wohnortnahen inklusiven Kita oder Schule zugutekommt. Diese Kompetenz wird in Forschung, Lehre und Praxis sonderpädagogischer Fachrichtungen gepflegt. Um die sonderpädagogische Kompetenz nutzen zu können, sollten institutionelle Brüche durch die Überweisung in eine Förderschule, durch die Trennung von Gleichaltrigen oder durch weite Fahrwege vermieden werden. Darum braucht die Inklusion sowohl Sonder- und Sozialpädagogen, die zum Kollegium der Schule gehören, als auch fallspezifisch anforderbare Beratungs- und Therapieangebote für Kinder mit seltenen Behinderungen. Für Kinder mit schweren Verhaltensstörungen können temporäre Lerngruppen eingerichtet werden. Vor allem in der Pubertät wächst der Wunsch, mit

Gleichaltrigen zusammenzusein, die eine ähnliche Behinderung haben. Dieser Anforderung kann die inklusive Schule mit vielfältigen Neigungsgruppen entsprechen

2.) Sonderpädagogische Kategorien sind unverzichtbar.

Ja, sonderpädagogische Kategorien können dazu beitragen, hilfreiches Wissen zu sammeln und anzuwenden. Ohne Schubladen können wir kein Wissen sammeln und keine pädagogischen Konzeptionen ordnen. Dabei gilt es aber auch, die Etikettierung durch kategoriale Diagnosen zu vermeiden und zu berücksichtigen, dass diagnostische Aussagen immer nur Vermutungen beinhalten, immer nur vorläufig gültig sind und wegen fehlender Prognosesicherheit zukunfts offen konzipiert und mit einer individuellen Kind-Umfeld-Fallanalyse verknüpft werden müssen. Unter diesen Bedingungen können die Schattenseiten der sonderpädagogischen Kategorien zumindest abgeschwächt werden.

3.) Im segregierenden Schulsystem lernen Schülerinnen und Schüler besser.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Statt einer mit Segregation einhergehenden, prognostisch unsicheren langfristigen Festlegung auf Bildungsgänge sind mit der Inklusion zukunfts offene, flexible Bildungsmöglichkeiten verbunden. Statt einer sowieso unerreichbaren Gleichschrittigkeit bietet die Inklusion eine Individualisierung bei allen Lernausgangslagen. Statt an einer überbetonten Konkurrenz orientiert sich die Inklusion am Lernziel Solidarität. Statt stressiger Entmutigungen durch Abstufungen und Sitzenbleiben kommt hier die Konzentration auf die Leistungsförderung für alle zum Tragen.

4.) Beeinträchtigte Kinder werden im inklusiven Regelschulsystem diskriminiert.

Das kann vorkommen. Doch Diskriminierungen finden in allen Bildungsinstitutionen statt, vor allem dann, wenn Lehrkräfte gegenseitige Verletzungen der Lernenden ignorieren und wenn sie selbst verletzend handeln. Zu diesen Verletzungen kommt es auch in Sondereinrichtungen, wenn Kinder, die eine hoch problematische Sozialisation durchlaufen haben, dort aufeinandertreffen. Deswegen muss die solidarische Anerkennung in der Gemeinschaft in allen Bildungseinrichtungen vermittelt und von den Lehrkräften bewusst vorgelebt werden.

5.) Inklusion schwächt die Leistung und stellt die Auslesefunktion des Bildungssystems infrage.

Die inklusive Pädagogik stellt die individuelle Leistungsförderung des Kindes in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Sie wird in dem Maße zur leistungsförderlichsten Pädagogik überhaupt,

Bildungspolitik unterstützt eine gute Schulentwicklung

- durch feste multiprofessionelle Teams in jeder Schule und jeder Kita,
- durch eine gute materielle Ausstattung, indem man die Ressourcen, die jetzt in getrennten Systemen gebunden sind, im Zuge der Inklusion nicht kürzt, sondern zusammenfließen lässt,
- durch eine verbesserte externe didaktische, sonderpädagogische und schulpsychologische Beratung, durch die Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung im Hinblick auf die Erkenntnisse zum Lernprozess selbst.



indem sie darauf verzichtet, schnell Lernende zu bremsen und langsam Lernende zu entmutigen. Bei der Inklusion erkennt man Leistungsunterschiede und entsprechende Zertifizierungen beim Übergang in die Berufsausbildung bewusst an. Der Fokus liegt aber in der Tat nicht wie heute auf der Auslese, sondern auf der Sozialisations- und Qualifikationsfunktion der Schule.

6.) Manche Lehrkräfte wollen nicht differenzierend unterrichten und die Wissenschaft liefert keine empirischen Begründungen für das Gelingen differenzierender Didaktik.

Lehrkräfte, die die Binnendifferenzierung noch nicht kennen, brauchen auch für die Arbeit im gegenwärtigen System auf jeden Fall eine systematische Fortbildung. Seit den 80er Jahren belegen die Modellversuche zum Gemeinsamen Unterricht, dass Binnendifferenzierung gelingen kann. Für das Gelingen in der Fläche werden systematische Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen gebraucht.

7.) Inklusive Pädagogik idealisiert pädagogische Handlungsmöglichkeiten und verkennt sozioökonomische Ungleichheiten und gesellschaftliche Machtverhältnisse.

Dieses Argument kommt vor allem von der linken Seite. Angesichts der prinzipiellen Unvollendbarkeit der Demokratie ist Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Daueraufgabe. Jeder Ansatz dazu, auch jeder pädagogische Schritt der Demokratisierung, ist wertvoll.

Prof. Dr. Annedore Pregel

Was folgt?

Die Arbeit der Enquetekommission wurde von Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte, der Eltern und der Schülerinnen und Schüler begleitet. Als ständige Teilnehmer mit beratender Stimme waren die kommunalen Spitzenverbände vertreten, das Statistische Landesamt, die Lehrerverbände, der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer, der Landeselternbeirat, die Landeschülervertretung und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte. Für die GEW nahm Jochen Nagel, bis November 2017 Landesvorsitzender der GEW, an den Beratungen teil. Er bilanziert die Arbeit aus Sicht der GEW.

Die Enquetekommission hat über vier Jahre zu 15 bildungspolitischen Themenfeldern getagt. Zu jedem dieser Felder wurden Expertinnen und Experten von den Landtagsfraktionen benannt, die in den Kommissionssitzungen referierten. In einem ersten Resümee möchte ich festhalten, dass die Enquete im Gegensatz zu dem von der schwarz-grünen Koalition eingerichteten Bildungsgipfel, der ja als Krater zusammengebrochen ist, eine Reihe von inhaltlichen bildungspolitischen Punkten vertieft bearbeitet und dazu auch teilweise gutes Material geliefert hat. Die entscheidende Frage für die Schulen bleibt aber, ob aus den Erkenntnissen und Erörterungen auch politisch Konsequenzen gezogen werden.

Aus unserer Sicht zeigt der Abschlussbericht einen großen Handlungsbedarf für das hessische Schulwesen auf. An vielen Stellen werden Handlungsnotwendigkeiten beschrieben, an manchen Punkten geradezu eingefordert. In der Vergangenheit sind notwendige und überfällige Veränderungen regelmäßig an der personellen und materiellen Unterausstattung des Bildungswesens gescheitert. Der Abschlussbericht betont die große Bedeutung der personalen Beziehung von Pädagoginnen und Pädagogen zu den Kindern. Die vielen Überlastungsanzeigen zeigen aber, dass Pädagoginnen und Pädagogen immer weniger Zeit für das einzelne Kind haben. Eine Konsequenz muss deshalb sein, die Bedingungen zu verändern, so dass Lehrkräfte wieder mehr Raum und Zeit für Kinder und für einen entspannten Umgang mit Schülerinnen und Schülern haben.

DIE LINKE

Es gibt eine nennenswerte Schnittmenge aller Fraktionen zu den wichtigsten Bildungsthemen. Das Kultusministerium hat mit den gemeinsamen Handlungsempfehlungen im Enquetebericht ein Reservoir, aus dem es schöpfen kann, um die Bildungslandschaft in Hessen deutlich zu verbessern. Normalerweise ist im parlamentarischen Alltag nicht so viel Zeit, um sich gründlich mit Themen zu befassen. In den Enquetesitzungen brachten unterschiedliche Sachverständige ausführlich differenzierte Sichtweisen ein. Ich fand das sehr bereichernd.

Für besonders wichtig halte ich, dass eine kritische Debatte zur Digitalisierung begonnen hat. Es ist höchste Zeit, dass inhaltlich fundiert nachgedacht wird, wie wir die Vorteile digitaler Medien nutzen können, ohne die Gefahren zu übersehen. Auch die Ideen für bessere Inklusion und Integration sind anscheinlich. Im Gegensatz zum Bildungsgipfel fanden die Fraktionen des Hessischen Landtags zu gemeinsamen Positionen. Jetzt hoffe ich natürlich, dass dieser Konsens auch Eingang in die politische Praxis findet!

Gabi Faulhaber, Obfrau der Fraktion Die Linke

In allen Kapiteln fordern die Fraktionen eine verstärkte Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte: bei der individuellen Förderung genauso wie beim Umgang mit Heterogenität, beim Spracherwerb, beim Kampf gegen sexuelle Gewalt und bei der Digitalisierung. Aber keine Fraktion hat unsere Frage beantwortet, wie das mit einem Fortbildungsbudget von 40 Euro pro Lehrkraft bewerkstelligt werden soll. Wer die Notwendigkeiten zur Fortbildung erkennt, muss auch die Bedingungen schaffen. Die GEW hat es immer als Fehler angeprangert, dass das Landesinstitut für Fortbildung zerschlagen wurde. Entweder müssen wir so etwas wiederherstellen oder man muss es anders aufhängen. Aber mit 40 Euro pro Lehrkraft im Jahr ist dies nicht zu erfüllen.

Unterm Strich überwiegen bei mir die Zweifel, dass die Erkenntnisse aus der Kommission, insbesondere dort wo es notwendigerweise auch Geld kostet, in entsprechende politische Handlungen umgesetzt werden. Diese Skepsis wird auch dadurch bestärkt, dass im Verlauf der Beratungen – anders als in der programmatischen Wortwahl im Beschluss zur Einrichtung einer *Enquetekommission* „Kein Kind zurücklassen“ – immer häufiger von einer „*Enquetekommission Bildung*“ gesprochen wurde. Um Fortschritte zu erreichen, wird die GEW Hessen deshalb gemeinsam mit Schülerinnen, Schülern und Eltern weiterhin sehr engagiert streiten müssen.

Jochen Nagel

Maika Wiedwald, Vorsitzende der GEW Hessen

Leider war in der Presse zu lesen, dem Kommissionsbericht zufolge gebe es keine messbaren positiven Auswirkungen von Ganztagschulen. Zudem bestehe kein nennenswerter Bedarf an gebundenen, rhythmisiert arbeitenden Ganztagschulen. Das ist sachlich falsch und steht – zum Glück – so auch nicht in dem Abschlussbericht: Die Ganztagschule hat zweifelsohne messbare positive Auswirkungen auf das soziale Lernen. Auch wenn einer etwas älteren Erhebung zufolge „nur“ ein knappes Drittel der Eltern in Hessen eine gebundene Ganztagschule wünscht, so ist der Bedarf damit doch offensichtlich viel größer als das Angebot.

FDP-Fraktion

Die Enquetekommission Bildung hat die zentralen Themen und Fragestellungen des Schul- und Bildungssystems aufgegriffen und diskutiert. Es ist mehrheitlich gelungen, renommierte Fachexperten zu den Themenkomplexen als Sachverständige zu gewinnen. Dadurch konnten sachorientierte Sitzungen durchgeführt werden, die tatsächlich den Erkenntnisgewinn als Ziel hatten. Aus Sicht der Freien Demokraten ist dies ein maßgeblicher Erfolg der Enquetekommission in Abgrenzung zum Bildungsgipfel, der von Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Hier ging es darum, die Rahmen- und Gelingensbedingungen für die bestmögliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen herauszuarbeiten. Deshalb war es auch richtig, dass die aktuellen Herausforderungen wie Digitalisierung und Beschulung von Flüchtlingen noch in Sondersitzungen beraten wurden. Es bleibt zu hoffen, dass die gemeinsamen Handlungsempfehlungen in den zukünftigen bildungspolitischen Debatten auch von Entscheidungsträgern berücksichtigt und umgesetzt werden. Daran wird sich auch der Erfolg der Enquetekommission zeigen.

Wolfgang Greilich, Obmann der FDP-Fraktion

Themenfeld Digitalisierung

Das Themenfeld 14 „Digitalisierung“ war bei der Einsetzung der Enquetekommission noch nicht vorgesehen und wurde erst im Lauf der Beratungen ergänzt. Weitere Ergänzungen gab es mit den Themenfeldern 13 „Schutz von Kindern vor Gewalt und sexuellem Missbrauch“ und 15 „Beschulung von Flüchtlingen“.

Angesichts des Hypes, der für Fragen der Digitalisierung von Schulen und Bildung derzeit zu beobachten ist, sind sowohl die Meinungen der Sachverständigen als auch die Empfehlungen der Fraktionen durchaus beachtenswert. Während sich die Große Koalition im Bund bei den Schwerpunktsetzungen im Bereich Bildung von diesem Hype leiten lässt und als größten Brocken 5 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren für die Vernetzung und für schnelles WLAN in Schulen bereit stellen will, setzt die Enquetekommission für das „digitale Zeitalter“ auf Medienbildung.

Die HLZ dokumentiert das Referat des von der LINKEN benannten Sachverständigen *Dr. Matthias Burchardt* (Universität zu Köln) in gekürzter Form (S.18f.).

Alle Sachverständigen warnten vor einer Überschätzung der Möglichkeiten der Digitalisierung des Unterrichts und verwiesen auf negative Folgeerscheinungen. *Professor Dr. Ralf Lankau* (Hochschule Offenburg), der von der CDU benannt worden war, sprach von „negativen Folgen für das soziale und psychische Verhalten bis hin zu Verhaltensstörungen“, wenn der menschliche Kontakt zum Lehrenden fehle. Alle Sachverständigen verwiesen auf den Tatbestand, dass viele digitale Geräte angeschafft werden, ohne dass erkennbare Nutzungskonzepte vorhanden sind.

Der von den GRÜNEN benannte Hirnforscher *Professor Manfred Spitzer* von der Universität Ulm, dessen Buch „Digitale Demenz“ zum Bestseller wurde, verwies auf amerikanische Studien, nach denen der Einsatz von digitalen Medien dazu führe, dass Inhalte schlechter erlernt und schneller vergessen würden. Nachweisbar seien auch zunehmende Aufmerksamkeitsstörungen durch die Nutzung von Smartphones und eine gestiegene Depressivität bei Intensivnutzern sozialer Medien.

Im Gegensatz dazu sah *Dr. Alexander Tillmann*, der das Projekt E-Learning der Goethe-Universität Frankfurt betreut, aus den Erfahrungen in von ihm evaluierten und begleiteten Schulprojekten keine Gefahr, dass die Primärerfahrungen der Kinder durch Tablet-Computer ersetzt werden. Vielmehr ergebe sich aus dem Mehrwert der Geräte „eine Bereicherung ihres Horizonts“.

Einig waren sich die Sachverständigen dagegen in der Notwendigkeit, die Medienbildung zu stärken, um den selbstbewussten, kreativen und kritischen Umgang der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Medien zu fördern. Schule, so Professor Lankau, „müsse ein sozialer Ort mit Begegnung, Austausch und Diskursen bleiben“. Solange die Digitaltechniken in Händen nichtdemokratischer Entscheider lägen, die sich der Kontrolle durch nationales Recht entzögen, sollte nicht auf sie gesetzt werden.

Der recht breite Konsens in der Anhörung spiegelt sich auch im ersten Absatz der übereinstimmenden Handlungsempfehlungen der Fraktionen wider:

„Schule soll allen Kindern Medienmündigkeit vermitteln. Die Digitalisierung zunehmender Lebensbereiche lässt sich nicht zurückschrauben. Kinder und Jugendliche sollen deshalb zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dieser Technologie erzogen und befähigt werden. Schule muss einen Teil dieser Aufgabe übernehmen und die Medienmündigkeit aller Schülerinnen und Schüler zum Ziel haben. Erziehung zur Medienmündigkeit impliziert auch schulische Maßnahmen zur Prävention eines immer häufiger diagnostizierten Suchtverhaltens in Bezug auf die Nutzung digitaler Medien und zum Schutz vor Cybermobbing. Die kritische Betrachtung von Chancen und Gefahren digitaler Systeme soll darüber hinaus ebenfalls in verschiedenen Fächern, aber schwerpunktmäßig im Fach Politik und Wirtschaft verankert werden. (...) Die Lehrkraft ist nicht Begleiter, sondern Urheber guten Unterrichts. Deshalb muss sie über den Einsatz von digitalen Geräten und Lernsoftware im Rahmen und jeweils im Dienste einer konkreten Unterrichtseinheit entscheiden.“

Handlungsempfehlungen der Fraktionen

Auch die CDU hält in ihren ergänzenden Handlungsempfehlungen „Investitionen in die Digitalisierung des Unterrichts“ nur dann für sinnvoll, „wenn die nationale und internationale Wirkungsforschung ihr einen didaktischen und pädagogischen Mehrwert bestätigt“. Laufende Pilotprojekte müssten „auf ihren Nutzen und auf mögliche Kollateralschäden hin wissenschaftlich evaluiert“ werden. In Kindergärten und Grundschulen sollte „möglichst ohne den Einsatz digitaler Geräte unterrichtet werden“. Schwerpunkt in dieser Entwicklungsphase solle „die analoge – also direkte und natürliche – Auseinandersetzung mit der Umwelt sein“.

Die SPD kritisiert, dass den Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulen in Hessen „bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt“ wurde. Die Vermittlung von digitaler Medienkompetenz müsse „zur Pflichtaufgabe für jede Schule“ werden. Gleichzeitig sollten die Chancen der neuen Medien „konsequent zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse herangezogen werden“.

Die GRÜNEN verweisen auf die Beratungen der Enquetekommission zum sexuellen Missbrauch von Kindern und betonen die Notwendigkeit, Kinder altersgerecht auch auf dieses Thema vorzubereiten.

Die LINKE betont, dass die Digitalisierung als „Folge menschlicher Entscheidungen“ politischen Gestaltungsmöglichkeiten unterliegt und „nicht allein von wirtschaftlichen Interessen gesteuert werden darf“. Der Umgang mit den neuen Medien müsse „gelernt, das heißt durch Erziehung begleitet werden“. Elektronische Geräte hätten „in Vor- und Grundschule nichts zu suchen“.

Im Gegensatz dazu hält die FDP den „Einsatz digitaler Systeme in nahezu allen Altersstufen für verantwortlich“. Allerdings sollte er „Primärerfahrungen nicht ersetzen“. Digitale Bildungsangebote und E-Learning-Programme müssten „fester Bestandteil der Lehrerbildung sein“, so dass die Lehrkräfte beim Umgang mit digitaler Technik unterstützt werden.

Zusammenstellung: HLZ-Redaktion



Digitalisierung und Mündigkeit

Wie wollen wir eigentlich leben und lernen?

Bei uns in Nordrhein-Westfalen werden politische Entscheidungen nicht allein von der Bevölkerung, von den Lehrverbänden oder der Landesregierung getroffen, sondern wir haben Unterstützung durch eine große Stiftung aus Gütersloh. Sie zieht über die Lande und beginnt Vorträge meist mit einer Folie mit einem chinesischen Sprichwort, das durchaus eine gewisse ästhetisch-literarische Qualität hat:

„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“

Was sich hier durch die Alliteration und den Stabreim erst einmal als ausgesprochen wahr darstellt, dass alternativlose Veränderungen auf uns zulaufen, unterschlägt den Unterschied zwischen politischen Entscheidungen und meteorologischen Ereignissen: Das heißt, Wetter ist ein Naturphänomen, politische Ereignisse sind abhängig von demokratischen Prozessen und Entscheidungen.

Was wir im öffentlichen Diskurs in Bezug auf die Digitalisierung hören, ähnelt sehr dem, was wir aus der Debatte über die Globalisierung kennen: Sie sei alternativlos und komme, ob wir wollen oder nicht, und wir müssten uns anpassen.

Mir geht es in meinem Beitrag darum, zu zeigen, wie diese Tendenzen über den Umweg des Bildungssystems die Grundlagen einer demokratischen Kultur, einer gerechten Gesellschaft im Sinne von politischen, aber auch von ökonomischen Interessen systematisch unterhöheln. Wir stehen, wenn wir nicht aufpassen, vor einer großen Transformation der Grundprinzipien, Leitmodelle und Ziele unserer Kultur. Die Digitalisierung verspricht einen kleinen pädagogischen Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit und Emanzipation, bedeutet aber nichts weniger als deren Abwicklung.

Worüber sprechen wir eigentlich, wenn wir von „Lernen“, „Unterricht“, „Schule“ und „Digitalisierung“ sprechen? Von welchem Menschenbild und welchen pädagogischen Zielen gehen wir aus? Und sind die vorgeschlagenen Mittel tatsächlich in der Lage, diese Ziele zu erreichen?

Ich beginne mit einer wissenschaftstheoretischen Überlegung. Wissenschaft operiert mit Modellen. Wir beschreiben Wirklichkeit und versuchen, sie in irgendeiner Weise vereinfacht darzustellen. Wenn wir dabei Naturphänomene beschreiben, kann das dazu führen, dass wir sie angemessen oder unangemessen beschreiben. Es gab einmal die Vorstellung – Umberto Eco ist im „Foucaultschen Pendel“ darauf eingegangen –, dass wir uns nicht auf der Außenseite der Weltkugel befinden, sondern im Inneren. Das kann stimmen oder nicht. Wir müssen es überprüfen. Wenn wir es in Praxis übersetzen, kann es dazu führen, dass unsere Raketen, mit denen wir London bombardieren wollen – das ist das Beispiel Ecos –, ihre Ziele nicht treffen, weil die Grundlagen nicht stimmen. Der Erde selbst ist es völlig egal, was wir von ihr denken und wie wir sie modellieren. Sie hat eine bestimmte Qualität.

Wenn wir es mit Menschen zu tun haben, ist eine theoretische Modellierung dessen, was uns ausmacht, und ein praktischer Umgang mit diesen Modellen nicht egal. Die Erde ändert ihre Form nicht aufgrund unserer Vorstellung. Wie wir

Enquetekommission: Digitalisierung

Mit dem Themenfeld 14 „Digitalisierung“ befasste sich die Enquetekommission in ihrer 14. Sitzung am 14. Oktober 2016. Als Sachverständige referierten Professor Ralf Lankau (Hochschule Offenburg), Peter Holnick (Institut für Medienpädagogik Frankfurt), Professor Manfred Spitzer (Universität Tübingen), Dr. Alexander Tillmann (Goethe-Universität Frankfurt) und Dr. Matthias Burchardt, Akademischer Rat an der Universität zu Köln, der von der Fraktion DIE LINKE benannt worden war. Alle Referate und Präsentationen stehen im Informationssystem des Landtags zur Verfügung. Die HLZ veröffentlicht das Referat von Matthias Burchardt mit seiner freundlichen Genehmigung in gekürzter Form.

aber Menschen pädagogisch und politisch ansprechen, hat fatale Auswirkungen, wenn das auf falschen Begriffen beruht.

Digitalisierungskonzepte brechen mit allen Traditionen, die für uns maßgeblich waren. Für alle Fraktionen in diesem Raum gilt, dass keines ihrer Menschenbilder in der Digitalisierung aufgenommen wird. Die christdemokratische Fraktion wird sich auf ein christliches Menschenbild berufen, wonach der Mensch Ebenbild Gottes ist. Aber auch der Gedanken des emanzipatorisch aufgeklärten Menschen und das humanistische Bild setzen ein Menschenbild voraus, das in der Kybernetik unterlaufen oder deformiert wird. Insofern steht viel mehr auf dem Spiel als nur das Ergebnis beim nächsten Pisa-Test. Die Frage lautet: Wie wollen wir eigentlich leben?

Über die pädagogischen Folgen nachdenken

„Digitalisierung“ begegnet uns im schulischen Kontext in ganz unterschiedlichen Varianten:

- Wir stellen Geräte und Infrastruktur zur Verfügung, ohne zu erklären, wie die Bereitstellung von Geräten mit Lernen zusammenhängt.
- Es gibt die Tendenz, über Digitalisierung spezifische Aufgaben der Lehrkraft an Geräte zu übertragen: Stoffauswahl, Präsentation, didaktische Entscheidungen, Motivation oder Bewertung.
- Digitalisierung des Lernens greift auf die Seele der Schülerin oder der Schülers selbst zu, der sein Lernen „selbst steuern“ soll. In dieser „Neuen Lernkultur“ wird die autodidaktische Funktion der Stoffaneignung zum Universalprinzip des Lernens gemacht.
- Digitalisierung selbst ist das Ziel: Wir produzieren die Einwohner für Industrie 4.0, die perfekt angepasst den Erfordernissen eines ökonomischen Betriebes dienen, aber bestimmte Lebensentwürfe einer humanen Kultur möglicherweise gar nicht mehr gestalten können, weil sie allein auf Anpassung produziert werden.

Eines taucht aber gar nicht auf: das Nachdenken über pädagogische Folgen der Digitalisierung in der Schule, über die sozialen und kulturellen Folgen und über die Auswirkungen

auf die Demokratie. Der Technikphilosoph *Günther Anders*, der ironisch von der Antiquiertheit des Menschen spricht, unterscheidet zwei Modalitäten, wie menschliches Leben und Technik aufeinandertreffen:

- Die harmlose Variante wäre das Dasein der Technik. Das Gerät lässt uns erst einmal unberührt. Was wir daraus machen, ist unsere souveräne Entscheidung.
- Viel bedenklicher ist für Anders die Technisierung des Daseins, dass wir uns selbst so verhalten, als wären wir funktionierende Maschinen, die unter hohem Leistungsdruck zu Selbstoptimierern werden.

Neue Abhängigkeiten durch Digitalisierung

Das Dasein der Technik erzwingt die Technisierung des Daseins – ganz nach der Hegelschen Dialektik von Herr und Knecht. Zunächst erscheint der Herr als Souverän, der den Knecht kommandiert. Doch damit der Knecht gehorcht, muss sich auch der Herr in Abhängigkeiten begeben und zu allem, was er dem Knecht aufbürdet, ist er selbst nicht mehr in der Lage. Im Prozess der Digitalisierung lagere ich Funktionen aus und mache mich abhängig von etwas, was ich im Prinzip selber könnte, und werde dadurch schwächer. Geräte stehen nicht neutral zur Verfügung, sondern verändern die Wirklichkeit und das Menschsein. Wir müssen uns ihnen anpassen und unterwerfen, damit sie uns gehorchen. Meine Kinder sahen fern und dachten, das Fernsehen zeige alle Bilder, die sie sehen möchten. Mein Sohn sagte plötzlich zum Fernseher: „Ich will Elefanten sehen!“ Der Fernseher macht das aber nicht, sondern zwingt mich, die gelieferten Bilder zu konsumieren.

Diese Abhängigkeit, in die ich mich gebe, wird durch die Programmierung dieser Geräte vor dem Hintergrund von ökonomischen und psychologischen Interessen forciert, die sich nicht an dem aufgeklärten, mündigen Menschen orientieren. Dazu ein paar alltägliche Beobachtungen über Menschen, die alle von sich sagen würden, dass sie souveräne Nutzer der Technik sind:

- Sie kennen FOMO, die Angst etwas zu verpassen (Fear of missing out): Sie haben das Gefühl, wenn Sie Ihr Handy eine ganze Stunde aus haben, dann entgleiten Ihnen Informationen. Jemand hat zum Beispiel einen Muffin fotografiert und Ihnen ist das entgangen, weil Sie hier in der Sitzung der Enquetekommission sitzen mussten. Sie finden das nicht so gravierend, aber meine Studentinnen und Studenten leiden darunter, wenn sie eineinhalb Stunden ohne diese Information leben müssen.
- Die Programmierer der Geräte nutzen ein evolutionäres Phänomen: Sie sitzen am Lagerfeuer und es kommt ein Löwe vorbei. Also müssen Sie erst einmal die Zubereitung der Mahlzeit unterbrechen und sich um den Löwen kümmern. Genauso signalisiert das permanente Ping der Geräte, dass etwas von Bedeutung passiert. Und obwohl wieder jemand nur einen Muffin fotografiert hat, lassen sie alles stehen und liegen. Diese habitualisierte Unaufmerksamkeit ist eine Folge von Design.
- Und falls Sie Apple-Geräte nutzen, wissen Sie, dass beim Abrufen von Mails oben etwas kreiselt. Nach dem Prinzip der Slot Machines aus Las Vegas kommen plötzlich Nachrichten an, die Sie erfreuen oder langweilen, auf die Sie aber nur einen relativ geringen Einfluss haben. Dieses System ist nicht nur suchinduzierend, sondern trägt Interessen



an uns heran, die uns nicht auf der Ebene des souveränen Nutzers ansprechen, sondern auf der Ebene unserer primitivsten Bedürfnisse.

Auch bei den Geräten, die mit besten Absichten programmiert werden, wird das pädagogische Ziel der Mündigkeit dem geheimen Lehrplan geopfert. Konzerne, die Inhalte verbreiten und Technik zur Verfügung stellen, sind nicht den Verfassungszielen der Schule verpflichtet, sondern ihren Unternehmenszielen. Sie sind eher an Konsumenten und Datenlieferanten interessiert als an mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die eine souveräne Nutzung, Datensparsamkeit und emanzipatorische gesellschaftliche Verhältnisse fordern.

Das neue kybernetische Modell des selbstgesteuerten Lernens klingt erst einmal nach einer reformpädagogischen Selbstermächtigung der Schülerinnen und Schüler. Doch es ist genau das Gegenteil, nämlich Abhängigkeit und Anpassung, und es beschädigt letztlich das Selbst. Der *Kybernetes* ist im Griechischen der Steuermann, der jedoch nicht bestimmt, wohin die Reise geht, sondern lediglich den Kurs festlegt, um zum Ziel zu kommen, das andere für die Fahrt bestimmt haben.

Wer steuert beim selbstgesteuerten Lernen?

Lernen funktioniert jedoch anders als ein Heizungsthermostat, bei dem man eine Normtemperatur einstellt und die Raumtemperatur über Messfühler und Datenaustausch steuert. Beim Lernen im pädagogischen Raum übermitteln wir Informationen und Feedback an Personen und nicht an Geräte. Mündigkeitsbildung ist etwas anderes als der Abgleich von Soll- und Ist-Werten und das Gespräch zwischen Menschen etwas anderes als der Austausch von Signalen. Das „Verstehen als Horizont von Bildung“, so *Andreas Gruschka*, ist etwas anderes, als das mechanische Abarbeiten von Lernsoftware oder anderen Aufgaben. Selbst wenn wir Effizienzsteigerung hätten, die wir nicht haben, wäre zu fragen, ob dieses Konzept mit der Würde des Menschen überhaupt vereinbar ist oder ob da nicht ein Entwurf vorangetrieben wird, der im Grunde antiemanzipatorisch und antihumanistisch ist.

Die Fundierung des Pädagogischen kann nur in der menschlichen Beziehung zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern geschehen, in der Auseinandersetzung mit einer Sache. Dieses pädagogische Grundverhältnis war die Basis für unsere kulturellen und auch ökonomischen und technischen Errungenschaften. Auch *Bill Gates* oder *Steve Jobs* haben nicht mit iPads gelernt und haben es ihren Kindern auch vorenthalten.

Dr. Matthias Burchardt

Bildung braucht bessere Bedingungen

Sofortprogramm und Aktionsplan zur Landtagswahl

Bildung ist für die Wählerinnen und Wähler in Hessen nach den ersten Umfragen zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 wieder das „Thema Nummer Eins“. Die GEW Hessen wird sich als Bildungsgewerkschaft in diesen Wahlkampf mit ihren Positionen einmischen und die Parteien mit ihren Forderungen konfrontieren. Dazu beschloss der GEW-Landesvorstand im März 2018 einen Aktionsplan für die Kampagne „Bildung braucht bessere Bedingungen“ und die Forderung nach einem Sofortprogramm für Bildung mit einem Finanzierungsvolumen von 500 Millionen Euro pro Jahr. Die HLZ stellt Aktionsplan und Sofortprogramm in einer Zusammenfassung vor.

Das Geld ist da!

Die GEW Hessen geht davon aus, dass in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Hessen für die Jahre 2017 bis 2021 erhebliche finanzielle Spielräume enthalten sind, um die Bildungsausgaben zu erhöhen. In der HLZ 4/2018 analysierten Kai Eicker-Wolf und Achim Truger die Eckdaten des Haushalts und der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes:

- In Hessen führt die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2020 zu einem Plus in Höhe von rund 585 Millionen Euro.
- In der Haushaltsplanung des Landes stehen in den 2020 und 2021 über 1,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung, die als Vorsorge für eine mögliche Steuerreform nach der Bundestagswahl 2017 eingestellt wurden. Der Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition sieht Steuersenkungen, die die Länder belasten, jedoch nicht vor.
- Die aktuelle mittelfristige Finanzplanung sieht für die Jahre 2020 und 2021 eine Nettotilgung in Höhe von jeweils 200 Millionen Euro vor. Solche Tilgungen wären angesichts der erheblichen Ausgabenbedarfe im Bildungsbereich im Interesse der nächsten Generationen nicht sinnvoll.
- Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition sind für den Bildungsbereich zu-

sätzliche Mittel vorgesehen, die Ländern und Kommunen zufließen sollen.

Diese vier Faktoren machen die von der GEW Hessen geforderte Erhöhung der Bildungsausgaben von den Kitas bis zu den Hochschulen um 500 Millionen Euro pro Jahr möglich.

Das von der GEW Hessen geforderte „Sofortprogramm für Bildung“ umfasst die Schulen, die Kindertagesstätten und die Hochschulen.

Sofortprogramm für Schulen

- Angesichts des gravierenden Lehrkräftemangels insbesondere an den Grundschulen fordert die GEW, die Bezahlung der Grundschullehrkräfte auf das Niveau A 13 anzuheben. Nach Angaben des Hessischen Kultusministeriums sind hierfür **70 Millionen Euro** erforderlich.
- In vielen Überlastungsanzeigen ist die steigende Belastung der Lehrkräfte dokumentiert. Die GEW Hessen fordert deshalb eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer und im ersten Schritt die überfällige Anpassung der Pflichtstundenzahl an die tarifliche Arbeitszeit noch im Jahr 2018. Die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um eine halbe Pflichtstunde wird von der GEW Hessen mit Kosten in Höhe von **60 Millionen Euro** beziffert. Zur sofortigen Entlastung der Lehrkräfte sind außerdem die Schuldeputate zu erhöhen und die Entlastungsstunden für Mentorinnen und Mentoren wieder einzuführen. Die dafür benötigten Mittel beziffert die GEW Hessen mit **20 Millionen Euro**.
- Die GEW Hessen fordert **100 Millionen Euro** für den Ausbau echter Ganztagschulen und die Verwirklichung von echter Inklusion! Dazu sind die von der Großen Koalition zugesagten Bundesmittel aufzustocken, die für die Jahre 2018 bis 2021 für Hessen mit 35 Millionen Euro zu beziffern sind.
- In den Haushalten ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den

nächsten Jahren weiter steigen wird. Diese Entwicklung ist keine vorübergehende Erscheinung, die nur auf die Zuwanderung geflüchteter Menschen oder die Arbeitsmigration zurückzuführen ist. Hierzu müssen die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und Studienseminaren verdoppelt und qualifizierte Ausbildungsprogramme für geeignete Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger nach den Standards der regulären Lehrerbildung im Vorbereitungsdienst aufgelegt werden.

- Nach dem aktuellen Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau beläuft sich der Investitionsrückstand im Bereich Schule und Erwachsenenbildung auf fast 33 Milliarden Euro (HLZ S.22). Die GEW Hessen fordert von der nächsten Landesregierung, den Investitionsbedarf umfassend zu erheben, gesetzliche Mindeststandards bezüglich

der Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden festzulegen, die sich an zeitgemäßen pädagogischen und ökologischen Anforderungen orientieren, und die kommunalen Schulträger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Sofortprogramm für Kitas

- Auch für den Elementarbereich sieht der Koalitionsvertrag der Großen Koalition zusätzliche Bundesmittel für die kommunalen Träger vor. Für Hessen sind nach dem Bevölkerungsanteil 35 Millionen Euro im Jahr 2019, 70 Millionen im Jahr 2020 und 140 Millionen Euro im Jahr 2021 vorgesehen. Die GEW Hessen fordert darüber hinaus zusätzliche Mittel des Landes in Höhe von **100 Millionen Euro** pro Jahr. Damit wäre es möglich, bis 2021 rund 3.500

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **GEW** Bildung braucht bessere Bedingungen
Hessen

500 Millionen für ein Sofortprogramm für Bildung

Das Geld ist da!

Aktionsplan zur Landtagswahl am 28. Oktober

- regionale Aktionstage in Bildungseinrichtungen vom 23. Mai bis 25. Mai 2018
- vier Personalräte- und Aktionskonferenzen vom 21. August bis 23. August 2018
- landesweiter Protesttag Samstag, 22. September 2018

Jetzt gemeinsam aktiv werden!
Weitere Infos unter www.gew-hessen.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Eisenweg 1 | 60325 Frankfurt | Telefon 069 6636-1000

Erzieherinnen und Erzieher einzustellen und sich sowohl im Bereich der unter Dreijährigen als auch bei den über Dreijährigen den pädagogisch empfohlenen Personalschlüsseln anzunähern.

Und woher sollen die Fachkräfte kommen? Durch die Anhebung des Personalschlüssels wird der Beruf attraktiver. Mehr Nachwuchskräfte können gewonnen werden, wenn die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher mehr geschätzt und aufgewertet wird.

Ziel der GEW bleibt es, die in wissenschaftlichen Studien empfohlene Fachkraft-Kind-Relationen zu erreichen (1:3 für Gruppen von 0 bis 3 Jahren, 1:8 für Gruppen von 3 bis 6 Jahren und 1:10 für Gruppen von 6 bis 12 Jahren). Dabei muss mindestens ein Drittel der Arbeitszeit als mittelbare pädagogische Arbeitszeit personalwirksam in die Fachkraft-Kind-Relation eingerechnet werden. Im Anschluss an den Planungszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung muss die Zahl der zusätzlichen Stellen verdoppelt werden, um diese Empfehlungen zu erreichen.

Sofortprogramm Hochschulen

Im Rahmen eines Sofortprogramms der Landesregierung müssen den Grundbudgets der hessischen Hochschulen **150 Millionen Euro** zugeführt werden, um diese für die Zukunft aufzustellen. Vordringlich sind diese Mittel für folgende Teilbereiche einzusetzen:

- Die GEW fordert rund 100 Millionen für zusätzliche Studienplätze und bessere Studienbedingungen. Derzeit sind 60 oder mehr Studierende pro Seminar die Regel, eine individuelle Betreuung durch Lehrende und die Verwaltung ist kaum noch möglich. Die GEW fordert die zusätzliche Einstellung von 600 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 200 Verwaltungsfachkräften und 50 Fachkräften für die Gebäudetechnik sowie 200 zusätzliche Professuren. Die Mehrkosten belaufen sich nach der gültigen Personalkostentabelle auf 97,8 Millionen Euro.
- Die GEW fordert rund 50 Millionen Euro für „mehr Zeit für gute Lehre“. Dabei muss die Lehrverpflichtung auf Basis der real notwendigen Lehrzeit neu bewertet werden, so dass angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten berücksichtigt werden. Als erste Schritte fordert die GEW die Reduzierung der Lehrverpflichtung für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Hochschulen

für angewandte Wissenschaften auf 20 Semesterwochenstunden und für alle anderen Lehrenden analog zum Schuldienst die Reduzierung um eine halbe Stunde. Dies verursacht unmittelbar für das Jahr 2019 zusätzliche Kosten in Höhe von 52 Millionen Euro.

- Die GEW fordert umfassende Entfristungen in Lehre und Verwaltung. Rund 85 Prozent der etwas mehr als 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen sind befristet angestellt; auch in der Verwaltung ist ein deutlicher Trend zu Befristungen zu beobachten. Dies ist mit massiven negativen Konsequenzen für die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung sowie für die Lebens- und Karriereplanung der Beschäftigten verbunden. In einem ersten Schritt müssen deshalb hessenweit 2.000 bereits existierende Stellen mit Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement (EG 13) entfristet werden. Dies macht langfristig aufgrund der Stufenaufstiege etwa ab dem Jahr 2030 schrittweise jährliche Mehraufwendungen in Höhe eines mittleren zweistelligen Millionenbetrages nötig. Hinzu kommen 1.000 Entfristungen in der Verwaltung (EG 9) mit ebenfalls langfristigen jährlichen Mehrkosten in Höhe eines niedrigen zweistelligen Millionenbetrages.

Aktionsplanung der GEW

Um ihren Forderungen im Wahljahr Nachdruck zu verleihen, hat die GEW Hessen folgende Aktionen im Rahmen der Kampagne „Bildung braucht bessere Bedingungen“ beschlossen:

- regionale Aktionstage vom 23. Mai bis 25. Mai 2018
- regionale Versammlungen der Personalräte und GEW-Vertrauensleute in der Zeit vom 21. bis 23. August 2018
- einen zentralen Aktionstag am Samstag, dem 22. September 2018

Wir bei euch: Zeigt uns eure Schule!

Die GEW-Vorsitzenden und die Mitglieder des Landesvorstands, der Bezirks- und Kreisvorstände freuen sich über Einladungen in die Schulen, um vor Ort über die Arbeitsbedingungen und über schulspezifische Themen, Projekte und Forderungen zu sprechen.

- Termine, Teilnehmerkreis und Themen können mit den GEW-Kreisvorständen abgesprochen werden. Außerdem gibt es einen zentralen Link für Absprachen auf der GEW-Homepage www.gew-hessen.de

Schulen endlich sanieren!

GEW und DGB luden zur Podiumsdiskussion ein

Der Bau von Schulgebäuden, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind, erfordert keine Zauberei. Beispiele sind die Hessenwaldschule in Weierstadt oder die Friedrich-Ebert-Schule in Bad Homburg. Doch warum haben wir in Hessen in allen kreisfreien Städten und vielen Landkreisen ein großes Problem mit maroden Schulen? Warum sind viele Klassenräume nicht nutzbar, weil es hineinregnet oder schimmelt? Warum fehlen an fast allen Orten Differenzierungsräume, Räume für den Ganztags und vieles mehr? Lassen wir unsere Schulen sehenden Auges verrotten?

Diesen Fragestellungen gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Fachforums zum Thema „Investitionsstau an hessischen Schulen“ nach, zu dem der GEW-Landesverband und der DGB Hessen-Thüringen am 16. März in das Frankfurter Gewerkschaftshaus eingeladen hatten. *Sandro Witt*, stellvertretender DGB-Bezirksvorsitzender, wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass der Finanzierungsbedarf für den Schulbau unbestritten „ein großes Ausmaß angenommen hat“. Darüber gab es auch in der Debatte keinen Zweifel, obwohl genauere quantitative Erhebungen des Investitionsstaus und des sich daraus ergebenden Investitionsbedarfs nur für einige wenige Regionen vorliegen. Auf der Grundlage dieser Zahlen lässt sich vermuten, dass sich der Investitionsbedarf im Schulbereich für alle hessischen Kommunen auf wenigstens 3,5 bis 4 Milliarden Euro beläuft. Eine genaue Zahl für Hessen insgesamt und für die ein-

zelnen Schulträger kann aber nur eine entsprechende Erhebung ermitteln, die bisher von der GEW vergeblich angemahnt worden ist.

„Substanzverzehr“ mit Folgen

Dr. Katja Rietzler, Wissenschaftlerin am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf, legte als Ausgangsgrundlage für die Diskussion alarmierende Zahlen zur Entwicklung der kommunalen Investitionen vor: Seit Anfang der 2000er Jahre fallen die Bruttoinvestitionen geringer aus als die Abschreibungen – mit anderen Worten: Es wird weniger investiert als notwendig wäre, um nur die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Ein „Substanzverzehr“ ist die Folge. Was sich hinter dem Wort „Substanzverzehr“ verbirgt, ist schulischer Alltag: Dächer sind undicht, sodass Wasserschäden die Folge sind. Doch statt schnell auf Ursachensuche zu gehen, das Dach zu reparieren und weitere Schäden zu beseitigen, werden Räume gesperrt, ohne dass sich in den nächsten Monaten oder sogar Jahren irgendetwas tut. Rietzler forderte ein grundsätzliches Umdenken mit Korrekturen bei der „Schuldenbremse“, den europäischen Verschuldungskriterien und der „Schwarzen Null“.

Dr. Kai Eicker-Wolf, finanzpolitischer Referent der GEW Hessen, bestätigte diese erschreckende Bilanz mit den hessischen Zahlen, die das erschreckend geringe Volumen der Schulbauinvestitionen in Hessen verdeutlichen (HLZ 11/2017).

Fachleute im Gespräch

Für die anschließende Podiumsdiskussion war es GEW und DGB gelungen, ausgewiesene Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Zusammenhängen zusammenzubringen, die bisher eher übereinander als miteinander diskutiert hatten. Unter der Moderation von *Matthias Trautsch*, der als Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung regelmäßig über Bildungsthemen schreibt, diskutierten

- die Vorsitzende der GEW Hessen *Maike Wiedwald*,

- *Dr. Ulrich Keilmann*, Direktor beim Hessischen Rechnungshof,
- *Dr. Martin Kraushaar*, Hauptgeschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen,
- *Dr. Jürgen Dieter*, Direktor des Hessischen Städtetags, und
- *Kirsten Fründt*, Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

Als Einstieg erinnerte *Matthias Trautsch* an einen Spätsommertag im Jahr 2013, als auf dem Frankfurter Riedberg das schön ausgestattete Riedberg-Gymnasium eröffnet wurde und zeitgleich auf der Eschersheimer Landstraße in der Innenstadt Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrkräfte der Elisabethenschule demonstrierten, weil im Musiksaal wegen der gefährdeten Statik keine Schwingungen erzeugt werden durften.

Auf die Frage, wie es soweit kommen konnte, verwies *Jürgen Dieter* vom Hessischen Städtetag auf den enormen Einbruch der Einnahmen der Kommunen nach dem Jahr 2000. Gleichzeitig habe die Stadt Frankfurt durch die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes seit 2007 jährlich auf Einnahmen in Höhe von über 100 Millionen Euro verzichtet. Die Marburger Landrätin *Fründt* (SPD) wies darauf hin, dass 96% der kommunalen Ausgaben reine Pflichtaufgaben seien – mit wachsender Tendenz. Vom Bund forderte sie deshalb, mehr „Soziallasten“ zu übernehmen. *Kirsten Fründt* und *Dr. Jürgen Dieter* waren sich einig, dass die Kommunalfinanzen dauerhaft finanziell gestärkt werden müssten.

Wenig Spielraum für Kommunen

Einigkeit bestand auch bei der Beurteilung der kommunalen Investitionsprogramme I und II (KIP I und II), die sich jetzt in der Umsetzung befinden. Die Programme seien nicht nur zu gering dimensioniert, sondern auch mit zu aufwändigen bürokratischen Vorgaben versehen. Im Rahmen von KIP I leitet das Land Bundesmittel in Höhe von etwa 350 Millionen Euro an die Kommunen weiter und stockt diese auf insgesamt gut eine Milliarde Euro auf. Während nur ein Teil des Investitions-

Zum Weiterlesen

Die einleitenden Präsentationen findet man als Download in dem Bericht über die Fachtagung auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Aktuell):

- Anhaltender Verfall der kommunalen Infrastruktur. Was ist zu tun? Vortrag von *Dr. Katja Rietzler*, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung Düsseldorf
- Der Investitionsstau an den Schulen in Hessen – Vortrag von *Dr. Kai Eicker-Wolf*, Referent für finanzpolitische Fragen der GEW Hessen

volumens aus dem KIP I in die Schulen fließt, sind die Mittel aus KIP II in Höhe von gut 500 Millionen Euro ausschließlich für den Schulbereich vorgesehen. Zusätzlich unterstützt das Land mit eigenem Geld jene hessischen Kommunen, die als nicht finanzschwach gelten. Diese Mittel sollen der Gemeindeebene im Rahmen einer geplanten Teilentschuldung durch die sogenannte HESSENKASSE zugeleitet werden, wobei – so die Kritik von Fründt und Dieter – 80% der Mittel aus den Kommunen vorenthaltenen Mitteln von diesen selbst finanziert werden müssten.

Aus dem sachkundigen Publikum kam der ergänzende Hinweis, dass der Sanierungsstau und der hohe Nachholbedarf durch unterlassene Reparaturen auch dem politisch gewollten Personalabbau in den Bauämtern geschuldet sei. Dr. Martin Kraushaar von der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen konnte dies auch quantitativ beziffern: Von 1999 bis 2011 wurde die Zahl der in den Kommunen beschäftigten Baufachleute um 35 Prozent zurückgefahren, bis 2015 um weitere neun Prozent, zusammen also um insgesamt 44 Prozent! Dies bedeutet zum Beispiel für die Stadt Frankfurt, dass von den rund 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Baudezernats rechnerisch eine Person für 62 unbebaute und bebaute Grundstücke zuständig ist. Kraushaar wies außerdem auf den Qualitätsverlust durch den Neubau und die Sanierung von Schulen in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) hin: Solche Betreibermodelle führten zu einem unmittelbaren „Abfluss der kommunalen Bau- und Betriebskompetenz“. Die Finanzierung von Schulbauten im Rahmen von ÖPP-Projekten wurde auf dem Podium und im Publikum gleichermaßen skeptisch bis klar ablehnend bewertet.

Einen interessanten Hinweis in Bezug auf die „Schuldenbremse“ brachte Dr. Ulrich Keilmann vom Hessischen Rechnungshof, indem er darauf hinwies, dass nach der heute vorherrschenden Doppik im Gegensatz zu der früheren Einnahmen-Ausgaben-Rechnung der Kommunen die Abschreibungen der Schulgebäude in den Haushalten erfasst werden. Der Gegenwert dieser Abschreibungen könne jedoch auch unter den Bedingungen der „Schuldenbremse“ als Investition unbeschadet finanziert werden. Die Kommunen sollten die Nutzungsdauer von Schulgebäuden al-



Auf dem Podium von links nach rechts: Maïke Wiedwald (GEW), Dr. Jürgen Dieter (Hessischer Städtetag), Kirsten Fründt (Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf), Matthias Trautsch (FAZ), Dr. Martin Kraushaar (Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen) und Dr. Ulrich Keilmann (Hessischer Rechnungshof)

lerdings nicht mit 40 Jahren, sondern eher mit 20 Jahren ansetzen.

Maïke Wiedwald griff den Hinweis einer Teilnehmerin aus dem Plenum auf, dass beim Erhalt der Gebäude der Reinigung und Pflege eine immense Bedeutung zukomme, insbesondere bei ganztägiger Nutzung. Wiedwald erinnerte daran, dass es beispielsweise früher festangestellte Reinigungskräfte an den Schulen gab, während die Schulreinigung heute an private Dienstleister outgesourct und damit privatisiert wird. Kommunikation zwischen Schulen und diesen Firmen sei oft gar nicht mehr möglich, Grundreinigungen der Klassenräume könnten in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Mittel nur alle paar Tage durchgeführt werden, an eine Reinigung tagsüber ist nicht zu denken.

Der Raum als „dritter Pädagoge“

In den Diskussionsbeiträgen von Martin Kraushaar und aus dem Plenum wurde mehrmals auf die Bedeutung des Schulraums als „dritter Pädagoge“ hingewiesen. Die Räume in Schulen müssten vielfältige und differenzierte Lernformen zulassen und variabel nutzbar sein. Hierzu gehören Farben, Licht, Offenheit, Proportionen, Materialien, Mobiliar, Pflanzen und die Außenbeziehung. Daneben müssten auch tech-

nische Anforderungen berücksichtigt werden. Und hierzu gehört besonders auch der Bereich der Akustik.

Abschließend betonte Maïke Wiedwald die pädagogischen Ansprüche an Schulbauten – nicht nur, aber insbesondere auch in Bezug auf Inklusion und Ganztags. Dazu sei mehr Geld für Bildung nötig und zwar dauerhaft. Dafür sei eine alternative Steuerpolitik unabdingbar, wie sie GEW und DGB in ihren Steuerkonzepten ausgearbeitet haben.

Rechtspopulismus

Veranstaltungsreihe der agah

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe wird die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah) das Thema Rechtspopulismus unter die Lupe nehmen. Bei den Veranstaltungen in mehreren hessischen Städten sollen „rechtspopulistische Argumentationen analysiert und Konzepte für den Umgang mit dem Rechtspopulismus in Parlament und Öffentlichkeit diskutiert werden“. Geplant sind unter anderem Veranstaltungen in Mühlheim am Main am 6. Juni, in Hanau am 21. Juni und in Eschwege am 6. September.

- Alle Veranstaltungstermine findet man auf der Homepage www.agah-hessen.de.



Hohe Belastungen

Studien über die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern

Belastungen in der Arbeitswelt wachsen, da geistige und psychosoziale Tätigkeiten einen immer größeren Raum einnehmen. Dies gilt auch für die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertageseinrichtungen, Horten, Ganztagschulen und Heimen. Seit Mitte der 1990er Jahre durchgeführte Studien zur Belastung und Gesundheit im Beruf der Erzieherin und des Erziehers zeigen übereinstimmend diverse gesundheitsgefährdende und leistungsbeeinträchtigende Belastungsfaktoren, die auf die Notwendigkeit der Prävention und Gesundheitsförderung hinweisen.

Multitasking unter Zeitdruck

Erzieherinnen und Erzieher klagen über die Vielzahl der Arbeitsaufgaben. Nach unserer Kita-Studie in Baden-Württemberg (2004) schätzten 92 Prozent der Befragten ein, dass sie (zu) viele Arbeitsaufgaben bewältigen müssen. Dazu zählen Beobachtungen, Dokumentationen, Einschätzungen des Entwicklungsstands, Vorbereitung und Durchführung von Entwicklungsgesprächen, Qualitätsmanagement u.a.m. Diese verschiedenen Aufgaben müssen häufig zeitlich parallel (Multitasking) bei sich überschneidenden Personenkontakten und einhergehenden Störungen und Unterbrechungen, unter Daueraufmerksamkeit und mit hoher Verantwortung erledigt werden. Besonders belastend schätzen Erzieherinnen und Erzieher den Zeitdruck ein, der bei Erfüllung der Arbeitsaufgaben gegeben ist. Die Anzahl auszuführender Tätigkeiten und der Zeitdruck führen oft zur Überforderung.

Als Belastungsfaktoren, die damit im engen Zusammenhang stehen, werden die unzureichende Zeit für Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit und die Schwierigkeit, alle pädagogischen und Verwaltungsaufgaben qualitätsgerecht zu erfüllen, angeführt. Rund 45 Prozent aller pädagogischen Fachkräfte kritisierten z.B. die fehlende Zeit für Vor- und/oder Nachbereitung der pädagogischen Arbeit. Die unzureichende Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit (mpA) ist bei Kita-Erzieherinnen wie bei Erzieherinnen in Ganztagschulen ein großes Problem.

Belastend wird die Arbeitszeitregelung eingeschätzt. Die störungsfreie Arbeitspause beträgt bei Kita-Erzieherinnen oft nur 20 Minuten. Sie können im Laufe des Arbeitstages keine Mini- oder Kurzpausen einlegen. Die Mittagspause ist selten gegeben, da ihre Teilnahme an den gemeinsamen Mahlzeiten auf Grund der pädagogischen Begleitaufgaben (Aufsicht, Ernährungsberatung u.a.m.) nicht als Arbeitspause zu werten ist. Fehlende Pausen sind der entscheidende Grund für unzureichende Entspannung und Erholung. Zum Beispiel meinten in einer Studie 72 Prozent der befragten Erzieherinnen und Erzieher, dass sie keine Möglichkeiten zur Entspannung haben. Dies ist auf Zeitmangel, aber auch auf fehlende oder ungeeignete Räume in der Einrichtung zurückzuführen.

Fachkraft-Kind-Relation

Es wird häufig bemängelt, dass die Kinderanzahl pro Gruppe (Gruppengröße) zu hoch ist. Eine ungünstige Fachkraft-

Kind-Relation hat vor allem negative Auswirkungen auf die Arbeit mit dem einzelnen Kind. Da die Anzahl der Kinder mit erhöhtem Betreuungs- und Förderbedarf zunimmt, können in großen Gruppen einzelne Kinder kaum gefördert werden. Im engen Kontext mit der Fachkraft-Kind-Relation ist der Personalmangel zu sehen. Besonders belastend wird dieser bei personellen Ausfällen wie Fortbildungen, Krankheiten oder Urlaub.

Ein weiterer Belastungsfaktor ist die zunehmende Anzahl der Kinder mit erhöhtem Betreuungs- und Förderbedarf. Die Arbeit mit einzelnen Kindern wird notwendiger, da eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten oder von Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern festzustellen ist. Aber auf Grund der großen Gruppengrößen bzw. der geringen Fachkraft-Kind-Relation fehlt meistens die Zeit für die Arbeit mit solchen Kindern.

Körperliche Belastungsfaktoren

Die körperlichen Anforderungen unterteilen sich in drei Bereiche: Stimme, ungünstige Körperhaltungen sowie Heben und Tragen der Kinder. Rund 80 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher empfinden das häufige und laute Sprechen als belastend. Die stimmliche Belastung steigt mit zunehmendem Alter. Die Erzieherin sitzt rund 120 Minuten am Arbeitstag, und dies meistens in gebeugter bzw. gedrehter Körperhaltung. Oft beträgt der Anteil der sitzenden Körperstellung bis zu vier Stunden. Fast die Hälfte der Erzieherinnen erlebt das Heben und Tragen der Kinder als belastend. Dies gilt in erster Linie für Krippenerzieherinnen.

Die sozialen Arbeitsbedingungen bei Erzieherinnen und Erziehern sind vielfältig. An erster Stelle steht der Kontakt mit den Kindern, der sich in einer emotionalen Nähe zeigt. Belastend ist oft, dass die Kindergruppen eine heterogene Sozialstruktur aufweisen. Sie kommen aus unterschiedlichen Schichten der Bevölkerung und weisen unterschiedliche kulturelle Hintergründe auf. Diese emotionale Nähe führt dazu, dass Erzieherinnen und Erzieher mit Prob-

100 Millionen Euro für Kitas

Von der neuen Landesregierung fordert die GEW, nach der Landtagswahl im Oktober 2018 ein „Sofortprogramm für gute Bildung“ aufzulegen. Im Bereich der frühen Bildung fordert die GEW, jährlich 100 Millionen Euro zusätzlich bereitzustellen, um die Fachkraft-Kind-Relationen zu verbessern. Damit könnten in einem ersten Schritt 3.500 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden.



**BILDUNG BRAUCHT
BESSERE BEDINGUNGEN**

lemen und dem Leid ihrer Kinder umgehen müssen. Die Regulierung der eigenen Gefühle, d.h. die Emotionsarbeit, kann dabei als starke Belastung empfunden werden.

So verschiedenartig Kinder sind, so verschiedenartig sind auch die Eltern. Die Arbeit mit den Eltern kann Konflikte hervorrufen, wenn diese verschiedenste, teilweise unrealistische oder gar keine Ansprüche an Erzieherinnen und Erzieher stellen, deren Arbeit nicht wertschätzen oder in der Zusammenarbeit unzuverlässig sind.

Auch das Führungsverhalten der Leitung kann ein Belastungsfaktor sein. Dazu gehören der individuelle Führungsstil, die Kommunikation mit dem Team, vor allem fehlende Feedbacks über die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher, oder durch die Leitung ausgeübter Druck. Eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen Erzieherinnen und Träger wird teilweise als Belastung erlebt. Erzieherinnen und Erzieher berichten, dass der Träger häufig ein falsches Bild von ihrem Arbeitsalltag hat, deren Arbeitspensum und Verantwortlichkeiten unterschätzt, sehr hohe Anforderungen stellt, eine Kommunikation zwischen Träger und Erzieherinnen jedoch häufig nicht stattfindet.

Die Arbeitsumgebung umfasst die technischen, physikalischen und biologischen Bedingungen. Als Belastungsfaktor ragt hier der Lärm hervor. Tinnitus und Lärmschwerhörigkeit sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf diese Lärmsituation zurückzuführen. Zu beachten ist ferner die Infektionsgefahr durch Mikroorganismen, Viren oder biologische Arbeitsstoffe. Es sind die klassischen Kinderkrankheiten Windpocken, Masern, Mumps und Röteln. Infektionen sind besonders ein Gesundheitsrisiko für schwangere Mitarbeiterinnen.

Für das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher gibt es mehrere Ursachen. Grundsätzlich wird die Arbeitstätigkeit nicht als professionell angesehen, sondern vielmehr als eine familienähnliche „weibliche“ Tätigkeit. Während sich das Image der Kita-Erzieherinnen in den letzten Jahren, nicht zuletzt aufgrund der von der GEW initiierten Streiks in den Jahren 2009 und 2015, etwas verbessert hat, ist die Arbeit in der Ganztagschule, im Hort, in der Tagespflege und im Heim in der Bevölkerung wenig bekannt und wird deshalb zu wenig geschätzt. Allgemein fehlt ein klares Berufsbild. Im Zusammenhang mit der unzureichen-

den Wertschätzung steht die Entlohnung. Das Einkommen zählt zu jenen Belastungsfaktoren, die wiederholt von Erzieherinnen und Erziehern problematisiert werden.

Zu den Belastungsfaktoren zählen auch befristete Arbeitsverträge, insbesondere dann, wenn Verträge kurzfristig oder teilweise erst nach Ablauf des Erstvertrages verlängert werden. So berichten Erzieherinnen und Erzieher, dass stets die Gefahr bestehe, dass man selbst oder die Kollegin in andere Kitas des Trägers versetzt wird. Man wisse jedoch nie, wen es betrifft und wann der Zeitpunkt kommen werde. Nur etwa 75 Prozent der pädagogischen Fachkräfte verfügen über einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Zufriedenheit trotz Belastung

Belastungsstudien haben in den letzten Jahren im Erzieherberuf zugenommen. Einerseits zeigten sich dabei gute Arbeitsbedingungen. Die Arbeitszufriedenheit der Erzieherinnen und Erzieher ist im Vergleich zu anderen Berufsgruppen relativ hoch. Sehr positiv wird die Arbeit mit den Kindern eingeschätzt, d.h. die Möglichkeit, bei der Erziehung und Bildung von heranwachsenden Menschen mitwirken zu können. Außerdem werden die Zusammenarbeit mit den Eltern, die kollegiale Zusammenarbeit (Teamklima) und persönliche Gestaltungsmöglichkeiten (Handlungsspielraum und Kreativität) überwiegend

positiv beurteilt. Diese Faktoren führen zu einer hohen Identifikation mit dem Beruf und wirken als Ressource für die Arbeitsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Gesundheit.

Belastende, d.h. leistungs- und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen sind insbesondere die größere Anzahl von Arbeitsaufgaben, die Größe der Kindergruppen, die ungünstige Fachkraft-Kind-Relation, das heterogene Leistungsniveau der Kinder mit der Zunahme förderbedürftiger Kinder, die mangelhafte Zeit für die pädagogische Arbeit mit einzelnen Kindern, die unzureichende gesellschaftliche Anerkennung, die sich besonders in der Bezahlung ausdrückt, das nicht erwachsenengerechte Mobiliar und der Lärm. Sie führen in Kombination zur Mehrfachbelastung von Erzieherinnen und Erziehern.

Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation beziehen sich in erster Linie auf die Arbeitsgestaltung. Das größte Potenzial liegt in der gesundheitsförderlichen Gestaltung der Arbeitsaufgaben, Arbeitsorganisation, sozialen Interaktionen und Arbeitsumgebung. Dabei sind Besonderheiten in Krippe, Kindergarten, Hort, Ganztagschule, Heim und in der Tagespflege zu beachten.

Professor Bernd Rudow

Der Autor war bis zu seiner Emeritierung 2013 Professor für Arbeitswissenschaften an der Hochschule Merseburg.

Der Artikel stellt eine knappe Zusammenfassung des Kapitels zu Belastungen im Beruf der Erzieherin und des Erziehers aus dem neuen Fach- und Lehrbuch „Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln“ von Prof. Dr. Bernd Rudow dar. Er betrachtet auf Grundlage empirischer Studien, die von ihm seit 2001 überwiegend in Zusammenarbeit mit der Max-Traeger-Stiftung der GEW durchgeführt worden sind, vorrangig die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in Kita und Ganztagschule. Hauptkapitel sind (1) die Darstellung der Komplexität der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern, (2) Belastungen und Beanspruchung, (3) die Gestaltung guter und gesunder Arbeit, (4) Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsfähigkeit und Gesundheit und (5) die Ressourcen als „schöne“ Seiten des Berufs.

Bernd Rudow: Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln. Arbeits- und organisationspsychologische Aspekte. Münster & New York: Waxmann Verlag 2017, 365 Seiten, 38 Euro



„Pornoeinbruch in die Schule“

1968: Skandal an Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule in Homberg

Die großen Zentren der Studentenbewegung 1968 waren zweifellos West-Berlin und Frankfurt am Main. Doch bereits im Februar 1968 sorgten Schülerinnen und Schüler der Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule (BTHS) in der nordhessischen Kleinstadt Homberg/Efze für Schlagzeilen aus der Provinz. Reporter der BILD-Zeitung und des Nachrichtenmagazins SPIEGEL berichteten über die Gründung einer „Gegenschule“, deren „Lehrplan“ in einem Wort zusammengefasst werden konnte: Sex. Der SPIEGEL sprach vom „Pornoeinbruch in die Schule“ (Ausgabe 15/1968) und in der BILD las es sich so: *„Bisher gab es in der nordhessischen Kleinstadt Homberg 3 Kirchen, 25 Gasthäuser und 4 Schulen – jetzt gibt es auch eine ‚Gegenschule‘. Bisher gab es in dem Städtchen an der Efze 7.100 Einwohner, 115 Rinder und 4.511 Hühner – jetzt gibt es dort auch zwei ‚schwarze Schafe‘: Zwischen den hohen Fachwerkgiebeln biederer Bürgerhäuser provozieren die beiden Homberger Soziologie-Studenten Dieter Bott (24) und Hanspeter Bernhardt (19) die Lehrer und Eltern ihrer Heimatstadt mit ihrem Gegenschulunterricht, in dem es keine ‚Sechs‘, dafür aber umso mehr ‚Sex‘ gibt.“ (BILD am Sonntag vom 28.4.1968)*

Die „Gegenschule“ hatte das radikale Ziel, die „Revolution gegen das

spießbürgerliche Kleinstadt-Establishment auszurufen“. Den „Lehrplan“, der ausschließlich das Fach „Sex“ kannte, hatten zwei ehemalige Schüler der BTHS entwickelt: Dieter Bott war in Borken geboren und hatte sein Abitur 1963 bestanden, Hanspeter Bernhardt aus Trockenerfurth im Jahr 1967. Beide waren inzwischen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS) und studierten in Frankfurt Soziologie, unter anderem bei Theodor W. Adorno, einer der „Ikonen“ der 68er-Bewegung. Die „Gegenschule“ war, so erinnerte sich Bott später, „als Gegenpol zur traditionellen Schule gedacht, die ihre Funktion als Komplize und Handlanger einer autoritären und faschistischen Gesellschaft immer vollkommener erfüllte“, und sollte den Schülerinnen und Schülern „das bieten, was sie am Gymnasium nicht erfuhren, vor allem Sexualkunde“. Auf dem Lehrplan standen deshalb unter anderen die Werke von Sigmund Freud („Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie“), Theodor W. Adorno („Eingriffe“) und Wilhelm Reich („Die sexuelle Revolution“). 2002 erinnerte Bott bei einer Veranstaltung in der Aula der BTHS an den Mief der Adenauer-Zeit, der 1968 über Homberg schwebte:

„Damals ging ich im Dunkeln und ganz verschämt zur Tankstelle, um Kondome zu kaufen. Zuhause auf der Toilette habe ich dann festgestellt, dass ich in der Aufregung Tampons gekauft hatte.“

Frau Keller, die zweite Vorsitzende des Schulelternbeirats, nahm an drei Zusammenkünften der Gegenschule teil: *„Für den Schluss des Kurses wurden praktische Übungen angekündigt. Die Teilnehmerinnen sollten mit Anti-Konzeptionspillen versorgt werden.“*

Passend dazu hieß es in der Schülerzeitung:

„Regelmäßiges Erscheinen ist keine Pflicht: Die Veranstalter empfehlen den Teilnehmern stattdessen, sich lieber mit der Freundin oder dem Freund zu beschäftigen.“

Außerdem sollte die Schulzeit nach einem Flugblatt auf zwei Monate im Jahr verkürzt werden, die restlichen zehn Monate waren für die Ferien reserviert.

Das erste Treffen der „Lehrer“ Bott und Bernhardt mit den „Schülern“ der „Gegenschule“ fand am 16. Februar 1968 im Nebenzimmer der Homberger Gastwirtschaft Otto Jütte statt, wo

Der „Lehrplan“ der Gegenschule

Liebe soll in der Schule nicht mehr wie ein unkeuscher biologischer Vorgang, sondern als ein Akt der Freude dargestellt werden.

Vollkommene Aufklärung schon für Vier-, Fünf- und Sechsjährige

Offene Aussprachen mit den Lehrern über Sexualthemen: Sogar über Liebetechniken.

Liebeszimmer für Schüler, denn 17-Jährige wollen nicht immer in dunklen Ecken abknutschen.

Verhütungsmittel auch für Schüler

Der Stundenplan der Gegenschule

Sexuelle Abirrungen

Sexuelle Aufklärung der Kinder

Sexualkriminalität und Erziehung

Sittlichkeitsdelikte aus der Sicht der Polizei

Die Sexuelle Revolution

Infantile Sexualtheorien



Die Gegenschule auf dem Homberger Schlossberg 1968 mit Dieter Bott an der Tafel (Foto: Manfred Lengemann, Weinheim)

man sich danach zweimal in der Woche traf. Später fand der Unterricht mit 20 bis 40 Schülerinnen und Schülern auf dem Schlossberg statt, die von großer Unsicherheit und von Wissbegierde getrieben waren: Die Eltern sollten von der Teilnahme möglichst nichts erfahren. Bald stießen auch Jugendliche aus anderen Schulen hinzu, so eine 16 Jahre alte Mittelschülerin aus Raboldshausen, die bekundete: „Ich bin zwar aufgeklärt, aber ich weiß noch nicht genug.“

Das Homberger Establishment reagierte zunächst überraschend gelassen. Zwar sprach der für die damalige Zeit sehr liberal eingestellte Schulleiter *Dr. Horst Clément* von „einem gefährlichen Experiment“, doch Bürgermeister *Horst Gunkel* erklärte, er könne „die Gegenschule nicht verhindern“, aber man werde „ein wachsames Auge haben“. Auch die Polizei bewahrte Ruhe:

„Solange nichts Unzuchtiges passiert, können wir nicht einschreiten.“

Doch Gründe zum Einschreiten gab es schon bald, denn die Gegenschule entwickelte Aktivitäten, die weit über den Unterricht hinausgingen, wie der damalige Schulleiter Clément in einem unveröffentlichten Brief an das Regierungspräsidium Kassel vom 26. April 1968 berichtete:

„Am Donnerstag, den 18. 4. [erster Schultag nach den Ferien, T.S.], wurden in den frühen Morgenstunden, vermutlich zwischen 4.00 und 5.00 Uhr, die Außenwände und -treppen sowie die Eingangs-

türen der Schule mit weithin sichtbaren Sprüchen, z.T. obszönen Inhalts, beschrieben. Die Täter benutzten für ihre Schmierereien weiße Ölfarbe. Am Haupteingang stand der Name des Beatles ‚John Lennon‘. Die örtliche Polizei hatte bei ihrer morgendlichen Streife die Bemalung bemerkt und kam noch vor Schulbeginn, um zu fotografieren und weitere Ermittlungen anzustellen.“

Die Frankfurter Rundschau berichtete über großformatige Parolen „Ab heute John-Lennon-Schule“ und „Love“:

„Die Treppenstufen (...) waren mit Slogans wie ‚Alle Lehrer sind Papiertiger‘ und ‚All you need is love‘ bemalt. Die Turnhalle war zum ‚Free Love Center‘ erklärt. Motto: ‚Vögeln statt turnen‘.“

Nun war das Maß in Homberg voll. Es musste etwas gegen Bott und Bernhardt, nach eigenen Worten „die größten Schmierfinken aller Zeiten“, unternommen werden. Und das nahm die damalige Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium *Dr. Hildgard Hamm-Brücher* (FDP) selbst in die Hand. Sie wies die Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Kassel an, Bott und Bernhardt Hausverbot an der BTHS zu erteilen. Außerdem erstattete sie Strafantrag gegen beide. Ein Treysaer Gericht verurteilte Bott später zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung, während Bernhardts Strafe von 18 Monaten ausgesetzt wurde.

Bis heute zeigen sich viele Zeitgenossen über diese Episode der Geschichte der BTHS geschockt, befremdet oder distanziert. Doch gerade das



war das Merkmal des Jahres 1968. Die Provokation durch eine Minderheit und ihre Radikalität sollten aufrütteln und die Welt aus den Angeln heben und grundlegend verändern.

Thomas Schattner

Der Autor ist Lehrer an der Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule und Leiter ihres Schulmuseums sowie Mitautor des Buchs „Der Freiheit jüngstes Kind“ (Cover S.27).

Dieter Bott: Zurück in Homberg

2002 kehrte *Dieter Bott* an die Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule (BTHS) zurück. Im Rahmen der Zeitzeugenreihe „1968 in Nordhessen“ schilderte er Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe seine Erinnerungen an die Gegenschule. „Er redet sich in Rage, gestikuliert fortwährend“, urteilte ein Redakteur der Lokalzeitung. Jugendliche Zuschauer bemerkten Botts „Verbitterung, Resignation und Intoleranz gegenüber anderen Meinungen“, aber auch seine „Offenheit und Ehrlichkeit“ und die Tatsache, dass er „seinen Idealen treu geblieben“ sei.

Bott, Jahrgang 1943, nach eigenem Credo „kleinbürgerlicher Herkunft“,

wuchs im nordhessischen Borken auf. Dort vermisste er geistige Anregung ebenso wie am Homberger Gymnasium. Er beschreibt sich als idealistischen, aufgeweckten Schüler, der erst durch das Fernsehen, Bücher und Seminare der „Jungen Presse Hessen“ in Kontakt mit den Ideen jener Zeit und der angelsächsischen Musik kam. Er sieht sich als Vorkämpfer für Ethikunterricht und Pressefreiheit in Hessen und führte in der Schülerzeitung „Schulecho“ die radikale Kleinschreibung ein:

„Wie die großen Buchstaben so mussten nun auch die großen Tiere in Wirtschaft und Politik ihre Existenz rechtfertigen. Wenn sie das nicht konnten, dann wur-



Dieter Bott im Zeitzeugengespräch 2002 (Foto: Johannes Gröbecke)

de ihr Herrschaftsanspruch nicht mehr akzeptiert. Alles wurde infrage gestellt.“ Mit der Kritik am Vietnamkrieg, an den Notstandsgesetzen und an der Atombewaffnung wollte er wie andere „die Demokratieideale des Gemeinschaftskundeunterrichts in die Praxis umsetzen“.

1963 legte er sein Abitur an der BTHS ab, die damals noch August-Vilmar-Schule (AVS) hieß. Vier Jahre später kehrte der Frankfurter Soziologiestudent an seine alte Penne zurück und initiierte dort zwischen 1967 und 1969 eine große Revolte. Dass dabei Sexualität eine große Rolle gespielt habe, sei „dem Zeitgeist“ entsprungen, sagte er im Rückblick. Seine Agitation sei eher spontan als Ausdruck einer Strategie gewesen. Mit Flugblättern und der Gegenschule wollte er mit Gleichgesinnten auf eine autoritäre und uneinsichtige Schulleitung reagieren. Schulen seien damals – etwa in punkto Lehrpläne und Notengebung – „autoritäre Anstalten“ gewesen, die sowohl die Aufklärung über Sexualität als auch über die NS-Zeit verweigert hätten.

Bott sieht sich bis heute als „Schreibtischtyp und Pazifist“, der als „Spaß-Guerilla die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ wollte. Die Idee von freier Liebe in der Gegenschule tut er als „Spießphantasien“ ab. Er könne sich nicht erinnern, an Sprühereien an der Schule beteiligt gewesen zu sein. Im Gespräch benutzt Bott viele Kraftausdrücke und Vulgärsprache. Er bezeichnet sich als harmlos, witzig, hilfsbereit, aber auch provokativ und unberechenbar. Lebensphasen prekärer oder fehlender Arbeitsverhältnisse sind für ihn Ausdruck mangelnder Wertschätzung seiner Fähigkeiten und verbittern ihn:

„Alle 68er, die was taugen, sind nichts geworden.“

Bott sieht sich bis heute als Aufklärer im Kampf gegen Herrschaft und Unterdrückung. Für viele Zeitzeugen ist er bis heute ein schwarzes Schaf und Nestbeschmutzer. Bott, ein „studentischer Eulenspiegel“, ein Schwejk und eine „philosophische Frohnatur“, wie die Stuttgarter Zeitung einst schrieb?

Eine Einordnung fällt auch heute noch schwer.

Johannes Grötecke

Johannes Grötecke war bis 2012 Lehrer an der Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule und organisierte die Zeitzeugenreihe „1968 in Nordhessen“. Seit 2012 unterrichtet er an der Alten Landesschule Korbach.

Quellenangaben und zum Weiterlesen

Mario Heussner u.a.: Die 68er Bewegung in Homberg - Die THS zwischen Gegenschule und Schulecho, in: Festschrift 75 Jahre AVS - THS Gymnasium Homberg, Hrsg.: Hans-Hermann Schäfer, Homberg o.J. (1998)

Johannes Grötecke und Thomas Schattner: „Der Freiheit jüngstes Kind“. „1968“ in der Provinz. Spurensuche in Nordhessen. Marburg. Jonas Verlag, 2011.

Thomas Schattner (Herausgeber): Die Schülerzeitungen: Das „Homberger Schulecho“ von 1965 bis 1968, die „Klasse Aktionen“ 1968 und 1969 und der „audiator“ 1967 bis 1969. Zur Geschichte einer rebellischen und politischen Zeit am BTHS-Gymnasium in Homberg/Efze. Das Buch erscheint im April 2018 und kann über Amazon bezogen werden.

lea: 1968 im Fokus

lea, das Bildungswerk der GEW Hessen, bietet 2018 mehrere Seminare zum Jahr der Revolte 1968 an. Weitere Informationen und Anmeldung: www.lea-bildung.de

Street Fighting Opa: Der Sound der Revolte Frankfurt, 29.8.2018, 14 bis 18 Uhr

Die Politisierung von 1968 ist undenkbar ohne die popkulturellen Innovationen und Sensationen der 60er Jahre. In seinem Video-vortrag fragt Klaus Walter: What's left? Wie funktioniert die Politisierung durch Pop und die Politisierung von Pop rund um 68? Wie funktioniert politische Popmusik heute? Wie verhalten sich Bob Dylan zu Beyoncé und die Rolling Stones zu Lady Gaga?

Leitung: Klaus Walter, Redakteur beim Internetradio ByteFM

Auf den Spuren der 68er Revolte: Stadtführung in Frankfurt Frankfurt, 8.9.2018, 14 bis 16 Uhr

Norbert Saßmannshausen führt zu den Stätten des 1968 beginnenden „langen roten Jahrzehnts“ vom Bockenheimer Uni-Campus mit der Karl-Marx-Buchhandlung zu den besetzten Häusern, dem Cafe Laumer und dem US-Konsulat im Westend auf der klassischen Demonstrationsroute von 1968 bis zum Opernplatz.

Leitung: Norbert Saßmannshausen bietet seit 2015 Stadtführungen „Auf den Spuren der Revolte“ an.

68er Revolte und neue Frauenbewegung: Was ist geblieben? Frankfurt, 23.10.2018, 14 bis 18 Uhr

Dr. Gisela Notz fragt nach der Wirkmächtigkeit über die Gründerinnengeneration der Frauenbewegung hinaus, nach den Wirkungen der Institutionalisierung der feministischen Bewegung und ihrer Bedeutung für die Gewerkschaften.

Leitung: Dr. Gisela Notz war Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung und der „beiträge zur feministischen theorie und praxis“.



Vorträge von Michael Hintz

Michael Hintz ist Sozialwissenschaftler, Buchhändler, freier Lektor und Lehrbeauftragter an der Europäischen Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt. Die folgenden Vorträge und Diskussionen finden jeweils von 19 bis 21.30 Uhr in Frankfurt statt:

6.11.: Die 68er Revolte – eine internationale Kulturrevolution

„1968“ markiert einen weltweiten Aufbruch gegen Ausbeutung und Konsumismus, autoritäre Strukturen und drohenden Faschismus, den imperialistischen Krieg in Vietnam und anderswo in der „Dritten Welt“. Und den Traum von einer radikalen Befreiung von jeglicher Entfremdung und Manipulation...

13.11.: 1968 – Ideen und Texte der Revolte

Anhand der Thesen exemplarischer „Texte der Revolte“ wollen wir das Spannungsfeld der politisch-kulturellen Auseinandersetzungen der Studentenbewegung diskutieren.

22.11.: Was ist aus der antiautoritären Revolte geworden?

Heute wird von rechts die „konservative Revolution“ gegen die „an die Macht gekommenen“ 68er ausgerufen. Was ist aus den radikalen Emanzipationsansprüchen geworden?

Personengruppe Seniorinnen und Senioren

Neben der regionalen Gliederung in Schul- und Betriebsgruppen, Kreis- und Bezirksverbände hat die GEW eine Struktur zur Gestaltung und Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte in Fach- und Personengruppen. Die Mitarbeit in den Landesfach-

gruppen und Landespersonengruppen ist offen für alle Mitglieder – auch zum zunächst unverbindlichen „Reinschnuppern“. In den folgenden Ausgaben stellt die HLZ in lockerer Folge die Arbeit der Fach- und Personengruppen vor.

Fast 30 Prozent der hessischen GEW-Mitglieder sind im Ruhestand. Diese Mitgliedergeneration hat ihre politische Heimat in der GEW und viele gestalteten aktiv über Jahrzehnte die GEW-Arbeit in Schulgruppen, Personalräten, Fachgruppen, Kreisvorständen und im Landesvorstand. Viele von ihnen wollen sich weiter aktiv in Gewerkschaftsarbeit einbringen und mitgestalten. Dabei ist die Seniorenarbeit in der GEW in den letzten Jahrzehnten politischer geworden. Themenschwerpunkte der Arbeit der Landespersonengruppe Seniorinnen und Senioren sind unter anderem:

- Demographischer Wandel in unserer Gesellschaft
- Digitalisierung der Gesellschaft
- Eigenständigkeit und Selbstbestimmung im Alter
- Organisation der Pflege, Vorsorgevollmacht, Patienten- und Betreuungsverfügung
- Möglichkeiten des lebenslangen Lernens
- Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben im Alter
- Tarifeinsetzungen und Besoldung
- Inklusion, u.a. auch Bildungsmöglichkeiten im Bereich Flüchtlingsfrauen
- Unterstützung des Landesverbands bei Demos und Resolutionen

Fast alle Kreis- und Bezirksverbände haben inzwischen Seniorenbeauftragte, die Fahrten zu kulturellen Events oder historischen Orten in der nahen oder weiteren Umgebung organisieren, kostenlose EDV-Seminare anbieten und auch zur Teilnahme an GEW-Demos aufrufen, um die GEW-Präsenz in der Öffentlichkeit zu verstärken. Sie sind in der Personengruppe Seniorinnen und Senioren auf Landesebene organisatorisch vernetzt, die sich zweimal im Jahr trifft, einmal eintägig und einmal zweitägig, mit immer 35 bis 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dort informieren die Landesvorsitzenden über die aktuelle GEW-Arbeit und *Annette Loycke* von der Landesrechtsstelle beantwortet Rechtsfragen zum Ru-

hestand oder zur Beihilfe. Die Seniorenbeauftragten berichten über Aktivitäten und Veranstaltungen in den Kreis- und Bezirksverbänden und tauschen Tipps und Anregungen für die Arbeit vor Ort aus. Hinweise auf örtliche Veranstaltungen und die Kontaktadressen der Seniorenbeauftragten findet man auf den Internetseiten der Kreisverbände oder sie können bei den Kreisvorständen erfragt werden (www.gew-hessen.de > Mitmachen > Kreisverbände).

Aktiv im Ruhestand

Bei den Tagungen der Landespersonengruppe sind regelmäßig Referentinnen und Referenten anderer GEW-Landesverbände und anderer DGB-Gewerkschaften zu Gast, aber auch von Attac oder der Jungen GEW. Schwerpunkte unserer letzten Tagungen waren die Themen Entdemokratisierung, Finanzkapitalismus, Protest und Widerstand, Generationendialog, Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Freihandelsabkommen TTIP und CETA, Pflege und Betreuung im Zeitalter der Inklusion, das neue Teilhaberrecht in Hessen, Bildung in der Migrationsgesellschaft oder Lebenslanges Lernen mit der GEW. *Hans Eichel* begleitete uns als GEW-Mitglied und ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Kassel über die Documenta und kompetente GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen führten uns über die Mathildenhöhe in Darmstadt, zum Lottehaus in Wetzlar oder durch die Altstädte von Fulda oder Erfurt. Um den Kontakt mit GEW-Ruheständlern vor allem aus dem GEW-Landesverband Thüringen herzustellen, fand eine Tagung in Erfurt statt. Auch die GEW-Seniorenvorsitzenden von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern waren hierzu eingeladen.

Der GEW-Ratgeber für Seniorinnen und Senioren, der von der Personengruppe erstellt wurde, kann bei der Landesgeschäftsstelle angefordert oder auf der Homepage heruntergeladen werden (www.gew-hessen.de > Mitmachen > Seniorinnen und Senioren).

Die Personengruppe hat Beauftragte für die Zusammenarbeit mit dem DGB und mit lea. Die Vorsitzenden der Personengruppe sind in den Landesvorstand eingebunden.

Eine wichtige Aufgabe der Seniorenbeauftragten in den Kreis- und Bezirksverbänden und in der Landespersonengruppe „Seniorinnen und Senioren“ ist die Anbindung der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen und damit auch der Erhalt ihrer Mitgliedschaft.

Evelyn Schulte-Holle, Heiner Becker

- Kontaktadressen der Vorsitzenden der Personengruppe: evelyn.schulte-holle@t-online.de; heinerbecker@gmx.de

Evelyn Schulte-Holle, Heiner Becker und Ilse Wagner vertraten die Landespersonengruppe Seniorinnen und Senioren auf der Landesdelegiertenversammlung in Bad Soden.



Besuch auf der Documenta 14 in Kassel



Weltsozialforum in Salvador de Bahia

Auch die GEW ist Teil der weltweiten Bewegung

Birgit Koch, Landesvorsitzende der GEW Hessen, vertrat mit sechs anderen Kolleginnen und Kollegen die GEW beim Weltsozialforum in Brasilien und berichtet für die HLZ.

Vom 13. bis 17. März 2018 fand in Salvador de Bahia in Brasilien unter dem Motto „Widerstehen heißt gestalten, widerstehen heißt verändern!“ das 14. Weltsozialforum statt. In 18 thematischen Foren ging es unter anderem um die Landforderungen indigener Völker, um die Forderung nach einer ökologischen und sozial gerechten Weltwirtschaftspolitik, um den weltweiten Kampf um Wasser- und Landrechte, um Feminismus, um die Rechte und Anliegen der LSBTIQ-Bewegung sowie um den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für eine aktive Friedenspolitik.

Eine andere Welt ist möglich!

2001 fand in der brasilianischen Stadt Porto Alegre das erste Weltsozialforum (WSF) statt. Nach 2001, 2002, 2003, 2005, 2009 und 2010 wurde das WSF 2018 erneut in Brasilien durchgeführt. Nach Angaben der Veranstalter nahmen

60.000 Menschen teil. Auch wenn 120 Länder vertreten waren, war das WSF sehr brasilianisch geprägt. Nur wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Afrika, Asien, Osteuropa oder Australien. Da nicht alle Beiträge in den Foren ins Englische übersetzt wurden, war die Sprachbarriere für die deutsche Delegation ein großes Problem. Dass auch das Programm weitgehend nur auf Portugiesisch gedruckt werden konnte, war der schlechten finanziellen Ausstattung der Veranstaltung geschuldet, denn von Seiten der Regierung gab es keinerlei finanzielle Unterstützung.

Marie Seyboth, Sozialreferentin der Deutschen Botschaft, gab uns eine hilfreiche Einführung in die aktuelle politische und soziale Situation in Brasilien. Sie berichtete über den wachsenden Einfluss der Evangelikalen im Land. Diese fundamentalistische Bewegung läuft im Moment der mächtigen katholischen Kirche den Rang ab, betreibt viele eigene private Schulen und stellt über alle Parteien verteilt rund 200 der 600 Abgeordneten im Parlament. Marie begleitete unsere Delegation während der gesamten Zeit des Sozialforums und ich kann sagen: Lustig war es auch.

An der Großdemonstration zum Auftakt des WSF beteiligte sich die Delegation der GEW gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der israelischen Gewerkschaft Histadrut HaMorim und Wilson Sossion, dem Generalsekretär der kenianischen Lehrergewerkschaft KNUT. (Foto: Manfred Brinkmann)



Ebenfalls hilfreich zur politischen Einordnung war die Zusammenkunft mit den befreundeten deutschsprachigen Organisationen „Brot für die Welt“ und Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in den Räumen des Goethe-Instituts in Salvador. Im Rahmen des WSF nahmen wir an Veranstaltungen zu den Themen „Zukunft der Arbeit“, „Migration und Asyl“ und „Zukunft der Bildung“ teil, die von der *Central Unica dos Trabalhadores*, dem größten gewerkschaftlichen Dachverband Brasiliens, der FES, der Bildungsinternationalen und der CNTE, der brasilianischen Bildungsgewerkschaft, durchgeführt wurden.

Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin, erläuterte in seinem Vortrag in der Veranstaltung „Migration und Asyl“, wie im Land Berlin die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen organisiert wird und welche Bedingungen wichtig sind, damit eine frühe und gute Integration gelingen kann.

Wilson Sossion berichtete über den Kampf der kenianischen Lehrergewerkschaft KNUT gegen private Bildungsmultis. Deren Pläne, das staatliche kostenfreie Schulsystem auszuhebeln, konnten mit einer Aufklärungskampagne zunächst vereitelt werden: Immer mehr Eltern entscheiden sich wieder für das staatliche Schulsystem für ihre Kinder.

Armut in Brasilien wächst

Brasilien ist nach Fläche und Bevölkerungszahl die fünfgrößte Nation der Welt. Mehr als 200 Millionen Menschen leben in dem Land, das entspricht der Hälfte der Einwohner Südamerikas. Brasilien nimmt mehr als die Hälfte der Fläche Südamerikas ein und seine Wirtschaft ist die neuntgrößte der Welt.

Die soziale Situation in Brasilien ist prekär, denn die Kluft zwischen Arm und Reich zerreißt das Land. Ein Zehntel der Bevölkerung lebt zum Teil in bitterer Armut. Menschen schlafen auf der Straße, viele von ihnen sind drogenabhängig, viele betteln. In den Großstädten existieren Favelas und es ist für Touristen nicht ratsam, diese Slumge-

bierte zu betreten. Wir wurden vor Ort von Einheimischen gewarnt, „ab hier“ nicht weiter zu gehen, obwohl uns die Gegend nicht weiter auffällig erschien. Die Kriminalitäts- und Mordraten sind erschreckend hoch. Wohlhabende leben in *Gated Communities*, hohe Zäune und Einfahrtsschleusen sichern den Zugang zu den Häusern.

Seit dem Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsidentin *Dilma Rousseff* im Mai 2016 regiert *Michel Temer* das Land. Die letzten drei Jahre waren geprägt von Wirtschaftskrisen und dem Abbau von Sozialleistungen. Am 7. Oktober stehen in Brasilien Neuwahlen an. Ex-Präsident *Lula da Silva*, einer der großen Hoffnungsträger des armen Teils der Bevölkerung, wird wohl nicht zur Wahl antreten können. In seiner Amtszeit von 2003 bis 2010 modernisierte er die Volkswirtschaft und verbesserte mit seinen Programmen der Familiensozialhilfe und dem Programm „Null Hunger“ die Lebensbedingungen der Armen in der Bevölkerung. Am 8. April trat er eine Haftstrafe von 12 Jahren an, zu der ihn der Oberste Gerichtshof wegen Korruption verurteilt

hatte. Er selbst bestreitet die Vorwürfe. Die knappe Entscheidung mit sechs gegen fünf Richterstimmen trug der politischen Motivation der alten Eliten Rechnung, den beliebten Politiker der Arbeiterpartei kalt zu stellen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Solidaritätsveranstaltung im Rahmen des WSF forderten die Zulassung Lulas zur Wahl. Er bekräftigte in einer kämpferischen Rede, er werde niemals aufhören zu kämpfen.

Ermordung von Marielle Franco

Erschüttert wurde das WSF durch die Ermordung von *Marielle Franco*. Die schwarze Menschen- und Frauenrechtsaktivistin wurde am Abend des 14. März in ihrem Wagen im Stadtzentrum von Rio de Janeiro erschossen, mit ihr starb auch ihr Fahrer. Vermutet wird, dass korrupte Polizisten den Mord verübt haben, denn *Marielle Franco* setzte sich als Politikerin des Stadtparlaments von Rio de Janeiro immer wieder für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei ein und kämpfte für die Rechte

von Frauen und Jugendlichen aus den Favelas. Sie selbst stammte aus dem Armenviertel Mare und galt vielen als Vorbild und Fürsprecherin. Auf dem Gelände der *Universidade Federal da Bahia*, auf dem die meisten der Veranstaltungen des WSF stattfanden, kam es zu spontanen Kundgebungen.

Trotz der eher brasilianisch geprägten Ausrichtung ermöglichte auch dieses 14. Weltsozialforum wichtige Begegnungen von Organisationen der globalen Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Das WSF in Brasilien war zudem ein starkes Zeichen für Demokratie, gegen eine drohende Militärdiktatur in Brasilien und dafür, dass eine andere Welt, jenseits von Korruption, Unterdrückung, Menschenrechtsverachtung und Rassismus möglich ist. Es bleibt zu hoffen, dass diese Bewegung der Globalisierungskritiker weiter bestehen bleibt und es ein 15. Weltsozialforum geben wird. Fest steht: Gewerkschaften sind ein fester und wichtiger Bestandteil der Bewegung „Weltsozialforum“.

Birgit Koch

Repression in der Türkei

„Schluss mit der Kumpanei zwischen der deutschen und der türkischen Regierung“ lautete der programmatische Titel einer von der GEW-Landesvorsitzenden *Birgit Koch* moderierten Diskussionsveranstaltung der GEW-Kreisverbände Kassel Stadt und Land, der Föderation demokratischer Arbeitervereine DIFD und des Forums Gewerkschaften Kassel im DGB-Haus Kassel.

Sakine Esen Yilmaz, im deutschen Asyl lebende ehemalige Generalsekretärin der türkischen Lehrgewerkschaft, schilderte die zunehmende Repression des türkischen AKP-Regimes gegen regierungskritische Menschen: Massenverhaftungen, mehr als 150.000 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, davon 1.500 Mitglieder der Lehrgewerkschaft. Angesichts der von *Erdogan* für Juni anberaumten Neuwahlen müsse der Druck auf die deutsche Regierung erhöht werden, um Wahlpropaganda in Deutschland sowie weitere Waffengeschäfte mit der Türkei zu unterbinden. Die Gewerkschaften sollten auch nicht auf die Urteile des EuGH warten, sondern jetzt aktiv werden.

Joachim Legatis, Landesvorsitzender der Deutschen Journalistenunion, gab konkrete Beispiele für die katastrophale Situation kritischer Medienschaffender in der Türkei, die oft wegen „Verunglimpfung des Präsidenten“ zu langen Haftstrafen verurteilt werden. *Erdogans* langer Arm bedrohe über seinen Einfluss auf die türkische Community nun auch die Meinungsfreiheit in Mitteleuropa. Politisch aktive Kurden würden in Deutschland zunehmend kriminalisiert bis hin zu Prozessen wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung.

Düzgün Altun, Vorstandsmitglied von DIFD, analysierte die historisch gewachsene politische Kooperation Deutschland – Türkei und wies besonders auf die machtpolitischen Hintergründe beider Seiten im Nahen Osten hin. Es gelte die aus Deutschland initiierten Rüstungsgeschäfte an verschiedene Kriegsparteien in Syrien zu entlarven, ebenso die Widersprüche der deutschen Türkeipolitik: sanfter Druck auf *Erdogan* bei gleichzeitig „wie geschmiert“ laufenden Geschäften.

In der anschließenden Debatte ging es vor allem um die Frage, wie der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden kann. Dazu brauche man vor allem auch die Unterstützung der Industriegewerkschaften, deren Branchen von Handelsbeziehungen mit der Türkei direkt betroffen sind. *Legatis* betonte, gegen die vorherrschende „Vermeidungshaltung“ bei deutschen Journalisten müssten Zeichen gesetzt werden.

Yilmaz forderte, die Finanzierung von DITIB als Sprachrohr *Erdogans* durch deutsche staatliche Stellen zu unterbinden. In diesen Tagen berichtete der WDR von Veranstaltungen in DITIB-Moscheen zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, wo Kinder in Uniformen des türkischen Militärs paradierten. Wenn Protestaktionen gegen den türkischen Einmarsch in Afrin in Deutschland von ähnlichen Polizeimaßnahmen begleitet werden wie in der Türkei, sei das nicht hinzunehmen. Es gab großes Einverständnis, dass es solche Informationsveranstaltungen viel öfter geben sollte.

Friedhelm Geisslinger

1916–2016–2018: Notre histoire

Ein deutsch-französisches Pilotprojekt macht Schule

Als *Pierre Jablon* und sein Cousin *Robert Liebenthal* 2013 in Darmstadt an der Verlegung von Stolpersteinen für in Auschwitz ermordete Familienmitglieder teilnahmen, freunden sie sich mit *Dr. Manfred Efinger* an, der als Kanzler der Technischen Universität Darmstadt dafür eintritt, auch die dunklen Flecken der Stadt- und Universitätsgeschichte aufzuklären. Aus dieser Begegnung entstand eine Kooperation mit einem Schulprojekt der Arbeitsgruppe Südhesse des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ (GVFD) an der Lichtenbergschule Darmstadt (LuO), die gern bereit war, ihre Begegnungen mit dem Shoah-Überlebenden *Leslie Schwartz* in einem Video und als Beitrag für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten zu dokumentieren.

Um einen genaueren Einblick zu gewinnen, wie Jugendliche heute auf die Fragilität des UNESCO-Welterbes Auschwitz reagieren und Zeichen gegen das Vergessen setzen wollen, nahm Pierre Jablon im Oktober 2015 an einer von GVFD unterstützten Studien-

Robert Jablon (1909–2008), ursprünglich Robert Jablonski, wuchs in Darmstadt auf und studierte Jura. 1932 trug Jablonski als Referendar beim Berliner Landgericht dazu bei, dass ein Prozess gegen Carl von Ossietzky, der als Herausgeber der „Weltbühne“ wegen der Wiedergabe des Satzes von Kurt Tucholsky „Soldaten sind Mörder“ angeklagt wurde, mit einem Freispruch endete. Im französischen Exil rettete er über hundert jüdische Kinder, die im Chateau de La Guette untergebracht waren, vor der Deportation in die Vernichtungslager.



fahrt des Leistungskurses Geschichte der LuO nach Auschwitz teil und stellte sich als Nachfahre für Gespräche zur Verfügung. Ergebnisse dieser Spurensuche zur Familiengeschichte von Pierre Jablon nutzten die Schülerinnen und Schüler wiederum für ihre Stadtrundgänge zur jüdischen Geschichte Darmstadts und für ihre Präsentation beim zentralen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2016. Sie erinnerten dabei an die ermordeten Darmstädterinnen *Karoline Strauss*, *Hedwig Juda* und *Liese Juda*. Eine Abiturientin, die die Ausbildung als MuseumsGuide durchlaufen hatte, untersuchte im Rahmen ihrer Facharbeit, wie im Hessischen Landesmuseum Darmstadt an den in Auschwitz ermordeten Kustos *Dr. Karl Freund* erinnert wird.

Erinnerung an die Shoah

Seit 2015 werden in Frankreich 70 Jugendliche als „Jeunes Ambassadeurs de la Mémoire de la Shoah“ ausgebildet, um die zentralen Gedenkveranstaltungen am 27. Januar mitzugestalten. Als wir anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht um Verdun ein europäisch inspiriertes Rahmenprogramm planten, das Jugendlichen und Bürgerinnen und Bürgern in Darmstadt und Umgebung Zugänge zur Geschichte zwischen 1916 und 2016 eröffnen sollte, unterstützten Pierre Jablon, Robert Liebenthal und Dr. Manfred Efinger ein zusätzliches Austauschprogramm, damit Jugendliche aus den Partnerstädten Troyes und Darmstadt über ihre Vermittlerrolle ins Gespräch kommen können.

Gegen Vergessen – Für Demokratie

Gemeinsam mit Professor *Gerd Krumeich* und *Pierre Lenhard* aus Verdun und den Kuratoren der interaktiven Ausstellung im Karolinensaal Darmstadt über die Jahre 1914 bis 1918 (HLZ 7–8/2016) entwickelten wir eine Konzeption des dialogischen und forschenden Lernens, mit dem Jugendliche selbst zu vermittelnden Akteuren ausgebildet werden. Fast 40 Schülerinnen und Schüler durchliefen mit ihren Lehr-

kräften die als Fortbildung akkreditierte Ausbildung, informierten sich über den Stand der Forschung, entwickelten eigene Fragestellungen und agierten als SchülerGuides in der insgesamt von ca. 1.000 Jugendlichen besuchten Ausstellung. Dabei setzten sie sehr bewusst eigene Schwerpunkte. Den Initiatoren Pierre Jablon, Robert Liebenthal und Dr. Manfred Efinger ging es dabei

- zum einen um ein aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein im problemorientierten Austausch mit Historikerinnen und Historikern und Archivarinnen und Archivaren,
- zum anderen um einen Austausch zwischen deutschen und französischen Jugendlichen über die Schlüsse, die aus den historischen Studien für die aktuelle europäische Situation zu ziehen sind.

Um wirklich quellenbasiert an einem authentischen Fall arbeiten zu können, stellte Pierre Jablon Dokumente aus dem Familienbesitz in französischer Sprache zur Verfügung, die wichtige Aspekte einer kosmopolitischen polnisch-deutsch-französischen Familiengeschichte veranschaulichten: den polnischen Migrationshintergrund, die jüdische Emanzipation im deutschen Kaiserreich und in Paris, das Leben einer assimilierten kulturell aktiven Familie am Darmstädter Woog, den Einsatz jüdischer Bürger im Ersten Weltkrieg, die Flucht vor den Nazis nach Frankreich und Großbritannien, die Rettungsaktivitäten *Robert Jablons* im Widerstand gegen Hitler und die Ermordung von drei Darmstädter Verwandten in Auschwitz.

Der von Lehrkräften der LuO und des *Lycée Marie de Champagne* in Troyes organisierte Schüleraustausch verlief in drei Phasen: Im Dezember 2015 traf man sich zu Archivstudien und Exkursionen in Darmstadt und Frankfurt, Ende Januar 2016 folgte ein Aufenthalt in Troyes und Reims und im Mai 2016 präsentierten die Schülerinnen und Schüler während der Europawoche ihre Ergebnisse im Staatsarchiv Darmstadt. Ein Hauptthema waren die unterschiedlichen Narrative über Kriegsverbrechen, Völkermord und Widerstand in beiden Ländern. Dabei wurde der sprachsen-

sible Umgang mit historischen Fakten zu einer selbstverständlichen Notwendigkeit. Die Gespräche mit Nachfahren jüdischer Shoah-Opfer erforderten eine weitere Sensibilisierung und erweiterten die Perspektive auch auf die jüdische Geschichte beider Länder und die Herausforderungen im Hinblick auf die Verteidigung der Demokratie in unserer heutigen Zeit.

Bei der Präsentation aller Projekte im Mai 2016 in Darmstadt vertrat Robert Liebenthal seinen aus Krankheitsgründen verhinderten französischen Cousin und begleitete die Aktivitäten der deutsch-französischen Schülergruppe im Archiv, im Museum, auf dem jüdischen Friedhof, im Deutschen Polen-Institut und in der LuO. Damit knüpfte er an das Engagement seiner in der NS-Zeit nach England geflohenen Darmstädter Mutter *Alice Liebenthal* an, die bereits 1988 Schulprojekte *Dr. Beate Kosmalas* in Darmstadt besucht hatte.

Robert Jablon: Jüdischer Widerstand

Besonders spannend war, dass die deutsch-französische Schülergruppe mit Unterstützung der Leistungskurse Geschichte und Französisch Teile von Robert Jablon(ski)s 1944 in der Schweiz verfassten Widerstandsschrift „La lutte des juifs contre les nazis“ übersetzte und dabei viel Neues erfuhr über das wenig beachtete Thema des bewaffneten Widerstands von jüdischer Seite. Diese Ergebnisse wurden bei der Schlusspräsentation im Staatsarchiv vorgestellt. Schüler erfuhren in einem Interview mit Robert Liebenthal zudem, dass sein Onkel Robert Jablon mit Hilfe der Rothschild-Familie während der NS-Zeit jüdischen Kindern zur Flucht nach Amerika hatte verhelfen können.

Bei der Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2017 in der voll besetzten Centralstation Darmstadt stellten Schülerinnen Robert Jablons Biografie vor.



Maren Kohfahl und Sadia Haji, Schülerinnen der Lichtenbergschule Darmstadt, stellen ihre Recherchen über Robert Jablon in der Centralstation in Darmstadt vor.

Dies motivierte mehrere Lerngruppen der LuO, einen „Abend gegen das Vergessen“ zu organisieren und ein neues Stolpersteinprojekt zu starten. Sie sammelten Spenden, recherchierten zusammen mit *Dr. Elisabeth Krimmel* vom „Arbeitskreis Stolpersteine“ die Biografien ermordeter Darmstädter Bürgerinnen und Bürger und wirkten am 26. Oktober 2017 bei der Verlegung der Stolpersteine aktiv mit. Beim zentralen Gedenken rund um den 27. Januar 2018 erinnerten Schülerinnen und Schüler der LuO an die ermordeten Mitglieder der Darmstädter Familien *Fulda* und *Sender*.

Die vorgestellten Projekte aktivierten viele Schülerinnen und Schüler und entfalteten eine große öffentliche Wirksamkeit. Die Resultate der Recherchen zu Leben und Werk von Robert Jablon werden im Darmstädter Stadtlexikon online publiziert. Weitere biografische Skizzen und Stolpersteinverlegungen folgen. Aktuell arbeitet die Projektgruppe, eingebunden in das Schulprojekt „denkmal aktiv 2017/18 – Kultur-

denkmal macht Schule“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und unterstützt durch den ehemaligen Denkmalpfleger *Nikolaus Heiss*, an einem virtuellen Stadtrundgang zur jüdischen Geschichte Darmstadts als Schülerbeitrag zur Digitalstadt Darmstadt.

Für den 80. Jahrestag der Reichspogromnacht im November 2018 ist eine Präsentation der vielfältigen Schülerprojekte in ganz Darmstadt geplant, die den Blick der jungen Generation auf die Geschichte ihrer Stadt und auf ihre Schlüsse für die heutige Zeit in den Mittelpunkt stellen wird. Die Bundeskonferenz des Arbeitskreises Archivpädagogik wird am 15. und 16. Juni 2018 in Darmstadt tagen und die Bedeutung von Gedenktagen in der historischen Bildung thematisieren.

Mit vereinten Kräften konnten wir so eine größere internationale Sichtbarkeit der pädagogischen Projekte rund um den Erinnerungsort Liberale Synagoge Darmstadt erreichen und das gemeinsame Anliegen von GVFD, Kulturamt der Stadt Darmstadt, TU Darmstadt und Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit umsetzen, Schülerinnen und Schüler bei zentralen Gedenkveranstaltungen der Stadt mit quellenbasiertem aktivem Erinnern einzubeziehen.

Harald Höflein, Margit Sachse, Jérôme Fontaine und Gwendoline Hoss

Harald Höflein und Margit Sachse engagieren sich im Verein GVFD Südhessen und im Team Archiv- und Museumspädagogik Darmstadt, Jérôme Fontaine und Gwendoline Hoss im Team für den Austausch Darmstadt – Troyes der LuO und des Lycée Marie de Champagne in Troyes.

Wozu brauchen wir Gedenktage?

Konferenz der Archivpädagoginnen und Archivpädagogen

Darmstadt, 15. und 16. Juni 2018

Der Arbeitskreis Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt die 32. Archivpädagogenkonferenz, die am 15. und 16. Juni 2018 in Darmstadt stattfindet. Im Zentrum der diesjährigen Konferenz steht die Auseinandersetzung

mit Gedenktagen und historischen Jubiläen als spezifischer Form der Erinnerungskultur. Sie richtet sich an alle, die in Archiven, Museen, Gedenkstätten und Bibliotheken in der Vermittlung historischer Themen tätig sind, sowie an Lehrkräfte und Studierende.

• *Programm und Anmeldung:* <https://www.vda.archiv.net> > *Verbandstermine*

„Keine Privilegien, sondern Hilfen“

Neue Integrationsvereinbarung seit 2017 in Kraft

Seit gut einem Jahr gilt eine neue Integrationsvereinbarung für schwerbehinderte Beschäftigte im hessischen Schuldienst, die am 25.1.2017 vom Hessischen Kultusministerium (HKM), der Hauptschwerbehindertenvertretung der Lehrkräfte und dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer unterzeichnet und im Amtsblatt 3/2017 veröffentlicht wurde. Grundlagen sind das Neunte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB IX) und die UN-Behindertenrechtskonvention, die – so heißt es wörtlich in § 1 der Integrationsvereinbarung – „ein Umdenken in der Gesellschaft in Gang gesetzt“ habe. Hierbei komme „den öffentlichen Arbeitgebern im Rahmen der besonderen Fürsorgepflicht für Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion zu“. Die Integrationsvereinbarung stellt eine Konkretisierung der Teilhaberichtlinien des Landes Hessen für die im Landesdienst befindlichen Menschen dar. Sie soll für eine ressortbezogene Umsetzung der Teilhaberichtlinien für die Dienststellen im Geschäftsbereich des HKM sorgen und gilt nach § 2 für Menschen mit Behinderungen in den folgenden Berufen:

- Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und sozialpädagogische Fachkräfte
- Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst
- hauptamtliche Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Ausbildungsbeauftragte

Pflichtstundenverordnung

§ 10 der Pflichtstundenverordnung regelt den Nachteilsausgleich für schwerbehinderte Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durch eine Reduzierung der Pflichtstundenzahl in Abhängigkeit vom Stellenumfang und vom Grad der Behinderung. Über die normierte Reduzierung hinaus kann die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag und auf der Grundlage eines amtsärztlichen Gutachtens in besonderen Fällen eine zusätzliche Anrechnung gewähren. Über die Details informiert eine Information der Landesrechtsstelle der GEW (siehe Kasten).

Sofern keine ausdrückliche Differenzierung vorgenommen wird, gelten alle Regelungen in der Vereinbarung für Menschen mit Behinderungen gemäß § 2 Abs. 2 SGB IX und Menschen mit Behinderungen, die Schwerbehinderten nach § 2 Abs. 3 SGB IX gleichgestellt sind. Für Menschen mit Behinderungen mit einem Grad der Behinderung von 30 oder 40, die nicht gleichgestellt sind, ist eine Einzelfallprüfung vorzunehmen.

Grundsätzlich gelten die Ziele des Sozialgesetzbuchs und der Teilhaberichtlinien auch für den Schulbereich. Dazu gehören nach § 3 unter anderem

- die Erreichung bzw. Sicherung der für die Landesverwaltung geltenden Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen und der Einstellungs-vorgaben des jeweils aktuellen Zuweisungserlasses,
- die Förderung der beruflichen Entwicklung und des beruflichen Aufstiegs,
- die Chancengleichheit durch Nachteilsausgleiche und durch behinderungsbedingte Arbeitsplatzausstattung,
- die Durchführung von Präventionsmaßnahmen und die
- Umsetzung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit.

Pflichten der Vorgesetzten

§ 4 weist auf die „Pflichten der Dienstvorgesetzten“ hin, insbesondere die Pflicht, die Schwerbehindertenvertretung (SBV) auf der jeweiligen Ebene der Verwaltung in allen Angelegenheiten umfassend zu informieren und zu beteiligen, „die einen einzelnen Menschen mit Behinderungen oder die Menschen mit Behinderungen als Gruppe berühren“. Außerdem sind die Dienstvorgesetzten verpflichtet, „sich mit den für Menschen mit Behinderungen genannten Gesetzen, rechtlichen Grundlagen und mit den relevanten hessischen Bestimmungen vertraut zu machen“.

Das Hessische Kultusministerium (§ 4 I.) ist verpflichtet, einen jährlichen Bericht „über den Stand der Zielerreichung im Bereich der Lehrkräfte“ vorzulegen. Bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind Menschen

mit Behinderungen besonders zu berücksichtigen, bei Prüfungen erhalten sie bei Bedarf „behinderungsbedingte Nachteilsausgleiche“. Bei Bewerbungen um eine Abordnung an eine übergeordnete Behörde sind Menschen mit Behinderungen „bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen“. Darauf ist auch schon im Ausschreibungstext hinzuweisen.

Die Staatlichen Schulämter (§ 4 II.) sind verpflichtet, mit der auf ihrer Ebene tätigen Gesamtschwerbehindertenvertretung (GSBV) vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Detailliert regelt die Integrationsvereinbarung, welche Informationen der GSBV zur Verfügung zu stellen sind und wo sie in die Verwaltungsabläufe unmittelbar einzubeziehen ist.

Im Rahmen der „Förderung der beruflichen Entwicklung und des beruflichen Aufstiegs“ wird insbesondere auch auf die Vorschrift hingewiesen, dass Lehrkräfte mit Behinderungen bei der Beförderungen von Studienrätinnen und Studienräten zu Oberstudienrätinnen und Oberstudienräten und bei der Besetzung von Funktionsstellen „bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen“ sind.

Bei den Aufgaben der Schulleitungen (§ 4 III.) soll hier insbesondere darauf hingewiesen werden, dass es Schulleitungen untersagt ist, „sich ohne das Einverständnis der betroffenen Lehrkräfte mit Behinderungen gegenüber dem Kollegium, den Eltern oder den Schülerinnen und Schülern über Tatsache bzw. Gründe der Behinderungen zu äußern“.

Bei der Abfassung von Würdigungsberichten und dienstlichen Beurteilungen unter anderem bei der Verbeamtung sind die Vorgaben der Teilhaberichtlinien und der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte vom 14.7.2015 (Punkt 1.4) zu beachten.

Wenn Lehrkräfte mit Behinderungen das Recht auf ein Jahresgespräch nach § 17 Abs. 6 der Dienstordnung wahrnehmen wollen, ist auf Wunsch der Betroffenen die örtliche Schwerbehindertenvertretung (ÖSBV) einzuladen.

Gesprächsangebot ist Pflicht

Eine für den schulischen Alltag ganz wesentliche Vorschrift betrifft das Gespräch über den geplanten Einsatz und die Arbeitsbedingungen im Rahmen der Vorbereitung eines neuen Schuljahres. Die Schulleitung ist verpflichtet, Lehrkräften mit Behinderungen ein solches Gespräch „rechtzeitig vor Erstellung“ und „vor jeder Änderung der Unterrichtsverteilung und des Stundenplans“ anzubieten. In diesen Gesprächen, die keineswegs zur Routine aller Schulen gehören, soll erörtert werden, „welche konkreten Maßnahmen und Nachteilsausgleiche erforderlich sind, um die Arbeitsfähigkeit so lange wie möglich zu sichern“. Auf Wunsch der Lehrkraft nimmt die ÖSBV an diesen Gesprächen teil.

Als konkrete **Nachteilsausgleiche**, „die in Abhängigkeit von Art und Schwere der Behinderung zu gewähren sind“, listet die Integrationsvereinbarung „ohne Anspruch auf Vollständigkeit“ und in Abhängigkeit von der Art der Behinderung die folgenden Maßnahmen auf:

- Rücksichtnahme bei der Arbeitszeit bezüglich des Arbeitsbeginns, der Arbeitspausen und des Arbeitsendes
- Rücksichtnahme bei der Unterrichtsverteilung und Stundenplangestaltung, bei Klassenleitungen, Tutoren- und Mentorentätigkeiten, bei der Raumzuweisung und bei Pausenaufsichten
- Beaufsichtigung von Parallelklassen oder benachbarten Klassen nur, wenn durch schulorganisatorische Maßnahmen keine anderweitige Lösung gefunden werden kann
- Einsatz an mehreren Schulorten und in mehreren Schulgebäuden „bei Vorliegen von besonderen behinderungsbedingten Erschwernissen“ nur nach vorheriger Zustimmung
- Möglichkeit eines unterrichtsfreien Tags für teilzeitbeschäftigte oder begrenzt dienstfähige Lehrkräfte mit Behinderungen
- Einsatz schwerbehinderter Lehrkräfte bei Schulfahrten, für Vertretungsunterricht nach § 8 Absatz 3 und 4 der Dienstordnung und Überschreitung der persönlichen wöchentlichen Pflichtstundenzahl nur mit ausdrücklicher Zustimmung
- für Schwerbehinderte auf Antrag gemäß § 207 SGBIX Freistellung von Mehrarbeit
- Versetzung, Abordnung oder Umsetzung ohne Zustimmung, nur wenn dies unumgänglich ist
- bevorzugte Bereitstellung von Parkplätzen

- Beteiligung der SBV bei Planung, Neu- und Umbauten von Schulgebäuden oder Gebäudeteilen

Bei Lehrkräften im Vorbereitungsdiensdienst kommt dem Nachteilsausgleich bei Prüfungen eine besondere Bedeutung zu.

Ausdrücklich handelt es sich bei diesen Nachteilsausgleichen „um notwendige Hilfen zur Herstellung von Chancengleichheit und nicht um Privilegien“. Ihre Inanspruchnahme „darf nicht zu Benachteiligungen welcher Art auch immer führen“.

§ 5 und § 6 befassen sich mit dem Grundsatz „Prävention und Rehabilitation vor Früh Pensionierung oder Frühverrentung“ und der Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen. Bei allen Schwierigkeiten, „die zur Gefährdung des Beschäftigungsverhältnisses führen können“, sind die Schwerbehindertenvertretungen, der zuständige Personalrat und das Integrationsamt frühzeitig einzuschalten und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, „um das Beschäftigungsverhältnis möglichst dauerhaft fortzusetzen“.

Auf der Ebene des HKM und der Staatlichen Schulämter sind Integrationsteams einzurichten (§ 7), die die Umsetzung und Einhaltung der Integrationsvereinbarung überwachen. In den Integrationsteams arbeiten die jeweilige Schwerbehindertenvertretung, der Haupt- oder Gesamtpersonalrat und die Beauftragten des Arbeitgebers für die Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen zusammen.

Adressen und Rechtsinformationen

Alle einschlägigen Rechtsgrundlagen und die Kontaktadressen der Schwerbehindertenvertretungen findet man auf der Internetseite des Hessischen Kultusministeriums unter <https://kultusministerium.hessen.de> > Lehrkräfte > Gremien > Schwerbehindertenvertretung und auf demselben Suchpfad auf den Internetseiten aller 15 Staatlichen Schulämter.

Im Mitgliederbereich der Internetseite der GEW Hessen stehen folgende Informationsschriften der Landesrechtsstelle zur Verfügung (www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich):

- Stichwort Arbeitszeit: Info „Pflichtstunden der Lehrkräfte mit Schwerbehinderung“
- Stichwort Beamtenrecht: Infos „Begrenzte Dienstfähigkeit“ und „Dienst erleichterung zur Wiederherstellung der Gesundheit“
- Stichwort Pensionierung und Versorgung: Info „Pensionierung mit Schwerbehinderung“

Konrektorinnen an Grundschulen

In erster Lesung behandelte der Landtag Ende Februar einen Gesetzentwurf von CDU und Grünen für ein „Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“. Teil dieses Gesetzes, das noch vor dem 1.7.2018 in Kraft treten soll, ist die angekündigte Besserstellung der Konrektorinnen und Konrektoren an Grundschulen:

- Grundschulen mit 80 bis 180 Schülerinnen hatten bisher keine Konrektorin. Dies wird jetzt geändert. Die Besoldung erfolgt nach A12 mit Amtszulage.
- Die bereits amtierenden Konrektorinnen und Konrektoren werden wie folgt höher gestuft:
 - mehr als 180 bis 360 Schülerinnen und Schüler von A12+Z nach A13
 - mehr als 360 bis 540 Schülerinnen und Schüler von A13 nach A13+Z
 - mehr als 540 Schülerinnen und Schüler von A13 nach A14

Schwarz-grünes Besoldungsdiktat

Zuletzt in der HLZ 1-2/2018 hatte die GEW über den Stand der juristischen Auseinandersetzung um das Gesetz zur Anpassung der Beamtenbesoldung informiert, das die Besoldungserhöhung im Sommer 2016 nach einer Nullrunde auf 1,0 Prozent begrenzte. Inzwischen hat das Verwaltungsgericht Frankfurt erstinstanzlich entschieden, dass dieses Gesetz nicht gegen die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts für eine „amtsangemessene Alimentation“ verstößt. Die GEW hält auch nach diesem noch nicht rechtskräftigen Urteil an der Einschätzung fest, dass der Besoldungspolitik nach Gutsherrenart nur politisch beizukommen ist. Sie wird auch im Landtagswahlkampf dafür sorgen, dass die schwarz-grünen Nullrunden nicht vergessen werden (HLZ Seite 3).

Stress mit Schulgirokonten

- Die Richtlinien des Hessischen Kultusministeriums (HKM) zur Einrichtung von Schulgirokonten vom 17.7.2017 haben insbesondere bei der Einrichtung von Klassenkonten bei Schulleitungen und Lehrkräften großen Unmut erzeugt. Das HKM veröffentlichte im April 2018 eine FAQ-Liste, die Klarheit schaffen soll. Sie ging allen Schulen per E-Mail zu. Man findet sie auf der Homepage des HKM: <https://kultusministerium.hessen.de> > Schulsystem > Schulorganisation > Schulgirokonten

Wir gratulieren im Mai ...

- ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:
 Volker Baumung, Frankfurt
 Kurt Bernecker, Florstadt
 Wolfgang Bix, Nieder-Moos
 Renate Bosold-Adam, Rotenburg
 Ingeborg Bromberger, Frankfurt
 Sabine Dollichon, Volkmarsen
 Gerhard Ehlers, Darmstadt
 Peter Englert, Korbach
 Christine Erner-Löbel, Fulda
 Ingo Evers, Gründau
 Ulrike Fendel, Heusenstamm
 Manuel-Rita Francisco, Hattersheim
 Manfred Fuhrmann, Bad Nauheim
 Ulrike Golletz, Gießen
 Petra Heinlein-Becker, Flörsheim
 Konrad Höhler-Helbig, Schöneck
 Rita Höll, Stadtallendorf
 Christina Jansen, Bischofsheim
 Jutta Kaiser, Jesberg
 Helmut Kalbskopf, Wehrheim
 Anja Keinath, Erbach
 Heide Kling, Roßdorf
 Steffi Köckritz, Bensheim
 Alev Lassmann, Marburg
 Jürgen Lublow, Kassel
 Wilhelm Lückel, Marburg
 Hans Lutz, Höchst
 Günther Müller-Ackerhans, Kaufungen
 Ursula Nickolaizig, Steinbach
 Jochen Nicolai, Darmstadt
 Rainer Obst, Marburg
 Gerhard Ohly, Schlüchtern
 Heribert Pauly, Seeheim-Jugenheim
 Dr. Ingrid Prote, Herborm
 Jutta Reinl, Cölbe
 Wolfgang Rüdiger, Edermünde
 Werner Ruhlandt, Wiesbaden
 Elisabeth Sauer, Darmstadt
 Ursula Scheuermann, Frankfurt
 Prof. Wolfgang Schneider, Bischofsheim
 Dieter Schödel, Breuna
 Werner Schreiber, Frankfurt
 Wolfgang Schreiber, Neu-Isenburg
 Ingrid Schuchmann, Gießen
 Wolfgang Schürer, Rodgau
 Peter-Martin Stier, Marburg
 Elisa Thielmann-Ries, Bickenbach
- ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:
 Rose-Marie Becke, Bad Homburg
 Ulrich Hans Herrmann Becker, Hofheim
 Fritz Gunkel, Erzhäusen
 Rolf Heiliger, Riedstadt
 Willi Hofmann, Bad Hersfeld
 Hans-Günter Holzschuh, Heusenstamm
 Werner Kaiser, Braunfels
 Kuno Kotz, Groß-Gerau
 Ingrid Nickel, Wächtersbach
 Karola Port, Mühlthal
 Udo Pürzer, Friedberg
- Hans-Karl Schäfer, Wildeck
 Christa Schwedes, Münzenberg
 Dr. Mechthild von Lutzu, Kassel
- ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:
 Manfred Grüner, Lauterbach
 Hans-Joachim Ochmann, Eschenburg
 Hans Jürgen Ortmann, Herborm
 Ulrich Restat, Kassel
 Rudolf Stelz, Gießen
 Prof. Herbert Wassmann, Homberg
- ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:
 Charlotte Rüdebusch, Niestetal
- ... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:
 Clemens Schreiber, Schlüchtern
- ... zum 75. Geburtstag:
 Gunild Bötöfür, Lohfelden
 Helmut Echternacht, Henau
 Hans-Dieter Hahne, Flörsheim
 Dietmar Hannich, Jossgrund
 Dr. Christoph Heise, Görlitz
 Gerdi Höritzsch, Büdingen
 Manfred Kionke, Marburg
 Dr. Johannes Krämer, Bensheim
 Barbara Krause-Rüdiger, Runkel
 Annegret Letz, Kassel
 Sigrid Loos, Frankfurt
 Renate Mägerlein, Frankfurt
 Hans-Peter Rahm, Walluf
 Bernd W. Richter, Kassel
 Sabine Richter-Rauch, Heusenstamm
 Adelaide Seckt, Kassel
- ... zum 80. Geburtstag:
 Dietrich Bürger, Felsberg
 Klaus Fabian, Homberg
 Heinrich Fecher, Rodgau
 Ingrid Hanstein-Rausch, Oberaula
 Wolfgang Keller, Kassel
 Helga Manneck, Darmstadt
 Ursula Mouzouris, Heusenstamm
 Peter Schmidt, Darmstadt
 Hans-Jochen Schmitt, Linden
 Hartmut Schrewe, Marburg
 Helga Tutt, Dieburg
- ... zum 85. Geburtstag:
 Lisa Adamo, Rodenbach
 Liesel Scheich, Höchst
- ... zum 90. Geburtstag:
 Margot Gräßler, Grünberg
 Wolfgang Jost, Bad Homburg
 Helga Lied, Lich
- ... zum 91. Geburtstag:
 Hans-Dietrich Walter, Bad Arolsen
- ... zum 93. Geburtstag:
 Prof. Dr. Walter Sons, Kassel
- ... zum 95. Geburtstag:
 Erika Steinberg, Bebra

Europa im Unterricht

Kann man beim Thema Europa eigentlich noch von einem Integrationsprojekt reden oder geht es nur noch darum, den Zerfall der EU abzuwenden? Eine neuer Band der Schriftenreihe „Erfahrungsorientierter Politikunterricht“ des Prolog-Verlags in Immenhausen beschäftigt sich mit der europäischen „Vielfachkrise, die den Integrationsgedanken, die Wohlstands- und Friedensidee und auch das demokratische Selbstverständnis nachhaltig infrage stellt“. Der Band versammelt kontroverse Beiträge der kritischen Europaforschung aus Hochschulen, Lehrerbildung und Verbänden und thematisiert auch Fragen der Umsetzung fachlicher Ansprüche im Unterricht, in Seminaren und Projekten.

- **Andreas Eis und Claire Moulin-Doos** (Hrsg.): **Kritische politische Europabildung.** Die Vielfachkrise Europas als kollektive Lerngelegenheit? Prolog-Verlag Immenhausen, 250 Seiten, 29,80 Euro

Globale Bildungskampagne 2018:

Bildung ist mehr wert

Um die internationale Bildungskrise zu überwinden, fordert die Globale Bildungskampagne mehr Geld für Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit. Weltweit gehen 264 Millionen Kinder nicht zur Schule, vor allem weil es an Schulen und Lehrkräften fehlt. Die Aktionswochen unter der Überschrift „Weltklasse! Bildung ist mehr wert“ finden von April bis zu den Sommerferien statt. In dieser Zeit sollen sich Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Lehrkräften für gleiche Bildungschancen aller Kinder weltweit stark machen. Kreative Ideen sind gefragt. Zur Vorbereitung und Unterstützung bietet die Globale Bildungskampagne kostenlose Unterrichtsmaterialien an. Darin geht es um Ursachen und Folgen ausbleibender Finanzierung von Bildung wie etwa marode und nicht existierende Schulgebäude oder den Mangel an gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

- www.bildungskampagne.org





Kreisverband Kassel Land

Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbands Kassel-Land informierte GEW-Referent *Kai Eicker-Wolf* über die Forderung der GEW Hessen, nach der Landtagswahl ein Sonderprogramm für gute Bildung im Umfang von 500 Millionen Euro aufzulegen (HLZ S.20). Als neues Vorstandsteam wurden *Katja Groh*, *Heidrun Doering* und *Jens Zeiler* gewählt. *Claudia Prauß* trat für die neue Wahlperiode nicht wieder an. Weitere Mitglieder des Kreisvorstands sind *Irina Kilinski* als Kassiererin und *Annette Karsten*, die zusammen mit Jens Zeiler die Rechtsberatung anbietet.

Studienreise vom 10. bis 13.10.:

Täterschaft im Nationalsozialismus

Die Studienreise zum Thema „Bildungsarbeit über Täterschaft im Nationalsozialismus“ wird vom Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums angeboten und findet vom 10. bis 13. Oktober 2018 während der hessischen Herbstferien statt. Auf dem Besuchsprogramm stehen die *Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg* bei Paderborn, der *Geschichtsort Villa ten Hompel* in Münster und die *NS-Dokumentation Vogelsang* in der Eifel. Die Anreise erfolgt mit der Deutschen Bahn.

Der Blick auf den Holocaust ist von der Darstellung der Opfer bestimmt. Gerade das Erstarken rechtsextremer Positionen macht die Frage nach Täterinnen und Tätern und Beteiligten hoch aktuell. Welche Ziele, Chancen und Herausforderungen bestehen bei der Thematisierung von Täterschaft im Nationalsozialismus mit Jugendlichen? Um diese Fragen geht es bei den Besuchen von außerschulischen Lernorten, die den Fokus auf die Akteure der NS-Verbrechen richten.

• Weitere Informationen: www.pz-ffm.de, E-Mail: sophie.schmidt@stadt-frankfurt.de, Tel. 069-212-74238

GEW-Senioren im Judaica-Museum

Gut besucht war ein Treffen der Seniorinnen und Senioren des GEW-Kreisverbands Hersfeld-Rotenburg im Judaica-Museum in Schenkklengsfeld, das im früheren jüdischen Lehrerhaus untergebracht ist. Das historische Gebäude wurde von einem Förderverein restauriert, der auch die Sammlung betreut. *Karl Honikel*, Vorsitzender des Fördervereins, referierte über das jüdische Leben in Schenkklengsfeld. In dem Dorf im Landecker Amt lebte die größte jüdische Gemeinde des damaligen Kreises Hersfeld, bis sie durch die Nazis vernichtet wurde. Sie zählte im Jahre 1933 rund 160 Mitglieder aus 37 Familien, hatte eine große 1883 erbaute Synagoge und eine vollausgebauete staatliche Elementarschule. Nach dem Rundgang durch das Museum besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den gut erhaltenen jüdischen Friedhof.

Danach informierte *Timo Schadt*, Herausgeber des Magazins „Printzip“,



über das Bündnis „Bunt statt braun“ im Kreis Hersfeld-Rotenburg, das sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus verschrieben hat. Die Untergruppe „Zeitsprünge“ widmet sich der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in der Region. „Freiraum“ ist das Domizil beider in den Räumen des ehemaligen Buchcafés mit einem Umsonstladen, einem Reparaturcafé, einer Nähkammer, einer Kinderecke und einem Jugendraum für Musikgruppen.



GEW im Altkreis Wetzlar

Die Wahlen zum Kreisvorstand der GEW im Altkreis Wetzlar waren mit einem Generationswechsel verbunden. Die langjährigen Kreisvorsitzenden *Walter Schäfer* und *Regina Faust* standen aus Altersgründen beziehungsweise wegen eines Umzugs nicht mehr zur Verfügung. *Walter Schäfer* bleibt in Nachfolge von *Klaus Kirdorf* als neuer Seniorenvertreter dem Kreisvorstand erhalten. *Schäfer* berichtete über leicht steigende Mitgliederzahlen und vielfältige Aktivitäten des Kreisvorstands von den Treffen der Schulvertrauensleute über die Rechtsberatung und eine aktive Personalratsarbeit bis zu gemeinsamen Fahrten, PC-Kursen für Seniorinnen und Senioren und dem Engagement

in der Initiative „Bunt statt Braun“. Als neues Vorstandsteam wurden *Jens Hoffmann*, *Gordon Urban* und *Anke Wagner* gewählt. Der neue stellvertretende GEW-Landesvorsitzende *Tony Schwarz* referierte über aktuelle gewerkschaftliche Schwerpunkte im Vorfeld der Landtagswahl, wobei er die Forderung „A13 für alle“ ganz besonders hervorhob: „Der große Lehrkräftemangel gerade im Grundschulbereich ist auch eine Folge der niedrigeren Besoldung und der höchsten Pflichtstundenzahl.“

Der neue Kreisvorstand besteht (von links) aus *Walter Schäfer*, *Ralf Domevcsek*, *Kerstin Böcher*, *Silke Meßner-Klein*, *Anja Hoffmann*, *Andrea zum Winkel*, *Irmi Richter*, *Andreas Illgen*, *Anke Wagner*, *Gordon Urbahn* und *Jens Hoffmann*.

Dienst- und Schulrecht für Hessen



SO ?

ODER SO?



ODER SO ?

Ob klassisch auf Papier, digital auf CD oder USB-Stick:
Das Standardwerk „Dienst- und Schulrecht für Hessen“ ist die große Hilfe
für die Arbeit im Schulbereich!

Klassische Papierausgabe:

Das Standardwerk im Spezialordner,
über 1400 Seiten

Umfangreiches Inhalts- und Stichwortver-
zeichnis, dadurch trotz großen Umfangs
leicht recherchierbar

Auf Wunsch mit jährlich 1 bis 2 Aktualisie-
rungen – so bleibt Ihr Nachschlagewerk
stets auf neuestem Stand

Das komplette Grundwerk im Ordner, auf CD oder auf USB-Stick nur 38,- EUR
GEW-Mitgliedspreis 28,- EUR (zzgl. Versand)

Digital auf CD oder USB-Stick:

Das komplette DuS-Standardwerk,
platzsparend auf CD oder USB-Stick

Komfortabel und einfach recherchieren.
Ohne Handbuch mit Adobe Reader sofort
nutzbar.

Auf Wunsch analog zur Papierausgabe
jährliche Aktualisierungen

**Alle im Schulalltag wichtigen
Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse**
nach Sachgebieten gegliedert,
schnell zu recherchieren

Bestellungen an:
www.dienstundschulrecht.de

Mensch u. Leben Verlagsges. mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg
Fax: 06172-9583-21
Mail: dus@wsth.de

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Vorteilezins für den öffent. Dienst
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178190-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €. eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,05 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800 - 8664422
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo
NÜRNBERGER



Gut gemacht!

15 Millionen Kindern in Not hat terre des hommes in den letzten 50 Jahren geholfen.

Unterstützen Sie uns, damit mehr Kinder zu Gewinnern werden.

Weitere Informationen unter www.tdh.de/50

terre des hommes
 Hilfe für Kinder in Not

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
 KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen, ein Einzelzimmer und Genießer-Küche. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste und Psychosomatosen in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000 Pröbstinger Allee 14
 46325 Borken (Münsterland)

www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Diese Anzeige kostet nur 135,- EUR zzgl. 19% MwSt.

Ihre Anzeige in der

HZ

Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint am 8. Juni 2018.

Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 18. Mai 2018.

Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30 Gunzenbachstr. 8,
 76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Moderatorenttraining für Lehrer_innen – Konferenzen u. Teamsitzungen leiten | 16-05-2018, Gießen |

Vom Umgang mit „störendem“ Verhalten bei Kindern und Schülern | 16-05-2018, Linsengericht |

Krisen und die Transformationen des Kapitalismus | 16-05-2018, Frankfurt |

Vorurteile bewusst machen – inklusiv handeln | 23-05-2018, Kassel |

„Ganz Ohr sein“ – das Zuhören bilden | 23-05-2018, Frankfurt |

Gespräch für Schulklassen: Sterben und Überleben von Flüchtlingen im Mittelmeer | 25-05-2018, Frankfurt |

Schulrecht – (k)ein Buch mit sieben Siegeln? | 28-05-2018, 05-06-2018 u. 21-06-2018, Offenbach |

Wenn Erwachsene Kinder diskriminieren – (Un)gleichheit und Partizipation in der Kita | 05-06-2018, Frankfurt |

PR-Schulung: Kontrollrechte und -pflichten bei Datenschutz an Schulen | 05-06-2018, Frankfurt |

Schüler_innenvertretungen unterstützen – Zur Arbeit von Verbindungslehrer_innen | 05-06-2018, Gießen |

Stadtrundgang: Koloniale Vergangenheit und postkoloniale Gegenwart in Gießen | 05-06-2018, Gießen |

Wir sprechen Mathe | 06-06-2018, Frankfurt |

Relative Solmisation – Einführungs-Workshop | 11-06-2018, Frankfurt |

Mein Schüler war in der Psychiatrie! Über den Umgang mit psychisch kranken Schülern | 12-06-2018, Kassel |

Verhalten in Konfliktsituationen – Zugänge und Perspektiven | 13-06-2018, Fulda |

Aktuelle Ansätze der Exkursionsdidaktik – Exkursionen motivierend und effektiv gestalten | 13-06-2018, Frankfurt |

Hundgestützte Sprach- und Leseförderung | 16-06-2018, Bad Camberg |

Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs | 01-07 bis 07-07-2018 |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main